

**EINE KLUGE  
STADT BRAUCHT  
ALLE TALENTE**



# Ausbildungsreport

Hamburg 2014

## **IMPRESSUM**

<b>HERAUSGEBER</b>	Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburger Straße 31, 22083 Hamburg
<b>REDAKTION</b>	Clive Hewlett, Andreas Kuschnerer
<b>MITARBEIT</b>	Katharina von Fintel, Dr. Cortina Gentner, Dr. Angela Homfeld (HIBB), Andreas Kahl-Andresen, Carla Rinkleff, Britta Schmidt
<b>LAYOUT</b>	verenamuench.de
<b>FOTOS</b>	Titel von links nach rechts: © Production Perig - Fotolia.com, © Robert Kneschke - Fotolia.com, © contrastwerkstatt - Fotolia.com, © berc - Fotolia.com, © Picture-Factory - Fotolia.com Rückseite: © kalou1927 - Fotolia.com
<b>DRUCK</b>	reset.Grafische Medien GmbH Auflage 1.800 Hamburg 2014

# AUSBILDUNGS REPORT 2014





## INHALT

- 6 Vorwort des Senators**
  
  - 8 Stellungnahme des Landesausschusses für  
für Berufsbildung zum Ausbildungsreport 2014**
  
  - 11 Situation auf dem Ausbildungsmarkt**
    - 11 Bundesweite Betrachtung
    - 17 Die Situation auf dem Hamburger Ausbildungsmarkt
    - 22 Marktrelevante Faktoren für Hamburg
    - 29 Verbleib der Abgängerinnen und Abgänger der  
allgemeinbildenden Schulen
    - 32 Fachberufe des Gesundheitswesens
  
  - 34 Maßnahmen zur Sicherung  
der beruflichen Bildung**
    - 34 Ausbildungsleistungen des öffentlichen Dienstes
    - 34 Aus Landesmitteln finanzierte Berufsausbildung
    - 35 Hamburger Ausbildungsprogramm (HAP)
    - 36 Jugendberufshilfe (JBH)
    - 38 Datenbankgestützte Auswertung der Programme
    - 42 Beratungsstelle Teilzeitausbildung (follow-up)
  
  - 44 Reform des Übergangs an der  
Schwelle Schule – Beruf**
    - 44 Vertiefte Berufs- und Studienorientierung (follow-up)
    - 45 Bericht aus der Arbeit der Jugendberufsagentur
    - 47 Ausbildungsvorbereitung in Produktionsschulen
    - 50 Weitere Maßnahmen
  
  - 51 Bilanz: Leichte Eintrübung auf den  
Ausbildungsmärkten**
- 57 Aktuelle bildungspolitische Themen**
    - 57 Sicherung der Attraktivität des dualen Systems
    - 68 Das juristische Stichwort: Die Behandlung der  
mündlich zu erbringenden Prüfungsleistung im  
Prüfungsverfahren
  
  - 72 Ausblick 2014**
    - 72 Prognose 2014
    - 74 Situation in Hamburg
  
  - 80 Anlagen**
    - 80 Platzangebot im Hamburger  
Ausbildungsplatzprogramm 2013
    - 82 Platzangebot in der Jugendberufshilfe 2013
    - 83 Plätze und Bewilligungen der im Jahr 2013 zu  
finanzierenden und der im Jahr 2013  
begonnenen überjährigen Maßnahmen der BSB
    - 85 Abkürzungsverzeichnis
    - 88 Abbildungsverzeichnis
    - 89 Tabellenverzeichnis

## Vorwort des Senators



FOTO: MICHAEL ZAPF

**Ties Rabe**  
SENATOR FÜR SCHULE UND  
BERUFSBILDUNG

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

vor Ihnen liegt der sechste Ausbildungsreport der Behörde für Schule und Berufsbildung, der über die Entwicklung in der Berufsbildung des abgelaufenen Ausbildungsjahrs in Hamburg informiert. Auch dieses Jahr war von einem Konjunkturverlauf geprägt, den wir uns alle günstiger erhofft hätten. Dies konnte nicht ohne Folgen für die Ausbildungsmärkte in der Bundesrepublik bleiben. Ähnlich wie in Gesamtdeutschland hat sich auch der Hamburger Ausbildungsmarkt diesen negativen Einflüssen nicht entziehen können. So sind im Ausbildungsjahr 2012/13 in Hamburg insgesamt 13.530 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen worden und damit 618 bzw. 4,4 Prozent weniger als im Vorjahr (Bundesdurchschnitt: minus 3,7 Prozent). Betrachtet man allerdings ausschließlich die betrieblichen Ausbildungsplätze, also diejenigen, die nicht überwiegend öffentlich finanziert worden sind, dann liegt Hamburg bundesweit betrachtet im Mittelfeld. Die Zahl der betrieblichen Neuverträge ging nämlich nur um 441 zurück (entsprechend 3,3 Prozent). Den, auch im Bundesvergleich, größten Anteil an den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen hatten mit über 70 Prozent (mit 9.495 neuen Verträgen) Berufe, die von der Handelskammer betreut werden (minus 411 bzw. minus 4,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresstichtag).

Im zweitwichtigsten Ausbildungssegment, dem Handwerk, ist mit 222 oder 8,3 Prozent ein deutlicherer Rückgang registriert worden.

Diese Zahlen dürfen jedoch nicht isoliert betrachtet werden. So hatte Hamburg im Fünf-Jahres-Zeitraum von 2008 bis 2012 stets günstiger gelegen als der Bundesdurchschnitt, was ein Vergleich der Neuabschlüsse an Ausbildungsverträgen deutlich zeigt. Bundesweit ging in diesem Zeitraum die Zahl der Neuverträge um 10,6 Prozent zurück (von 616.341 auf 551.259), während der Rückgang in Hamburg mit 4,8 Prozent nicht einmal halb so stark ausfiel (von 14.862 auf 14.148 Neuverträge). Vor diesem Hintergrund erscheint es verfrüht, von einem negativen Trend in Hamburg zu sprechen, zumal die aktuellen Eintragungsstände bei der Handelskammer und der Handwerkskammer darauf hindeuten, dass sich der Abwärtstrend in Hamburg im neuen Ausbildungsjahr nicht fortsetzen wird.

Die ungebrochene Attraktivität des Hamburger Ausbildungsmarkts spiegelt sich auch darin wider, dass, wie bereits im Vorjahr, rd. 42 Prozent der Ausbildungsanfänger und -anfängerinnen aus anderen Bundesländern zu uns gekommen sind.

Wir werden gemeinsam mit den Partnern aus der Wirtschaft, der Arbeitsverwaltung und Behörden weiterhin konsequent daran arbeiten, den Hamburger Ausbildungsmarkt attraktiv zu halten und wo nötig zu optimieren. Ich möchte daran erinnern, dass wir gemeinsam erfolgreich ein gravierendes Problem in den Griff bekommen haben: War es in der Vergangenheit üblich, dass jährlich rund 1.000 Absolventinnen und Absolventen der allgemeinbildenden Schulen von der Bildfläche verschwanden, so konnten wir diese Zahl bereits im Jahre 2012 auf zehn reduzieren – und 2013 gab es keinen einzigen Schulabsolventen, von dem unbekannt blieb, was er im Anschluss an die Schule gemacht hat. Dies ist ein Verdienst der neuen Jugendberufsagentur, der in Deutschland einzigen Beratungs- und Vermittlungsstelle für Jugendliche, die landesweit tätig ist. Gemeinsam mit den Schulen ist es gelungen, den weiteren Weg der Absolventinnen und Absolventen nachzeichnen zu können – wo nötig auch durch aufsuchende Beratungstätigkeit. Damit ist ein Ziel, das im Arbeitsprogramm 2011 des Senats formuliert ist, erreicht: „Niemand darf verlorengehen“.

Nicht ohne Neid blicken die Bildungspolitiker anderer Bundesländer auf das, was in Hamburg mit der Jugendberufsagentur geschaffen worden ist. Eine der am häufigsten an mich gerichteten Fragen war, wie es gelingen konnte, alle für die Bildung und berufliche Qualifizierung Verantwortlichen unter einen Hut zu bringen. Die Antwort ist relativ einfach: Allen Akteuren war klar, dass es mit dem Zuständigkeitswirrwarr, dem „Förderdschungel“ und den Insellösungen am Übergang Schule – Beruf nicht so weiter gehen durfte. In zweifellos schwierigen Verhandlungen zwischen den maßgeblichen „Playern“ konnte schon recht bald ein konstruktives Klima geschaffen werden – auf der Grundlage der Philosophie der gemeinsamen Verantwortung.

Ein weiterer gemeinsam getragener Eckpfeiler des Paradigmenwechsels war der zeitgleich eingeleitete Reformprozess am Übergang Schule – Beruf: Zu nennen sind an dieser Stelle die Abschaffung der Warteschleife „teilqualifizierende Berufsfachschule“, die Installation des „Hamburger Modells“ für marktbenachteiligte Jugendliche, die trotz großer Anstrengungen keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, oder die „Vertiefte Berufs- und Studienorientierung“ (BOSO), die im gerade begonnenen Schuljahr an allen Stadtteilschulen verbindlich eingeführt worden ist. Gerade mit der BOSO wollen wir erreichen, dass jede Schülerin und jeder Schüler spätestens in der Klassenstufe 10 „orientiert“ ist, also sich im Klaren darüber ist, ob er oder sie nach Beendigung der 10. Klasse eine bestimmte Berufsausbildung antritt oder entsprechend dem individuellen Leistungsvermögen das Abitur anstrebt.


Soweit also die Hamburger Schulen dazu beitragen können, den Schülerinnen und Schülern eine fundierte Berufswahlentscheidung unter Berücksichtigung der Karrierechancen, die auch eine duale Berufsausbildung bieten kann, zu ermöglichen, werden sie dies tun. Zudem habe ich die Hamburger Wirtschaft eingeladen, sich noch stärker in diesen Orientierungsprozess einzubringen – die Tore unserer Schulen stehen jedenfalls offen.

Die in Deutschland entbrannte Diskussion um die Attraktivität des dualen Ausbildungssystems verfolgen wir mit großer Aufmerksamkeit. Hatten wir bis vor kurzem bei den Ausbildungs- und Studienanfängerinnen

und -anfängern eines Jahres stets ein Verhältnis von zwei zu eins zu Gunsten der Berufsausbildung, so hat sich dieses Verhältnis seit 2011 zu einem Patt entwickelt. Um nicht missverstanden zu werden: Mir liegt es fern, jemanden vom Studium abzuhalten, solange dies eine wohlverwogene Entscheidung ist. Angesichts der hohen Abbrecherzahlen im Hochschulbereich sind aber Zweifel angebracht, ob jede/jeder Jugendliche mit einer Hochschulzugangsberechtigung sich genau informiert hat, welche Anforderungen ein Studium an sie/ihn stellt. Auch scheint mir der Bekanntheitsgrad und die Vielfalt des dualen Ausbildungssystems nicht allen Jugendlichen präsent zu sein. Im vorliegenden Ausbildungsreport haben wir daher diesen Fragen einen Schwerpunkt gewidmet, der u.a. die Diskussion dazu anregen soll, welche Möglichkeiten denkbar sind, um den genannten Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Hier stehen wir erst am Anfang der Debatte, sodass uns dieses wichtige Thema auch in der nächsten Zukunft noch stark beschäftigen wird.

Wir sind in Hamburg gemeinsam mit den Partnern aus der Wirtschaft, der Arbeitsverwaltung, den Kammern und Gewerkschaften, den involvierten Hamburger Fachbehörden und vielen anderen Akteuren der Berufsbildung auf einem guten Weg, haben aber noch längst nicht das Ende der Strecke erreicht. Deshalb rufe ich alle Beteiligten auf, uns weiter auf diesem Weg zu begleiten, um am Ende gemeinsam feststellen zu können: Jeder Jugendliche in Hamburg macht entweder das Abitur oder er absolviert eine Berufsausbildung.

Ihr



**Ties Rabe**

SENATOR FÜR SCHULE UND BERUFSBILDUNG

## Stellungnahme des Landesausschusses für Berufsbildung<sup>1</sup> zum Ausbildungsreport 2014

Der Landesausschuss für Berufsbildung dankt der Behörde für Schule und Berufsbildung für die Erarbeitung und Vorlage des Ausbildungsreports 2014.

Der Landesausschuss nimmt zur Kenntnis, dass sich die Ausbildungssituation in Hamburg im abgelaufenen Berichtsjahr ähnlich ungünstig entwickelt hat wie im Bundesdurchschnitt. Im Berichtsjahr sind in Hamburg insgesamt 13.530 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen worden. Das sind 618 weniger als 2012 und damit ein Minus von 4,4 Prozent, was leicht über dem Bundesdurchschnitt von minus 3,7 Prozent liegt. Während der Rückgang im Zuständigkeitsbereich der Handelskammer Hamburg mit 4,1 Prozent im Normbereich liegt, war die Entwicklung im Hamburger Handwerk mit einem Rückgang an Neuverträgen um 8,3 Prozent so nicht erwartet worden.

Der etwas stärkere Rückgang ist auch einer rückläufigen Zahl (voll) öffentlich finanzierter Ausbildungsplätze geschuldet. Betrachtet man nämlich allein die betrieblichen Ausbildungsleistungen in Hamburg, dann beträgt der relative Rückgang gegenüber dem Vorjahr nur 3,3 Prozent. Damit läge Hamburg im Bundesvergleich im Mittelfeld. Zudem ist zu berücksichtigen, dass aufgrund einer Änderung der Schulbesuchsregelungen im Berichtsjahr deutlich weniger Schülerinnen und Schüler die Klassenstufe 10 beendet haben als in den Vorjahren. Für die Bewertung dieser Zahlen sollte zudem nicht außer Acht gelassen werden, dass Hamburg in den vergangenen Jahren stets besser gelegen hat als der Bundesdurchschnitt (auch der alten Länder). Gleichwohl sieht der Landesausschuss für Berufsbildung Veranlassung, die weitere Marktentwicklung in Hamburg

zu verfolgen, um bei einem fortgesetzten Trend nach unten ggf. Handlungsempfehlungen zu formulieren. Unbeschadet dessen hat der Hamburger Ausbildungsmarkt kaum an Attraktivität verloren. Denn nach wie vor ist der Anteil der Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger, die außerhalb Hamburgs ihren Schulabschluss erworben haben, mit 42,1 Prozent (Vorjahr: 42,0 Prozent) sehr hoch. Naturgemäß stammen die meisten Auswärtigen aus den unmittelbaren Nachbarn Niedersachsen und Schleswig-Holstein, aber auch aus weiter entfernt liegenden Bundesländern kommen inzwischen rd. 1.000 Jugendliche nach Hamburg, um hier ihre Berufsausbildung zu absolvieren. Der Landesausschuss wiederholt jedoch seine Warnung aus dem Vorjahr, dass dieser Zustrom kein Automatismus ist und die maßgeblichen Akteure in Hamburg daher aufgefordert bleiben, günstige Rahmenbedingungen für eine Berufsausbildung in Hamburg zu erhalten bzw. zu schaffen.

Der Landesausschuss für Berufsbildung nimmt jedoch auch zur Kenntnis, dass im nicht dualen Bereich der Pflegeausbildung ein beachtliches Plus von mehr als 9 Prozent bei den Anfängerinnen und Anfängern zu verzeichnen ist. Diese Entwicklung ist auch deswegen erfreulich, weil sich gerade in den Pflegeberufen bereits jetzt eine Fachkräftelücke manifestiert, die dringend geschlossen werden muss. Um dies erfolgreich umsetzen zu können, erscheint es aus Sicht des Landesausschusses für Berufsbildung notwendig, nicht nur – wie von der Bundesregierung geplant – die Ausbildung in den Pflegeberufen gründlich zu reformieren. Angesichts der relativ kurzen Verweildauer qualifizierter Pflegekräfte im Berufsfeld – gerade im Bereich der Altenpflege – wären auch die dort vorherrschenden Arbeits- und übrigen Rahmenbedingungen in den Blick zu nehmen und auf Verbesserungsmöglichkeiten hin zu überprüfen. Hierzu zählt auch ein verstärktes Angebot an Ausbildungsmöglichkeiten in Teilzeitform.

Der Landesausschuss für Berufsbildung sieht nach näherer Betrachtung der Beratungs- und Vermittlungsleistungen im nunmehr zweiten Geschäftsjahr in der in Hamburg landesweit tätigen Jugendberufsagentur ein Erfolgsmodell, das seiner Auffassung nach auch in den anderen Bundesländern erfolgversprechend etabliert werden könnte. Nicht ohne Grund ist in den Koalitionsvertrag der die Bundesregierung tragenden Parteien aufgenommen worden: „Die beste und effizienteste Vorsorge gegen Ausbildungsabbrüche und lange Zeiten

<sup>1</sup> Der Landesausschuss für Berufsbildung (LAB) ist ein gesetzlich vorgeschriebenes Gremium und wird bei der jeweiligen Landesregierung errichtet (§ 82 Abs. 1 Berufsbildungsgesetz [BBiG]). Seine Mitglieder werden gemäß § 82 Abs. 2 BBiG von der Landesregierung (Senat) für längstens vier Jahre berufen. Das Gremium ist drittelparitätisch besetzt, d.h. es setzt sich entsprechend der gesetzlichen Regelung zusammen aus je sechs Beauftragten der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der obersten Landesbehörden. Die Aufgaben des LAB sind ebenfalls im Gesetz (in abstrakter Form) geregelt. Danach hat er die Landesregierung in den Fragen der Berufsbildung zu beraten, die sich für das Land ergeben.



von Arbeitslosigkeit im Lebensverlauf sind passgenaue und tragfähige Übergänge von der Schule in Ausbildung und Beruf. Daher wollen wir den erfolgreichen Ausbildungs- und Berufseinstieg für leistungsschwache Jugendliche erleichtern und gezielt begleiten. Flächendeckend einzurichtende Jugendberufsagenturen sollen die Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern II, III und VIII für unter 25-Jährige bündeln.“<sup>2</sup> Im Übrigen ist ein hohes Interesse aus anderen Bundesländern an der in Hamburg neu geschaffenen Einrichtung deutlich erkennbar, wie Informationsveranstaltungen u.a. in Bremen, Braunschweig oder München, zahlreiche Anfragen aus der gesamten Republik und nicht zuletzt die außerordentlich positive Resonanz auf der Bundeskonferenz „Chance Beruf“ Anfang Juli 2014 in Berlin belegen. Auch erfolgreiche Einrichtungen lassen sich optimieren. Eine rasch und problemlos umsetzbare Lösung bestünde darin, die bei der Arbeitsverwaltung gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen, die erfahrungsgemäß schwer zu besetzen sind, mit den bei der Jugendberufsagentur registrierten Ausbildungsplatzbewerbern und -bewerberinnen, die nach dem individuellen Leistungsprofil voraussichtlich nur mit erhöhtem Aufwand in Ausbildung gebracht werden können, organisatorisch noch enger zu verknüpfen. Angesichts der hohen Zahl von unbesetzt gebliebenen betrieblichen Ausbildungsstellen und der ebenfalls zu hohen Zahl „unversorgter“ Bewerberinnen und Bewerber auch in Hamburg empfiehlt der Landesausschuss für Berufsbildung daher eine noch engere Zusammenarbeit zwischen der Jugendberufsagentur und dem gemeinsam von der Agentur für Arbeit Hamburg und dem Jobcenter team.arbeit.hamburg getragenen Arbeitgeberservice. Eine solche Kooperation könnte dazu beitragen, die Zahlen der „unversorgten“ Bewerberinnen und Bewerber einerseits und die der nicht besetzten betrieblichen Ausbildungsstellen andererseits (sog. Mismatch-Situation) zu senken, zumal auf diese Weise Doppelerfolge bei der Verringerung der Passungsprobleme zu erzielen sind: Jede Vermittlung eines „unversorgten“ Jugendlichen auf einen bislang unbesetzt gebliebenen betrieblichen Ausbildungsplatz wirkt sich auf beiden Seiten der Waagschale gleichermaßen entlastend aus.

2 Siehe „Deutschlands Zukunft gestalten, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode“, Dezember 2013, S. 65 f. (Diese Passage ist etwas unsystematisch im Abschnitt Arbeitsmarkt und nicht im Abschnitt Berufsbildung aufgenommen worden).

Der Landesausschuss für Berufsbildung teilt die Auffassung der Behörde für Schule und Berufsbildung, dass die gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegene Zahl der unvermittelten Bewerberinnen und Bewerber einer näheren Betrachtung bedarf. Entscheidend ist nämlich die positive Kehrseite der Medaille: Wurden in früheren Jahren mindestens 900 bis 1.000 Abgängerinnen und Abgänger des allgemeinbildenden Schulwesens unter der unerfreulichen statistischen Rubrik „mit unbekanntem Verbleib“ verbucht, so kann seit kurzem der Verbleib nahezu aller Jugendlichen nach Schulaustritt nachgezeichnet werden. Auf diese Weise ist es möglich, zumindest einen Teil dieser Jugendlichen durch gezielte Beratungs- und Unterstützungsleistungen in eine weiterführende (berufliche) Qualifizierung zu integrieren. Auch dies ist ein unschätzbare Verdienst der landesweit operierenden Jugendberufsagentur, die nunmehr in allen sieben Bezirken ihre Arbeit aufgenommen hat. Angesichts der wachsenden Aufgaben gerade im operativen Bereich hält es der Landesausschuss für Berufsbildung für erforderlich, dass die regionalen Dienststellen der Jugendberufsagentur eine personelle Ausstattung erhalten, die eine zeitnahe Beratung und Vermittlung der Jugendlichen gewährleistet, um den Erfolg dieser Einrichtung nicht zu gefährden. Zugleich sollte eine von allen Partnern akzeptierte Steuerungsebene etabliert werden, die die operativen Tätigkeiten der Regionalstellen harmonisiert und koordiniert – nur so kann gewährleistet werden, dass jeder Jugendliche standortunabhängig in hoher Qualität betreut werden kann.

Die Behörde für Schule und Berufsbildung wird gebeten, die im Jahre 2012 neu aufgenommene Nachverfolgung der Abgängerinnen und -abgänger der Klassenstufe 10 der Stadtteilschulen auch in den kommenden Jahren weiterzuführen, da sie wichtige Erkenntnisse darüber liefert, wo die Schülerinnen und Schüler unmittelbar nach Austritt aus der Klassenstufe 10 eingemündet sind. Ein vergleichender Blick auf die Ergebnisse der Befragungen 2012 bzw. 2013 lässt zwar einen deutlichen Anstieg des Anteils der Schulabgänger erkennen, die unmittelbar nach der Schule in eine Berufsausbildung einmünden; allerdings hält der Landesausschuss für Berufsbildung die Quote von 38,8 Prozent für verbesserungsfähig. Damit korrespondierend sollte die mit 39,0 Prozent in etwa gleich hohe Einmündungsquote in Angebote des Übergangsbereichs gesenkt werden.

Dabei verkennt der Landesausschuss für Berufsbildung nicht, dass die vielfältigen Reformanstrengungen nicht sofort greifen können, sondern eine gewisse Anlaufzeit benötigen. Zu nennen ist an dieser Stelle die Vertiefte Berufs- und Studienorientierung (BOSO) an Stadtteilschulen. Angesichts der hohen Zahl von Studienabbrückerinnen und -abbrüchern sollte jedoch die BOSO auch auf die Sekundarstufe II der Gymnasien ausgeweitet werden, um auch den künftigen Abiturientinnen und Abiturienten die Möglichkeit zu geben, eine wirklich überlegte Wahlentscheidung zwischen Studium und Berufsausbildung treffen zu können.

Mit großem Interesse hat der Landesausschuss für Berufsbildung die ausführliche Bestandsaufnahme zur Attraktivität des dualen Ausbildungssystems zur Kenntnis genommen. Er teilt die im Report vertretene Auffassung, dass das permanente Anwachsen der Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger zu Lasten der Anfängerzahlen im dualen Ausbildungssystem nicht nur positiv zu werten ist. Neuere Untersuchungen, z. B. des Instituts der deutschen Wirtschaft, zeigen, dass im MINT-Bereich in absehbarer Zeit nicht auf der akademischen, sondern vielmehr auf der mittleren (beruflichen) Qualifikationsebene eine signifikante Fachkräftelücke entstehen wird, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird. Vor diesem Hintergrund wird die Frage immer drängender, wie es künftig gelingen kann, genügend leistungsstarke Jugendliche mit Hochschulzugangsberechtigung für eine Berufsausbildung im dualen Ausbildungssystem zu gewinnen. Gerade die Branchen, die bereits heute große Schwierigkeiten haben, ihre freien Ausbildungskapazitäten zu besetzen, werden überlegen müssen, wie sie ihre Attraktivität steigern können, beispielsweise durch Verbesserung der Ausbildungsbedingungen und Übernahmechancen.

Der Landesausschuss für Berufsbildung begrüßt die Verbesserungen für beruflich Qualifizierte, die das neue Hamburgische Hochschulgesetz vorsieht. Insbesondere bei der Anerkennung beruflicher Qualifikationen an den Hamburger Hochschulen sieht der Landesausschuss jedoch erhebliche Defizite. Der Landesausschuss erwartet deshalb, dass die nunmehr vorgenommenen gesetzlichen Verbesserungen auch in der Hochschulpraxis zügig und umfassend umgesetzt werden.

Der Landesausschuss für Berufsbildung teilt die in diesem Abschnitt des Ausbildungsreports dargelegten Befunde und Lösungsvorschläge weitgehend; er wird dieses Thema daher in sein Arbeitsprogramm aufnehmen.

#### **Beschluss vom 01. September 2014**

## Situation auf dem Ausbildungsmarkt

Wie bereits im Jahre 2012 ist auch für 2013 eine leichte Verschlechterung der Ausbildungsmarktsituation eingetreten, gekennzeichnet durch einen erneuten Rückgang der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt spiegelt die schwach ausgeprägte Konjunktur in Deutschland wider. So wies das Bruttoinlandsprodukt zum Ende des Jahres 2013 – wie bereits im Vorjahr mit 0,7 Prozent – nur eine geringfügige Steigerung um 0,4 Prozent aus. In den Vorjahren waren dagegen jeweils Steigerungsraten von 3,0 Prozent in 2011 und 4,2 Prozent in 2010 erreicht worden, was spürbar zur Belegung des Ausbildungsmarkts in Deutschland beigetragen hatte. Aufgrund dieser wirtschaftlichen Verschlechterung verringerte sich das Ausbildungsangebot merklich. Hinzu trat, dass die Neubesetzung öffentlich finanzierter Berufsausbildungsstellen deutlich zurückgenommen worden ist, und zwar von 25.902 auf nunmehr 21.678 (Rückgang um 4.224 Verträge in diesem Bereich bzw. um 16,3 Prozent).<sup>3</sup>

### Bundesweite Betrachtung

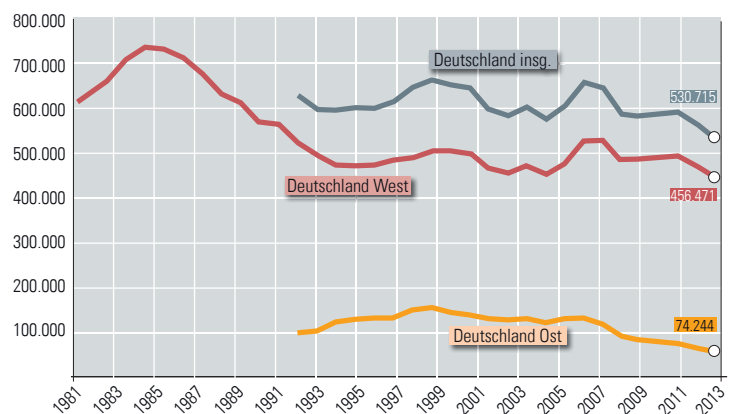
Im Statistikzeitraum 1. Oktober 2012 bis 30. September 2013 wurden 530.715 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Dies entspricht einem Rückgang um 20.544 Verträge bzw. minus 3,7 Prozent gegenüber dem vorhergehenden Ausbildungsjahr. In 2013 schlug der demografische Wandel in West- und Ostdeutschland erneut zu Buche, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß: In den alten Ländern wurden 15.884 weniger Neuverträge (minus 3,4 Prozent) als im Vorjahr verzeichnet, während in den neuen Ländern der Rückgang um 4.659 sogar ein Minus von 5,9 Prozent ausmachte. Konnten die alten Länder in der Vergangenheit anders als die neuen Länder seit 2007 in der Regel Zuwächse verbuchen, hat sich im Berichtsjahr erstmals auch bei ihnen ein demografiebedingter Bewerberrückgang eingestellt.<sup>4</sup> Ob sich dieser Abwärtstrend weiter fortsetzen wird, bleibt zu beobachten.

<sup>3</sup> Die Daten dieses Absatzes sind entnommen dem Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2014, S. 30 und Tabelle A1.2-4 Teil 1), S. 37, Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) Juli 2014 (im Folgenden zitiert: Datenreport 2014). Abrufbar unter der URL: [http://datenreport.bibb.de/media2014/BIBB\\_Datenreport\\_2014.pdf](http://datenreport.bibb.de/media2014/BIBB_Datenreport_2014.pdf)

<sup>4</sup> Vgl. Datenreport 2014, a.a.O., Tabelle A1.2-2, S. 34.

**ABBILDUNG 1:**

*Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in anerkannten Ausbildungsberufen in Deutschland, 1980 bis 2013 (jeweils Stand Ende September des Berufsberatungsjahres)*



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Erhebung zum 30. September, [www.bibb.de/de/14492.htm](http://www.bibb.de/de/14492.htm) und eigene Berechnungen

Der Negativtrend bei der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zeigt sich über nahezu alle Bereiche hinweg. Nur im Bereich des Öffentlichen Dienstes wurde mit 105 mehr Neuverträgen als im Vorjahr eine Steigerung von 0,9 Prozent erzielt, die allerdings zahlenmäßig auf ganz Deutschland gesehen nicht maßgeblich ins Gewicht fällt. Die beiden großen Wirtschaftsbereiche Handwerk sowie Industrie und Handel haben dagegen signifikante Rückgänge hinnehmen müssen (minus 5.190 respektive minus 14.082). Diese sprechen in absoluten Zahlen eine deutlichere Sprache als bei der relativen Betrachtung (minus 3,5 bzw. minus 4,2 Prozent), da es sich um die wichtigsten Wirtschaftsbereiche – nicht nur im Hinblick auf die berufliche Ausbildung – handelt. In den kleineren Ausbildungssegmenten Hauswirtschaft und Seeschifffahrt machen die Rückgänge um 204 bzw. 27 Neuverträge immerhin prozentuale Einbrüche von minus 7,4 und minus 14,8 Prozent aus. Moderate Rückgänge wurden in der Landwirtschaft für 2013 verzeichnet: Hier hatte ein Minus von 102 Verträgen einen prozentualen Rückgang von minus 0,8 Prozent zur Folge.

**TABELLE 1:**

*Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Deutschland nach Ausbildungsbereichen im Vergleich*

	2012	2013	Veränderung 2012/13	
			absolut	%
<b>Bundesgebiet</b>				
Industrie und Handel	332.622	318.540	-14.082	-4,2
Handwerk	147.327	142.137	-5.190	-3,5
Öffentlicher Dienst <sup>1)2)</sup>	12.009	12.114	105	0,9
Landwirtschaft	13.260	13.158	-102	-0,8
Freie Berufe <sup>1)</sup>	43.095	42.051	-1.044	-2,4
Hauswirtschaft <sup>1)</sup>	2.763	2.559	-204	-7,4
Seeschifffahrt	183	156	-27	-14,8
<b>Insgesamt</b>	<b>551.259</b>	<b>530.715</b>	<b>-20.544</b>	<b>-3,7</b>

1) Ohne jene neuen Ausbildungsverträge, für die andere Stellen (Kammern) zuständig sind.

2) Ohne Laufbahnausbildung im Beamtenverhältnis.

Datenkorrektur in 2012 öffentlicher Dienst (vorher 12.102)

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB); Erhebung zum 30. September, Stand Januar 2014, Tabelle 61

### *Hinweise zu Datenkorrekturen in den BIBB-Statistiken:*

Für das Erhebungsjahr 2010 mussten in den Bereichen öffentlicher Dienst und Freie Berufe Berichtigungen vorgenommen werden; betrifft Regierungspräsidium Tübingen, Abt. 9: Landesstelle für Straßentechnik – Korrektur für den Ausbildungsberuf Straßenwärter/-in sowie Ärztekammer Schleswig Holstein – Korrektur für den Beruf Medizinische/r Fachangestellte(r). Alle Berechnungen mit Datenstand 14.12.2011 berücksichtigen diese Korrektur aus der Erhebung 2010.

Für das Erhebungsjahr 2011 sind im Bereich Handwerk die Meldungen der Handwerkskammern Bremen und Hamburg überarbeitet worden. Alle Berechnungen mit Datenstand 12.12.2012 berücksichtigen diese Korrektur aus der Erhebung 2011.

Im Zuständigkeitsbereich der Industrie- und Handelskammern wurde der größte Rückgang an Neuverträgen bei der Berufsgruppe Büro und Sekretariat (minus 1.797) registriert. Starke Rückgänge verzeichneten auch Landwirtschaft, Post und Zustellung, Güterumschlag (minus 1.242), Metallverarbeitung (minus 1.122), Handel (minus 1.026) und Unternehmensorganisation und -strategie (minus 990). Die weiteren Ausschläge im negativen

wie im positiven Bereich liegen unter der Tausendermarke und sind somit in der bundesweiten Betrachtung weniger trendangehend. Näheren Aufschluss bietet die nachgestellte Tabelle.

**TABELLE 2:**

*Größte Zuwächse bzw. Rückgänge an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen von 2012 auf 2013 im Zuständigkeitsbereich der Industrie- und Handelskammern<sup>5</sup>*

StBa Berufsgruppe	Berufsgruppe	Veränderungen von 2012 auf 2013	
		absolut	in %
732	Verwaltung	213	13,9
434	Softwareentwicklung und Programmierung	171	3,9
624	Verkauf von drogerie- und apothekenüblichen Waren, Sanitäts- und Medizinbedarf	123	10,2
515	Überwachung und Steuerung des Verkehrsbetriebs	108	36,4
923	Verlags- und Medienwirtschaft	-102	-9,2
333	Aus- und Trockenbau, Isolierung, Zimmerei, Glaserei, Rolladen- und Jalousiebau	-105	-21,6
414	Physik	-105	-15,1
634	Veranstaltungsservice- und -management	-105	-5,1
631	Tourismus und Sport	-114	-2,6
244	Metallbau und Schweißtechnik	-120	-3,7
292	Lebensmittel- und Genussmittelherstellung	-132	-9,6
715	Personalwesen und -dienstleistung	-138	-14
262	Energietechnik	-141	-2
234	Drucktechnik und -weiterverarbeitung, Buchbinderei	-153	-10,8
122	Floristik	-168	-12,1
221	Kunststoff- und Kautschukherstellung und -verarbeitung	-168	-6,7
272	Technisches Zeichnen, Konstruktion und Modellbau	-168	-3

5 Berücksichtigt wurden alle zahlenmäßigen Veränderungen größer bzw. kleiner 200.

241	Metallerzeugung	-189	-17,1
232	Technische Mediengestaltung	-237	-6,8
622	Verkauf von Bekleidung, Elektronik, Kraftfahrzeugen und Hartwaren	-276	-8
261	Mechatronik und Automatisierungstechnik	-387	-4
516	Kaufleute – Verkehr und Logistik	-519	-8,1
721	Versicherungs- und Finanzdienstleistungen	-588	-3
633	Gastronomie	-780	-8,9
251	Maschinenbau- und Betriebstechnik	-831	-4,4
293	Speisenzubereitung	-858	-7,6
621	Verkauf (ohne Produktspezialisierung)	-888	-1,7
713	Unternehmensorganisation und -strategie	-990	-5
612	Handel	-1.026	-6,4
242	Metallbearbeitung	-1.122	-14,9
513	Lagerwirtschaft, Post und Zustellung, Güterumschlag	-1.242	-6,9
714	Büro und Sekretariat	-1.797	-6,5

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2013, Stand Januar 2014, Tabelle 213 und eigene Berechnungen.

Im Zuständigkeitsbereich der Handwerkskammern ist augenfällig, dass im bundesweiten Kontext nur die Berufsgruppen Klempnerei, Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, Energietechnik und Umweltschutztechnik ein Plus von 579 bzw. 228 bzw. 159 neu abgeschlossenen Verträgen gegenüber dem Vorjahr ausweisen können.

Alle weiteren größeren Veränderungen im handwerklichen Ausbildungsgeschehen spielen sich im negativen Bereich ab. Die Berufsgruppen, die in 2013 die größten Rückgänge registrierten, nämlich Fahrzeug-, Luft-, Raumfahrt- und Schiffbautechnik<sup>6</sup> sowie das Verkaufspersonal haben auch schon im Vorjahr in größerem Umfang Rückgänge hinnehmen müssen (minus 684 bzw. minus 1.107, vgl. Ausbildungsreport 2013).

6 Aus nicht nachvollziehbaren Gründen führt das StBA die Gruppe 28 Fahr-, Flugzeugbau- und -wartungsberufe bei den handwerklichen Berufen, obwohl sie eindeutig den industriellen Berufen zuzuordnen ist.

Bei den Berufen der Maler- und Lackierer-, Stuckateurarbeiten, Bauwerkabdichtung, Holz- und Bautenschutz, die in 2013 ebenfalls größere Rückgänge verzeichneten, wurde dies ebenfalls bereits im Vorjahr beobachtet (minus 1.128, vgl. Ausbildungsreport 2013). Erstaunlich erscheint jedoch der Rückgang bei der Metall- und Schweißtechnik, da diese im Vorjahr die Liste an der Spitze anführten mit einem Zuwachs von 468 Neuverträgen gegenüber dem Vorjahr 2011. Die weiteren Berufsgruppen mit größeren Ausschlägen im Bereich des Handwerks können der folgenden Aufstellung entnommen werden.

**TABELLE 3:**  
*Größte Zuwächse bzw. Rückgänge an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen von 2012 auf 2013 in der Zuständigkeit der Handwerkskammern<sup>7</sup>*

StBa Berufsgruppe	Berufsgruppe	Veränderung von 2012 auf 2013	
		absolut	%
342	Klempnerei, Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	579	4,8
262	Energietechnik	228	2,0
422	Umweltschutztechnik	159	20,9
233	Fototechnik und Fotografie	-108	-13,9
825	Medizin-, Orthopädie- und Reha-technik	-123	-2,1
622	Verkauf von Bekleidung, Elektronik, KFZ und Hartwaren	-183	-15,7
263	Elektrotechnik	-186	-13,9
245	Feinwerk- und Werkzeugtechnik	-213	-6,6
321	Hochbau	-243	-2,8
222	Farb- und Lacktechnik	-285	-11,9
292	Lebensmittel- und Genussmittelherstellung	-303	-4,9
823	Körperpflege	-387	-3,2
244	Metallbau und Schweißtechnik	-480	-7

7 Berücksichtigt wurden alle zahlenmäßigen Veränderungen größer bzw. kleiner 200.

332	Maler- und Lackierer-, Stuckateurarbeiten, Bauwerksabdichtung, Holz- und Bautenschutz	-549	-5,9
623	Verkauf von Lebensmitteln	-729	-7,8
252	Fahrzeug-, Luft-, Raumfahrt- und Schiffbautechnik	-1.788	-7,3

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2013, Stand Januar 2014, Tabelle 213 und eigene Berechnungen.

Aus den Zuständigkeitsbereichen der übrigen zuständigen Stellen (Kammern) sind fünf Berufsgruppen von größerer Relevanz, die der nachstehenden Tabelle entnommen werden können.

**TABELLE 4:**  
*Größte Zuwächse bzw. Rückgänge an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen von 2012 auf 2013 in den übrigen Zuständigkeitsbereich der zuständigen Stellen (Auswahl)<sup>8</sup>*

Bereich	StBa Berufsgruppe	Berufsgruppe	Veränderung von 2012 auf 2013	
			absolut	%
Landwirtschaft	111	Landwirtschaft	291	7,3
	121	Gartenbau	-282	-5,5
Öffentlicher Dienst	422	Verwaltung	216	2,4
Freie Berufe	731	Rechtsberatung, -ordnung und Rechtsprechung	-186	-3,0
	811	Arzt- und Praxishilfe	-837	-2,9

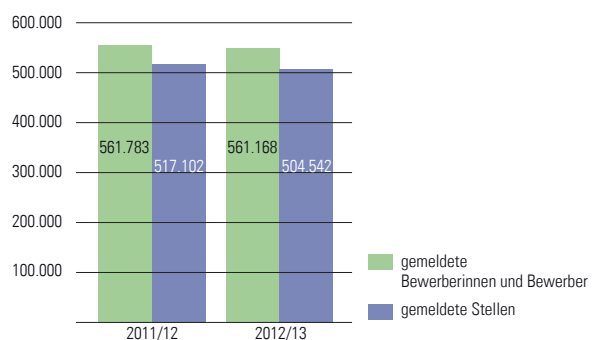
Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2013, Stand Januar 2014, Tabelle 213 und eigene Berechnungen.

Betrachtet man allein die Statistik der Bundesagentur für Arbeit bezüglich der gemeldeten Stellen und der gemeldeten Bewerber und Bewerberinnen eines Jahres, zeigt sich erneut ein größeres Stellendefizit als im Vorjahr. Waren zum Stichtag im September 2012 deutschlandweit noch 42.791 Bewerber und Bewerberinnen mehr als Ausbildungsstellen gemeldet, waren es in 2013 bereits 56.626. Bei der alleinigen Betrachtung dieser Auswertungen gilt es jedoch zu bedenken,

8 Berücksichtigt wurden alle zahlenmäßigen Veränderungen größer bzw. kleiner 100. Die relevante Tabelle 101 war nicht verfügbar (Umstellung der Statistik), daher andere Tabellengrundlage als im Vorjahr.

dass es sich hier nur um die jeweils bei der Agentur für Arbeit gemeldeten Stellen und Ausbildungssuchenden handelt. Der sogenannte „Einschaltgrad“ kann durchaus variieren, da es keine Meldepflicht für eine der beiden Seiten gibt.<sup>9</sup>

**ABBILDUNG 2:**  
*Gemeldete Bewerberinnen und Bewerber und gemeldete Berufsausbildungsstellen in Deutschland bei der Bundesagentur für Arbeit, Ende September 2012 und 2013<sup>10</sup>*



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Monatliche Zeitreihen – Ausbildungsstellenmarkt, Nürnberg, Zeitreihe, Stand 22.10.2013

Die Fortschreibung der Differenzierung neu abgeschlossener Ausbildungsverträge nach dem Merkmal Finanzierungsform in der BIBB-Statistik<sup>11</sup> zeigt, dass der Abbau des Angebots an überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungen weiter voranschreitet. Insbesondere in den neuen Ländern wurde das Angebot an außerbetrieblich durchgeführten Ausbildungen stark zurückgefahren. Die Anteile der überwiegend öffentlich finanzierten, und damit in der Regel außerbetrieblichen Ausbildungsplätze am gesamten Ausbildungsgeschehen waren hier deutlich höher, da man, anders als in den westlichen Bundesländern, mangels Alternativen viel stärker auf diese Art der Förderung für erfolglos gebliebene Ausbildungssuchende setzen musste, was auch aufgrund der über Jahre hinweg schlechteren wirtschaftlichen Entwicklung in diesen Gebieten notwendig war. Da jedoch gerade in diesen Ländern die Nachfrage demografiebedingt deutlich sinkt, wird das außerbetriebliche Angebot

9 Nähere Erläuterungen hierzu, siehe auch Ausbildungsreport 2012 und frühere, sowie auf den Statistikseiten der Agentur für Arbeit.

10 Aufgrund von Datenrevisionen in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit kommt es zu abweichenden Angaben im Vergleich zu den Vorjahresdaten. Weitere Informationen zum Verfahren und den eingeführten Neuerungen finden Sie auf den Statistikseiten der Bundesagentur für Arbeit z. B. in den Methodenberichten.

11 Erläuterungen hierzu finden sich auch im Ausbildungsreport 2011, S. 10.

in letzter Zeit auch hier gezielt reduziert.<sup>12</sup> Dennoch umfasst es dort immerhin noch 9,2 Prozent aller Neuverträge, während sein Anteil in den alten Bundesländern nur noch bei 3,3 Prozent liegt.<sup>13</sup> In Hamburg hatte im Ausbildungsjahr 2013 die überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildung mit 4,8 Prozent immer noch einen größeren Anteil am Gesamtgeschehen als im Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer. Zum Vergleich wiesen jedoch die beiden anderen Stadtstaaten Berlin und Bremen in 2013 größere Anteile aus (8,5 bzw. 5,6)<sup>14</sup>. Faktoren wie die Ausgestaltung der Förderpolitik in den einzelnen Ländern, die regionale Wirtschaftsentwicklung, die demografischen Veränderungen und ob es sich um einen Stadt- oder Flächenstaat handelt, spielen in dieser Betrachtung eine wichtige Rolle und müssen daher bei der genaueren Analyse und dem Vergleich einzelner Länder stets berücksichtigt werden.

**TABELLE 5:**  
*Neu abgeschlossene Verträge in Deutschland und Hamburg nach Finanzierungsform 2011, 2012 und 2013*

Jahr	neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Bundesgebiet	Alte Länder	Neue Länder und Berlin	Hamburg
absolut					
2011	insgesamt	569.379	484.884	84.495	14.412
	betrieblich	538.920	466.191	72.729	13.566
	überwiegend öffentlich finanziert	30.459	18.693	11.766	846
2012	insgesamt	551.259	472.353	78.903	14.148
	betrieblich	525.354	454.785	70.569	13.323
	überwiegend öffentlich finanziert	25.905	17.568	8.334	825
2013	insgesamt	530.715	456.471	74.244	13.530
	betrieblich	509.034	441.630	67.404	12.882
	überwiegend öffentlich finanziert	21.678	14.841	6.480	648

12 Siehe hierzu auch Berufsbildungsbericht 2013, BMBF, S. 19 ff.  
 13 Vgl. Berufsbildungsbericht 2014 der Bundesregierung, S. 21 (im Folgenden zitiert: Berufsbildungsbericht 2014; abrufbar unter der URL: [www.bmbf.de/pub/bbb\\_2014.pdf](http://www.bmbf.de/pub/bbb_2014.pdf).  
 14 Siehe Berufsbildungsbericht 2014, S.23

2011	insgesamt	100	100	100	100
	betrieblich	94,7	96,1	86,1	94,1
	überwiegend öffentlich finanziert	5,3	3,9	13,9	5,9
2012	insgesamt	100	100	100	100
	betrieblich	95,3	96,3	89,4	94,2
	überwiegend öffentlich finanziert	4,7	3,7	10,6	5,8
2013	insgesamt	100	100	100	100
	betrieblich	95,9	96,7	90,8	95,2
	überwiegend öffentlich finanziert	4,1	3,4	9,6	4,8

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Erhebung zum 30.09.2011/2012/2013

Für die bildungspolitische Bewertung der Situation auf dem Ausbildungsmarkt werden verschiedene Indikatoren herangezogen. Neben der Zahl der neu eingetragenen Ausbildungsverträge oder der von der Arbeitsverwaltung erhobenen Relation des Angebots von Ausbildungsstellen zur Nachfrage seitens der Jugendlichen wird auch das Kriterium der Ausbildungsbeteiligung der Wirtschaft als Indikator für die Beurteilung der Situation auf dem Ausbildungsmarkt zu Bewertungszwecken verwendet. So wurde in der Aktuelle Stunde der Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft am 4. Juni 2014 von einem Abgeordneten moniert, dass die Ausbildungsbeteiligung der Hamburger Wirtschaft auf nur noch 15 Prozent zurückgegangen sei.<sup>15</sup>

Für die Einschätzung der Situation auf dem Hamburger Ausbildungsmarkt wird das Kriterium der Ausbildungsbeteiligung der Betriebe in den Ausbildungsreports der Behörde für Schule und Berufsbildung nicht eingesetzt, da es nur sehr eingeschränkt valide erscheint. Hierfür ist eine Reihe von Gründen zu nennen, die im Folgenden näher erläutert werden. Soweit ersichtlich, werden zwei wesentliche Indikatoren zur Messung der Ausbildungsbeteiligung der Wirtschaft zugrunde gelegt: Das BIBB ermittelt eine sog. Ausbildungsbetriebsquote

15 Vgl. Protokoll der Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft vom 4. Juni 2014, Debatte in der Aktuelle Stunde zum Thema „Arbeit und Ausbildung für unsere jungen Leute – Hamburg handelt!“, S. 6588; abrufbar unter der URL: [www.buergerschaft-hh.de/parldok/](http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/).

(ABQ), während das Institut für Arbeits- und Berufsforschung (IAB) eine sog. Ausbildungsaktivitätsquote (AAQ) errechnet. Nach der ABQ wird ein Betrieb als Ausbildungsbetrieb bezeichnet, der zu einem bestimmten Stichtag (31. Dezember) in seiner (verpflichtenden) Meldung an die Sozialversicherungsträger zur Zahl und Struktur seiner sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auch Ausbildungsverhältnisse aufgeführt hat.<sup>16</sup> Deren Quote zur Gesamtzahl der Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird als ABQ bezeichnet. Diese Quote hat sich seit dem Jahr 2007 kontinuierlich zurückentwickelt. Betrug sie im Basisjahr 2007 noch 24,1 Prozent, so war diese bis zum Jahre 2012 auf den Wert von 21,3 Prozent zurückgegangen.

Die AAQ des IAB berücksichtigt das Faktum, dass nicht alle Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Lage sind, auszubilden. Dies gilt namentlich für Kleinbetriebe, die die für die gesetzliche Ausbildungsberechtigung erforderlichen Nachweise nicht erbringen können.<sup>17</sup> Datenbasis ist hier das Ergebnis einer Befragung von rd. 16.000 Betrieben im Rahmen des „IAB-Betriebspanels“.<sup>18</sup> Danach wird ein Betrieb als Ausbildungsbetrieb definiert, der zu einem bestimmten Zeitpunkt Zu- und Abgänge an Auszubildenden, Auszubildende im Bestand der Beschäftigten hat oder für das beginnende Ausbildungsjahr den Abschluss von Ausbildungsverträgen plant. Die auf diese Weise durch Hochrechnung ermittelte AAQ hatte mit 54,0 Prozent ihren Höchststand in den Jahren 2008, 2009 und 2011 erreicht. Im Jahre 2012, dem letzten Erhebungsjahr nach gegenwärtigem Stand, betrug die AAQ 52,0 Prozent. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in diesen Wert auch Betriebe eingeflossen sind, die lediglich beabsichtigten, ihre Ausbildungsplätze (wieder) zu besetzen.

16 Troltsch/Walden: „Ausbildungsbeteiligung der Wirtschaft: Welche Indikatoren stehen zur Verfügung?“ in: BWP 43 (2014) 3, S. 4 f.

17 Zum Ausbildungsjahr 2009/10 endete die Aussetzung der Ausbildereignungs-Verordnung (AEVO). Diese hatte die Bundesregierung mehrere Jahre zuvor als Beseitigung einer „ausbildungshemmenden Vorschrift“ mit dem Ziel durchgesetzt, auch Kleinbetrieben die Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen zu ermöglichen, ohne dass zur Ausbildung geeignetes Personal vorhanden ist. Die Wiederinkraftsetzung der AEVO ab dem Ausbildungsjahr 2009/10 führte naturgemäß zu einem erheblichen Rückgang der Ausbildungsbeteiligung von Kleinbetrieben, sodass die Berechnungsweise des IAB folgerichtig ist.

18 Troltsch/Walden, a.a.O.

Ob dies tatsächlich geschehen ist, bleibt offen, was angesichts der an anderer Stelle bereits beschriebenen Besetzungsprobleme in bestimmten Branchen jedoch nicht unwahrscheinlich ist und somit bei der Ermittlung der AAQ zu einer Fehlerabweichung nach oben führen kann.

Für die Bewertung und Entwicklung der Ausbildungsbeteiligung steht demnach keine valide Datenbasis zur Verfügung. Die ABQ des BIBB kann keine verlässlichen Aussagen darüber treffen, wie viele der Gesamtheit der Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten überhaupt ausbilden dürfen. Daher kann nicht ausgeschlossen werden, dass der vom BIBB ermittelte Rückgang der ABQ auch darauf zurückzuführen sein könnte, dass in den letzten Jahren die Zahl der Kleinbetriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zugenommen hat.<sup>19</sup> Aber auch die AAQ des IAB beruht nur auf Schätzungen. Zwar werden immerhin 16.000 Betriebe zu ihren Ausbildungsaktivitäten befragt. Bei einer Gesamtheit von über 2,1 Mio. Betrieben mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten beträgt die Basisquote jedoch nur 7,6 Promille. Daher muss – wie bei allen Hochrechnungen – von einem gewissen Maß an Fehlerabweichungen ausgegangen werden.

Genaueren Aufschluss über die tatsächliche Entwicklung der Ausbildungsbeteiligung der Wirtschaft kann daher nur durch sehr aufwendige Einzelbefragungen sämtlicher Mitgliedsbetriebe der zuständigen Stellen erbracht werden, was im Regelfall nicht geleistet werden kann. Eine einmalige händische Sondererhebung der Handelskammer Hamburg im Jahre 2007 hat ergeben, dass seinerzeit die tatsächliche Ausbildungsquote der Mitgliedsunternehmen der Handelskammer bei nahezu 50 Prozent gelegen hat. Zur Berechnung dieses Werts wurden in einem ersten Schritt die Betriebe herausgefiltert, die überhaupt die gesetzlichen Mindestanforderungen an eine duale Ausbildung erfüllen können. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass es zum Erhebungszeitpunkt unter den 145.000 Mitgliedsunternehmen der Handelskammer Hamburg nur rund 10.000 Betrieben gegeben hat, die für die duale Ausbildung in Betracht kommen.

19 So hat mit Inkrafttreten des Dritten Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und anderer handwerksrechtlicher Vorschriften zum 1. Januar 2004 („3. Handwerksnovelle“), veröffentlicht im BGBl. I 2003, S. 2934, die Zahl der (nicht ausbildungsfähigen) Kleinbetriebe in den nicht (mehr) zulassungspflichtigen Handwerken (z. B. Fliesenleger) deutlich zugenommen.



Diese stammten in der Hauptsache (9.000 Betriebe) aus dem Potenzial der ins Handelsregister eingetragenen Betriebe; hinzu kamen rund 1.000 Ausbildungsbetriebe aus dem Sektor der kleinen Unternehmen. Von den ermittelten 10.000 ausbildungsfähigen Betrieben hat rund die Hälfte der Betriebe aktiv ausgebildet: So waren zum Zeitpunkt der Datenerhebung (August 2007) etwa 4.700 Unternehmen mit einem oder mehr Auszubildenden bei der Handelskammer als aktiver Ausbildungsbetrieb registriert. Dabei handelte es sich um eine schwankende Zahl, die nach dem überwiegenden Ausbildungsbeginn nach dem 1. August bzw. 1. September auf über 5.000 angestiegen war. Insgesamt war die gemeinsame Einschätzung von Handelskammer Hamburg und Behörde für Schule und Berufsbildung, dass der hohe Aufwand einer Gesamterhebung in keinem Verhältnis zum eher begrenzten Erkenntniswert stünde.

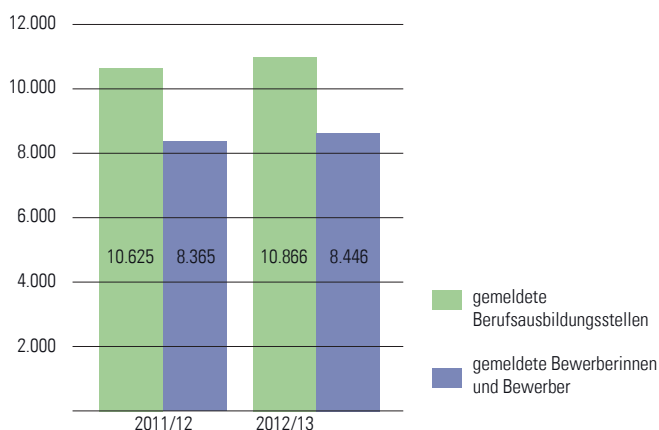
Weitergehende Informationen und Analysen für das Bundesgebiet können z. B. dem Berufsbildungsbericht 2014 des BMBF sowie dem hierzu vom BIBB zugelierten Datenreport 2014 entnommen werden.

## Die Situation auf dem Hamburger Ausbildungsmarkt

Entgegen dem bundesweiten Trend wurde in Hamburg erneut ein Stellenüberhang in der Statistik der Agentur für Arbeit ausgewiesen, welcher sich im Vergleich zum Vorjahr sogar noch ausgeweitet hat. Es wurden in 2013 mehr Stellen aber auch mehr Bewerberinnen und Bewerber bei der Hamburger Arbeitsagentur gemeldet als in 2012. Dies führte zu einem rechnerischen Stellenüberhang von 2.420 gegenüber 2.260 in 2012 und somit einer Steigerung von 7,1 Prozent. Hiermit zeichnet sich prima vista ein recht positives Bild, insbesondere für die Nachfrageseite der Ausbildungssuchenden, für den Hamburger Ausbildungsmarkt.

### ABBILDUNG 3:

*Gemeldete Bewerberinnen und Bewerber und gemeldete Berufsausbildungsstellen bei der Arbeitsagentur Hamburg, Ende September 2012 und 2013<sup>20</sup>*



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Monatliche Zahlenreihen – Ausbildungsmarkt, Nürnberg, Zeitreihe, Stand 22.10.2013

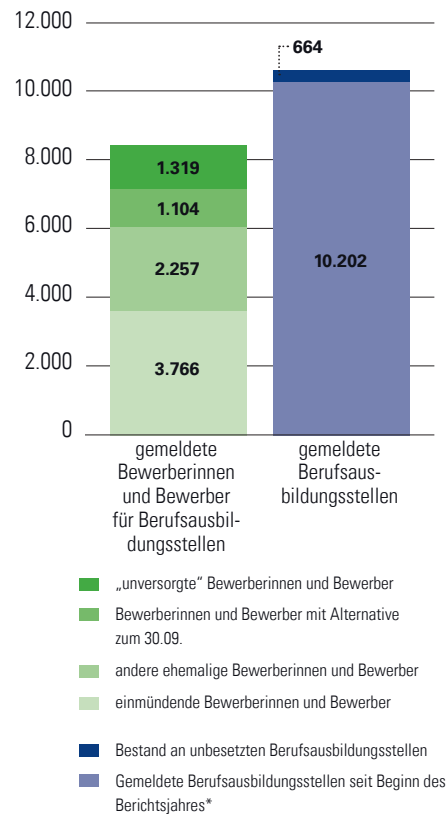
Bei näherer Betrachtung der Statistik der Arbeitsverwaltung wird jedoch auch deutlich, dass im September 2013 mehr Jugendliche „unversorgt“ waren als im Vorjahr, wobei die absoluten Werte jedoch relativ niedrig sind. So waren 81 mehr junge Menschen zum 30.09.2013 ohne einen Ausbildungsplatz oder eine andere Alternative. Dies entspricht einer Steigerung um 1,0 Prozent.

<sup>20</sup> Aufgrund von Datenrevisionen in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit kommt es zu abweichenden Angaben, insbesondere bezogen auf die Zahl der Bewerber und Bewerberinnen. Weitere Informationen zum Verfahren und eingeführten Neuerungen finden sich auf den Statistikseiten der Bundesagentur für Arbeit z. B. in den Methodenberichten.

Dem standen zum selben Zeitpunkt noch 664 offene Berufsausbildungsstellen gegenüber. An der folgenden Grafik wird aber auch erneut deutlich, dass die Statistik der Agentur für Arbeit nicht das gesamte Geschehen am Ausbildungsmarkt abbilden kann: Dort werden für September 2013 zwar 10.202 bereits besetzte Ausbildungsstellen ausgewiesen, denen aber insgesamt nur 8.446 gemeldete Bewerberinnen und Bewerber gegenüber stehen, von denen 1.319 keinen Ausbildungsplatz („unversorgt“) und 1.104 zwar noch ausbildungssuchend, aber zusätzlich einen alternativen Bildungs- oder Beschäftigungsweg wahrgenommen haben. Diese Zahlen deuten darauf hin, dass in 2013 über 4.000 Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger in Hamburg nie bei der Arbeitsverwaltung gemeldet gewesen sind und sich offenkundig selbstständig ohne deren Vermittlungsunterstützung einen dualen Ausbildungsplatz sichern konnten. Weiterhin ist auch davon auszugehen, dass weitere Ausbildungsplätze in der Hamburger Wirtschaft besetzt wurden, die nicht der Agentur gemeldet wurden.<sup>21</sup>

**ABBILDUNG 4:**

*Verbleib der Bewerberinnen und Bewerber und besetzte Berufsausbildungsstellen bei der Arbeitsagentur Hamburg, September 2013*



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen  
Ausbildungsstellenmarkt, Bewerber und Berufsausbildungsstellen,  
Land Hamburg, September 2013

Darüber hinaus bilden die jährlich erhobenen Kammerstatistiken des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) die tatsächlich neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ab und erlauben damit einen anderen Einblick in das Ausbildungsgeschehen. Wie erwähnt verzeichneten in 2013 alle Bundesländer Rückgänge im Bereich der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Dennoch spiegelt sich auch hier die hohe Attraktivität des Hamburger Ausbildungsmarkts wider: Hamburg wies im Ländervergleich einen moderaten Rückgang um 618 Verträge bzw. minus 4,4 Prozent aus. Damit liegt Hamburg im Vergleich zu den anderen alten Bundesländern im unteren Mittelfeld (die Rückgänge waren nur in Rheinland-Pfalz mit minus 4,5 Prozent, Schleswig-Holstein mit minus 5,8 Prozent und Saarland mit minus 11,6 Prozent noch stärker ausgeprägt).

<sup>21</sup> Laut Agentur für Arbeit „nutzen, bei wachsendem Nachfrageüberhang Ausbildungsbetriebe die Ausbildungsvermittlung seltener und später, die Jugendlichen jedoch häufiger und früher. Bei einem Angebotsüberhang verhält es sich umgekehrt. Daher sind direkte Rückschlüsse auf die absoluten Zahlen von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage nicht möglich.“  
Quelle: Methodische Hinweise, Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Weitere Erläuterungen zum Einschaltgrad und der Statistik der Agentur für Arbeit können den vorangegangenen Ausbildungsreporten insbesondere aus 2009 entnommen werden.

Ein etwas günstigeres Bild für den Hamburger Markt zeigt sich allerdings, wenn man ausschließlich die rein betrieblichen Ausbildungsverträge betrachtet: Hier beträgt der relative Rückgang nur 3,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr, da die Teilmenge der öffentlich finanzierten Ausbildungsangebote mit -177 am Gesamtrückgang von 618 Verträgen gegenüber dem Vorjahr einen Anteil von 27,7 Prozent aufweist.<sup>22</sup> Im rein betrieblichen Ranking lässt Hamburg neben den drei bereits genannten Ländern auch Niedersachsen (-3,9 Prozent) und Bayern (-3,4 Prozent) hinter sich. In Bremen wurde diese Quote mit einem geringeren Rückgang von minus 3,0 Prozent unterboten. Schleswig-Holstein meldete ein noch größeres Minus von 5,8 Prozent als Hamburg, während Niedersachsen ein geringeres Minus von 3,2 Prozent aufweist. In den westdeutschen Bundesländern sind allgemein keine ungewöhnlich hohen Rückgänge eingetreten. Der Durchschnitt betrug hier in 2013 minus 3,4 Prozent. Aber auch in den ostdeutschen Ländern wurden in den vergangenen Jahren noch höhere Rückgänge verzeichnet als 2013. Der Durchschnitt lag hier in 2010 bei minus 6,6 Prozent. Dies lässt den Schluss zu, dass sich die Lage nach einigen Jahren deutlicher Rückgänge auf niedrigem Niveau stabilisiert hat, was sich aber in der Realität noch zeigen muss. Zu bedenken ist, dass gerade hier die Prognosen und die tatsächliche Entwicklung in den letzten Jahren öfter auseinander gingen.<sup>23</sup>

Von den in 2013 vom BIBB erhobenen 13.530 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in Hamburg entfielen 9.495 auf den Zuständigkeitsbereich der Handelskammer (minus 411 bzw. -4,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresstichtag). Der in absoluten Zahlen größte Rückgang im Bereich der Handelskammer Hamburg macht in Relation gesehen keinen so großen Unterschied zum Vorjahresergebnis aus, da es sich mit einem Anteil von rd. 70 Prozent um den bei Weitem größten Ausbildungsbereich in der Hansestadt handelt.

Einen deutlicheren Rückgang an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen verzeichnet das Hamburger Handwerk. Es wurden insgesamt 2.460 und damit 223 weniger Lehrverträge neu abgeschlossen (minus 8,3 Prozent). Damit entfällt auf das Handwerk – in absoluten Zahlen betrachtet – über ein Drittel des in Hamburg registrierten Rückgangs, obwohl es am gesamten Hamburger Ausbildungsmarkt lediglich einen Anteil von 18,2 Prozent ausmacht, das ist im Bundesvergleich der mit Abstand geringste Anteil.<sup>24</sup> Der relativ gesehen bundesweit höchste Rückgang an Neuverträgen im Hamburger Handwerk erscheint allerdings nur auf den ersten Blick besorgniserregend. So hatte das Hamburger Handwerk im letzten Berichtsjahr (Ausbildungsjahr 2012/13) – gegen den Bundestrend – einen Anstieg der Neuverträge um 4,0 Prozent registriert. Zudem dürften zwei Faktoren für das Ergebnis in 2013 zumindest mitursächlich gewesen sein: Zum einen erscheint es nicht ausgeschlossen, dass die intensiven Ausbildungskampagnen des Handwerks im Vorjahr eine Reihe von kleineren Betrieben bewogen hat, ihr Ausbildungsengagement zu steigern, sodass sie im Folgejahr für Ausbildungsneuangebote nicht zur Verfügung gestanden haben; zum anderen hatte die BASFI im Jahre 2012 ein handwerksspezifisches Ausbildungssonderprogramm mit 200 Plätzen (je 100 in integrativer bzw. betrieblich begleiteter Form) aufgelegt, wovon 132 (darunter 96 in integrativer Form) tatsächlich besetzt werden konnten. Die kommenden Ausbildungsjahre werden zeigen, ob das Endergebnis des Berichtsjahres im Hamburger Handwerk ein einmaliger Einschnitt gewesen ist oder den Beginn einer langfristig ungünstigen Entwicklung anzeigt.

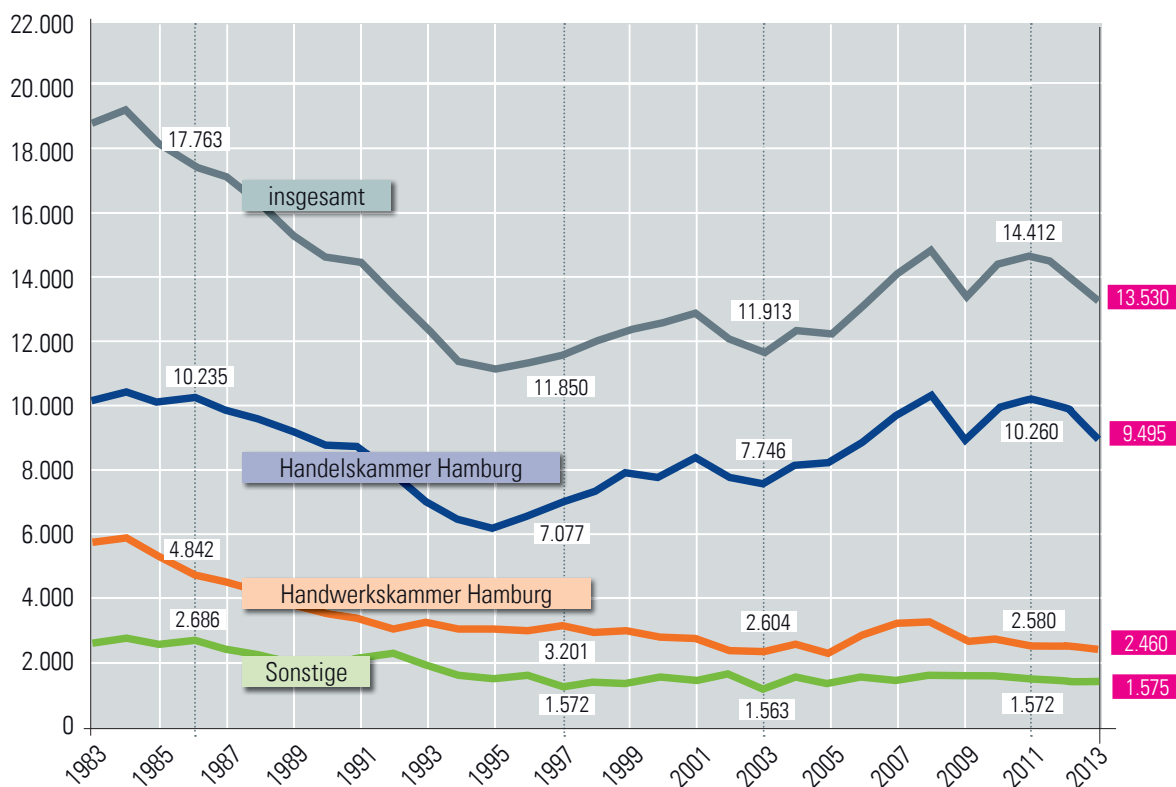
22 Zahlen entnommen bei: Ulrich u.a., a.a.O., Tabelle A-2, Teile 2 und 3 sowie eigene Berechnungen.

23 Siehe Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013, S. 68 ff

24 Selbst in den Stadtstaaten Berlin und Bremen liegt der Handwerksanteil am gesamten Ausbildungsmarkt mit 23,5 bzw. 21,3 Prozent deutlich höher als in Hamburg.

**ABBILDUNG 5:**

*Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in anerkannten Ausbildungsberufen nach zuständigen Stellen in Hamburg 1983 bis 2013 (jeweils Stand Ende September des Berufsberatungsjahres)*



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB); Erhebung zum 30. September

In den weiteren Zuständigkeitsbereichen schlagen die kleineren Ausschläge mitunter stärker zu Buche. Im recht überschaubaren Ausbildungsmarkt der Landwirtschaft wurde ein Rückgang von 35 Neuverträgen verzeichnet, der sich in einem Minus von 22,2 Prozent nieder schlägt. In der Hauswirtschaft machen acht Verträge

weniger in 2013 einen Rückgang von 15,1 Prozent aus. Freie Berufe und der öffentliche Dienst konnten hingegen einen Anstieg um 1,1 Prozent bzw. 34,0 Prozent verzeichnen. Die weiteren Veränderungen sind in eher kleinerem Umfang und können der nachstehenden Aufstellung entnommen werden.<sup>25</sup>

<sup>25</sup> Weitere Ausführungen zur Ausbildung im öffentlichen Dienst folgen im Abschnitt „Ausbildungsleistungen im öffentlichen Dienst“.

**TABELLE 6:****Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Hamburg 2011 bis 2013 nach Ausbildungsbereichen<sup>26</sup>**

	2011	2012	2013	2012 zu 2013	
				absolut	%
Industrie und Handel	10.260	9.906	9.495	-411	-4,1
Handwerk	2.580	2.682	2.460	-222	-8,3
Öffentlicher Dienst <sup>1)2)</sup>	70	86	64	-22	-25,6
Landwirtschaft	144	159	123	-36	-22,6
Freie Berufe <sup>2)</sup>	1.119	1.128	1.140	12	1,1
Hauswirtschaft <sup>2)</sup>	33	54	45	-9	-16,7
Seeschifffahrt	111	72	69	-3	-4,2
<b>insgesamt</b>	<b>14.317</b>	<b>14.087</b>	<b>13.396</b>	<b>-691</b>	<b>-4,9</b>

1) Ohne Laufbahnausbildung im Beamtenverhältnis. Angaben des Zentrums für Aus- und Fortbildung (ZAF). Vgl. auch Tabelle 13 Ausbildungsleistungen des Hamburger öffentlichen Dienstes 2010 bis 2013 und Plan 2014\*. Mit dem Zuständigkeitsbereich der Bundesverwaltung in Hamburg ergeben sich für 2013 laut BIBB-Angaben 198 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge.

2) Ohne jene neuen Ausbildungsverträge, für die andere Stellen (Kammern) zuständig sind.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB); Erhebung zum 30. September, Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF) der Freien und Hansestadt Hamburg, eigene Berechnungen.

Die BIBB-Zahlen korrespondieren weitgehend mit denen der Schulstatistik der Behörde für Schule und Berufsbildung: Danach waren in der Berufsschule 13.196 Anfänger zu verzeichnen, also 579 oder 4,2 Prozent weniger als im Vorjahr.<sup>27</sup>

Im naturgemäß kleineren Ausbildungsmarkt Hamburg sind die Veränderungen an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen gegenüber dem Vorjahr nicht so deutlich erkennbar wie auf dem Bundesmarkt. Daher werden an dieser Stelle direkt auf Berufesebene Vergleiche angestellt, da die weiter gefassten Berufsgruppen für diesen Zweck zu sehr abstrahieren und somit manche Unterschiede nivellieren. Wie bereits im Jahre 2012

26 Hinweis: Die Angaben speisen sich aus Daten des BIBB, Erhebung zum 30.09. und aus Angaben des Zentrums für Aus- und Fortbildung für den öffentlichen Dienst. Deswegen kommt es zu Differenzen zu den obigen Angaben, z. B. bezüglich der Gesamtzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (Differenz 65). Siehe hierzu auch den Abschnitt „Ausbildungsleistungen im öffentlichen Dienst“.

27 Im Wesentlichen aus zwei Gründen weicht diese Zahl von der BIBB-Zahl ab: Zum einen weicht der Erhebungsstichtag ab, zum anderen, und das ist wesentlich, erhebt das BIBB die in Hamburg abgeschlossenen neuen Ausbildungsverträge, während HIBB/BSB die Berufsschulanfänger in den Hamburger Berufsbildenden Schulen registrieren, also auch solche, die z. B. als „Splitterberufler“ zwar in Hamburg beschult werden, aber ihren Ausbildungsvertrag mit einem Betrieb außerhalb der FHH geschlossen haben.

führen in 2013 dieselben fünf kaufmännisch orientierten Berufe die Rangliste an. Der erste handwerkliche Beruf (Kfz-Mechatroniker) schafft es auf Platz neun und somit im Gegensatz zum Vorjahr in die Top Ten der gewählten Berufe. Die stark kaufmännische Prägung der Hansestadt spiegelt sich somit auch im Berufe-Ranking wider. Im Vergleich mit den Platzierungen im deutschen Mittel lässt sich auch schnell erkennen, welche Bedeutung z. B. der Bereich Spedition und Logistik in Hamburg hat. Die in diesem Bereich ausgebildeten Kaufleute schaffen es hier auf Platz 5, auf ganz Deutschland gesehen nehmen sie dagegen erst den 29. Platz ein.

**TABELLE 7:****Top 20 der Ausbildungsberufe nach Neuabschlüssen in Hamburg in 2013**

Rang 2013 HH	Rangänderung gegenüber 2012	Beruf	neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2013 in Hamburg	Rang 2013 in Deutschland
1	0	Kaufmann/-frau im Einzelhandel	855	1
2	1	Verkäufer/-in	687	2
3	-1	Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel	675	6
4	1	Kaufmann/-frau für Bürokommunikation	528	13
5	-1	Kaufmann/-frau für Spedition und Logistikdienstleistung	483	29
6	1	Hotelfachmann/-frau	384	16
7	-1	Fachinformatiker/-in	360	15
8	2	Bürokaufmann/-frau	360	4
9	2	Kraftfahrzeugmechatroniker/-in	354	3
10	0	Medizinischer Fachangestellte/-r	348	7
11	2	Friseur/-in	348	12
12	1	Zahnmedizinischer Fachangestellte/-r	324	10
13	-5	Bankkaufmann/-frau	294	9
14	1	Fachkraft für Lagerlogistik	276	18
15	-1	Koch/ Köchin	258	17

16	1	Industriekaufmann/-frau	258	5
17	1	Elektroniker/-in	252	11
18	-1	Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	246	14
19	2	Immobilienkaufmann/-frau	216	46
20	3	Fachkraft im Gastgewerbe	210	52

Quelle: BIBB, Erhebung zum 30. September 2013, Tabelle 67.

Aber auch in der weiteren Rangfolge über die Top 20 hinaus finden sich typische Berufe für die Prägung der Hamburger Wirtschaft. So begannen im Berichtsjahr 201 Schiffahrtskaufleute ihre Ausbildung und nahmen damit Platz 21 in Hamburg ein (Platz 146 in Deutschland). Auch bildet der hiesige Ausbildungsmarkt ab, dass Hamburg der drittgrößte Standort der Flugzeugindustrie der Erde nach Seattle und Toulouse ist: 135 Fluggerätemechaniker wurden unter den Neuabschlüssen gezählt, womit sie in Hamburg Platz 27 einnehmen (aber nur Platz 105 deutschlandweit).<sup>28</sup>

## Marktrelevante Faktoren für Hamburg

Wie bereits eingehend in den vorangegangenen Ausbildungsreporten erläutert, muss bei der Betrachtung des Ausbildungsmarktes in Hamburg nicht nur die lokale Situation einbezogen werden, sondern auch ein Augenmerk darauf gelegt werden, welche Personengruppen eine berufliche Ausbildung aufnehmen. In Hamburg konkurrieren nicht nur die Landeskinder untereinander um attraktive Ausbildungsplätze, auch mobile Ausbildungssuchende aus dem Umland und ganz Deutschland zeigen nach wie vor ein hohes Interesse an einem beruflichen Einstieg in der Hansestadt. Neben guten Jobperspektiven in der prosperierenden Hamburger Wirtschaft bietet die Nordmetropole attraktive Lebensmöglichkeiten und ist somit Magnet für umzugswillige Menschen aller Altersklassen trotz mancher Nachteile wie relativ hohen Lebenshaltungskosten und dem Mangel an günstigem Wohnraum. Die Quote derjenigen, die in einem anderen Bundesland ihren Schulabschluss erworben und zum Schuljahr 2013/14 in Hamburg eine duale Ausbildung begonnen haben, ist nach wie vor hoch und

liegt bei 42,1 Prozent. Sie ist damit nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr (42,0 Prozent). In den letzten Jahren waren naturgemäß die höchsten Zuströme aus den unmittelbar angrenzenden Nachbarländern zu verzeichnen. In 2013 kamen aus Schleswig-Holstein 2.296 Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger (ein leichtes Minus von 139 bzw. 5,7 Prozent gegenüber 2012). Auch die Zahl der Jugendlichen aus Niedersachsen nahm erstmals nach einigen Jahren leicht ab. In 2013 begannen 1.994 aus diesem benachbarten Flächenland in Hamburg eine Ausbildung (minus 133 bzw. 6,3 Prozent). Die dramatische demografische Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern hat auch Auswirkungen auf die Anfängerzahlen in Hamburg: In 2013 begannen nur noch 269 Jugendliche aus diesem Land eine Ausbildung in der Hansestadt (minus 16 bzw. 5,6 Prozent). Die Zuzüge aus den weiter entfernten Bundesländern haben sich in den letzten Jahren knapp unter der 1.000-er Marke eingependelt; in 2013 wurden 992 Jugendliche mit einem Schulabschluss aus diesen Ländern gezählt (plus 57 bzw. plus 6,0 Prozent).

**TABELLE 8:**

### *Herkunft der Berufsanfänger/-innen in Hamburg (2013)\**

	absolut	%
<b>Hamburg</b>	<b>7.645</b>	<b>57,9</b>
übriges Bundesgebiet	5.551	42,1
darunter aus Schleswig-Holstein	2.296	17,4
darunter aus Niedersachsen	1.994	15,1
darunter aus Mecklenburg-Vorp.	269	2,1
aus den übrigen Bundesländern	992	7,5
<b>Gesamtzahlen:</b>	<b>13.196</b>	<b>100</b>

\*) ermittelt nach dem Ort, wo der allgemeinbildende Schulabschluss erworben worden ist.

Quelle: Herbststatistik der Behörde für Schule und Berufsbildung; eigene Berechnungen

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der leichte Rückgang der Ausbildungsanfänger, die ihren Schulabschluss außerhalb Hamburgs erworben haben, in Relation nahezu identisch ist mit dem Rückgang der Ausbildungsanfänger mit hamburgischem Schulabschluss. Ein weiteres Kennzeichen der zuziehenden Ausbildungsstarter ist ihre überproportional hohe schulische Vorqualifikation.

<sup>28</sup> Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2013, Tabelle 67.

Ein großer Teil von ihnen startet mit dem Abitur oder einem Realschulabschluss in die Ausbildung. Während 2.408 Jugendliche aus Hamburg in 2013 mit dem Abitur oder schulischen Teil der Fachhochschulreife eine duale Ausbildung begannen, hatten 2.620 Ausbildungsstarter aus den anderen Bundesländern dieselben höherwertigen Abschlüsse erworben. Die Gruppe der Zuzügler übertrifft damit schon quantitativ die Landeskinder um 212. Im Vorjahr lag diese Differenz bei 246.

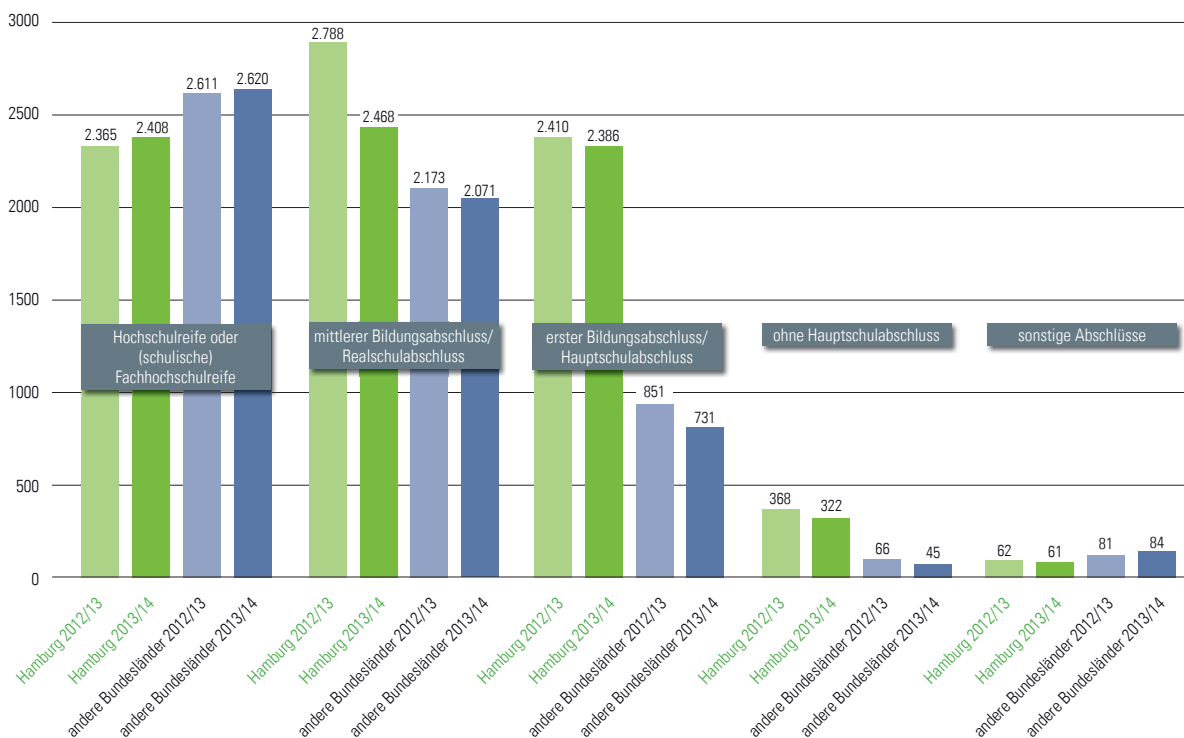
Unter den Hamburger Ausbildungsanfängern machten damit diejenigen mit Abitur oder die Fachhochschulreife einen Anteil von 31,5 Prozent aus, während dieser Anteil unter allen Jugendlichen mit Schulabschlüssen aus den anderen Bundesländern bei 47,2 Prozent lag.

Es zeigt sich somit erneut deutlich die Tendenz, dass insbesondere die jungen Menschen mit höherwertigen Schulabschlüssen sich mobil zeigen und für eine attraktive, lohnenswerte Ausbildung auch in ein anderes Bundesland umziehen. Die Konkurrenzsituation hat sich also für die Landeskinder auch im Berichtsjahr nicht geändert. Die Zahl der Zugezogenen verteilt sich abnehmend auf die weiteren Schulabschlüsse wie folgt: Realschulabschluss 2.071 Nicht-Hamburger (NH) und 2.468 Hamburger (HH), Hauptschulabschluss 731 NH und 2.386 HH, ohne Hauptschulabschluss 45 NH und 322 HH.<sup>29</sup>

<sup>29</sup> Sonstiger Abschluss: 31 Nicht-Hamburger und 31 Hamburger.  
Quelle: Schulstatistik, Behörde für Schule und Berufsbildung und eigene Berechnungen.

**ABBILDUNG 6:**

*Auszubildende (Berufsschulanfängerinnen und -anfänger) in Hamburg nach Schulabschluss und Bundesland des Schulabschlusses, Herbsthebung 2012 und 2013*



Quelle: Schulstatistik der Behörde für Schule und Berufsbildung; eigene Berechnungen

Die ungebrochene Attraktivität des Hamburger Ausbildungsmarkts lässt auch die nach wie vor hohe Quote von Berufsstarterinnen und -startern mit Hochschulreife oder schulischer Fachhochschulreife erkennen, die im Berichtsjahr mit 38,1 Prozent noch etwas höher lag als im Vorjahr (bereinigt: 36,1 Prozent). Folgende Gesamtzahlen für die Schulabschlüsse der Anfänger in dualer Ausbildung des Ausbildungsjahrs 2013/14 in den staatlichen Berufsschulen lassen sich im Vorjahresvergleich gegenüberstellen:

**TABELLE 9:**  
*Schulabschlüsse der Anfänger in dualer Ausbildung im Vergleich 2012/2013*

	2013		2012	
	absolut	%	absolut	%
<b>Anfänger insgesamt</b>	<b>13.196</b>	<b>100</b>	<b>13.775</b>	<b>100</b>
mit HS/FHS	5.028	38,1	4.976	36,1
mit MA	4.539	34,4	4.961	36,0
mit EA	3.117	23,6	3.261	23,7
ohne Abschluss	367	2,8	434	3,2
sonst. Abschlüsse	145	1,1	143	1,0

HS/FHS: (allgemeine) Hochschulreife/(schulische) Fachhochschulreife

MA: mittlerer allgemeinbildender Abschluss („Realschulabschluss“)

EA: erster allgemeinbildender Abschluss („Hauptschulabschluss“)

Quelle: Herbststatistik der Behörde für Schule und Berufsbildung, die Einzelzahlen für 2012 sind aktualisiert; eigene Berechnungen

Der bereits beschriebene, im übrigen Bundesgebiet in unterschiedlicher Ausprägung wirksame Demografiefaktor wird scheinbar auch in Hamburg sichtbar: Im Schuljahr 2012/13 verließen mit 14.168 wieder etwas weniger Jugendliche die allgemeinbildenden Schulen in Hamburg als im Vorjahr (minus 872 bzw. 5,8 Prozent). Dieser Rückgang dürfte jedoch eher darauf zurückzuführen sein, dass sich mit der gesetzlichen Änderung der Schulbesuchspflichtregelungen zum Schuljahresende 2012/13 (im Regelfall 10 Jahre) zu diesem Zeitpunkt ein Einmal-Faktor ausgewirkt hat.

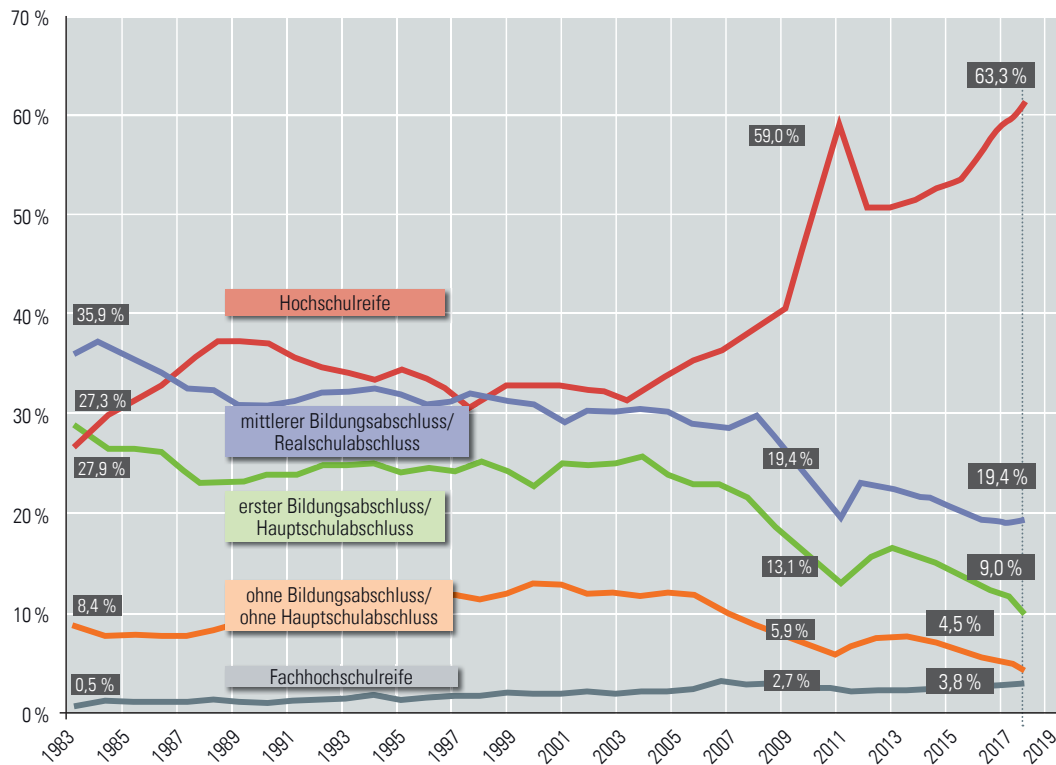
Bei der Absolventenzahl nach Klassenstufe 10 ist daher in den nächsten Jahren wieder mit einem leichten Anstieg zu rechnen. Und auch in diesem Schuljahr setzte sich der Trend hin zu mehr Abiturabschlüssen fort. Mit 8.195 jungen Menschen, die die allgemeine Hochschulreife erlangen konnten, machten sie 57,8 Prozent aller Absolventen aus (plus 412 bzw. plus 5,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Zum Vergleich: In 2006/07 stellte diese Abschlussart in Hamburg noch 36 Prozent dar. Seitdem ist ein stetiger Anstieg der Absolventen mit erworbener Hochschulreife zu verzeichnen. Und auch die Prognosen der Behörde für Schule und Berufsbildung zeichnen diese Entwicklung weiter fort (siehe nachstehende Abbildung 7). Derzeit wird damit gerechnet, dass die erworbenen Schulabschlüsse sich bis zum Jahr 2017 so auf alle Absolventen verteilen werden wie im Jahr des doppelten Abiturjahrgangs 2009/10, in dem naturgemäß ein äußerst hoher Ausschlag in Richtung der Hochschulreife gemessen wurde. Des Weiteren wurde ein Anstieg in der kleinen Gruppe der Absolventen mit (dem schulischen Teil der) Fachhochschulreife von 400 auf 583 festgestellt, was einem Plus von 40,7 Prozent entspricht.

Die Zahl derjenigen mit Realschulabschluss verringerte sich dagegen mit 3.198 Abgängerinnen und Abgängern nur geringfügig (minus 120 bzw. minus 3,6 Prozent). Über die Jahre hinweg betrachtet, ist aber auch ihr Anteil kontinuierlich zurückgegangen. In 2006/07 machten sie noch 28,4 Prozent aller Absolventen aus. Ein starker Rückgang wurde im Hinblick auf die Zahl derjenigen mit Hauptschulabschluss konstatiert. Mit 1.515 Absolventen waren es 1.031 weniger als im Vorjahr (minus 40,5 Prozent). Im Jahre 2006/07 stellten sie noch 22,5 Prozent aller Abgängerinnen und Abgänger, während sie Ende des Schuljahres 2012/13 nur noch einen Anteil von 10,7 Prozent aller Absolventen ausmachten. Und auch der Rückgang derjenigen, die ohne einen Abschluss die allgemeinbildende Schule verlassen, ist im Vergleich über die Jahre hinweg erheblich: In 2013 verließen 697 Jugendliche ohne Abschluss die Schule (entspricht einem Anteil von 4,9 Prozent an allen Schulabgängern). Im Vorjahr waren es noch 296 mehr (Rückgang minus 29,8 Prozent). In 2006/07 machte diese Gruppe noch einen Anteil von 10,3 Prozent an allen Abgängerinnen und Abgängern aus.



**ABBILDUNG 7:**

*Absolventinnen und Absolventen allgemeinbildender Schulen in Hamburg 1981 bis 2015 (ab 2010 Prognose der KMK von 2007) Behörde für Schule und Berufsbildung, April 2012) nach Art des Schulabschlusses*



Quelle: Behörde für Schule und Berufsbildung, Prognose auf Grundlage Herbststatistik, Stand: Februar 2014

Entgegen dem Trend der letzten Jahre wurden in 2013 im benachbarten Mecklenburg-Vorpommern wieder etwas mehr Schulabgängerinnen und -abgänger als im Vorjahr gezählt. Mit 10.366 verließen wieder 182 junge Menschen mehr (plus 1,8 Prozent) die allgemeinbildenden Schulen als in 2012. In diesem Bundesland scheint damit die Talsohle durchschritten zu sein. Dies legen auch die Prognosen der Kultusministerkonferenz (KMK) nahe, die in den kommenden Jahren für Mecklenburg-Vorpommern Schulabgängerzahlen um den wieder leicht ansteigenden Größenwert 12.500 voraussagen. Dagegen scheint in den Nachbarländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen die negative Entwicklung, bedingt durch den demografischen Wandel, nun erst einzusetzen. In Schleswig-Holstein verließen 777 junge Menschen mehr als im Vorjahr die Schulen (plus 2,7 Prozent). Die KMK prognostiziert für dieses Bundesland zwar moderate, aber stetig zurückgehende Abgängerzahlen – bis auf das Jahr 2016, weil dann ein doppelter Abiturjahrgang die Schulen verlässt.

Für Niedersachsen sieht die Situation ähnlich aus: In 2013 verließen weniger Jugendliche die allgemeinbildenden Schulen als im Vorjahr mit dem doppelten Abiturjahrgang (minus 947 bzw. minus 1,1 Prozent). Laut KMK ist aber auch hier in den nächsten Jahren mit einem kontinuierlichen Rückgang an Absolventenzahlen zu rechnen.<sup>30</sup> War also lange Jahre die demografische Entwicklung nur in den östlichen Bundesländern deutlich sichtbar, zeigen mittlerweile auch die Angaben aus den westlichen Ländern, wie sich diese Entwicklung erkennbar auch dort manifestiert.

<sup>30</sup> Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2010-2025, Statistische Veröffentlichung der Kultusminister, Dokumentation Nr. 192, August 2011, S. 106.

TABELLE 10:

## Schülerabgangszahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen, 2009 bis 2013

	Mecklenburg-Vorpommern									
	2009*		2010		2011		2012		2013	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Ohne Hauptschulabschluss**	1.617	12,4	1.434	13,7	1.345	14,2	1.266	12,4	1.155	11,1
Hauptschulabschluss	1.366	10,5	1.188	11,3	1.043	11,0	1.157	11,4	1.179	11,4
Realschulabschluss	4.377	33,6	3.870	36,9	3.678	38,9	4.048	39,7	4.313	41,6
Fachhochschulreife	412	3,2	328	3,1	294	3,1	381	3,7	391	3,8
Allgemeine Hochschulreife	5.237	40,3	3.666	35,0	3.092	37,2	3.332	32,7	3.328	32,1
<b>Insgesamt</b>	<b>13.009</b>		<b>10.486</b>		<b>9.452</b>		<b>10.184</b>		<b>10.366</b>	
	Schleswig-Holstein									
	2009		2010		2011		2012		2013	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Ohne Hauptschulabschluss**	2.225	7,0	2.202	7,0	2.143	7,3	2.114	7,3	937	3,2
Hauptschulabschluss	8.963	28,0	8.151	26,0	7.453	25,3	6.807	23,7	6.245	23,7
Realschulabschluss	11.779	36,8	11.030	35,2	10.815	36,7	10.473	36,4	11.242	36,4
Fachhochschulreife	542	1,7	538	1,7	651	2,2	755	2,6	694	2,6
Allgemeine Hochschulreife	8.480	26,5	9.387	30,0	8.368	28,4	8.615	30,0	9.126	30,0
<b>Insgesamt</b>	<b>31.989</b>		<b>31.308</b>		<b>29.430</b>		<b>28.764</b>		<b>29.544</b>	
	Niedersachsen									
	2009		2010		2011		2012*		2013	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Ohne Hauptschulabschluss**	5.556	6,5	5.218	6,0	5.085	4,9	4.773	5,5	4.372	5,0
Hauptschulabschluss	15.028	17,5	14.462	16,6	12.695	12,4	12.870	14,7	12.132	14,0
Realschulabschluss	41.793	48,6	41.347	47,3	41.338	40,2	41.339	47,3	42.205	48,8
Fachhochschulreife	1.050	1,2	1.346	1,5	1.547	1,5	1.779	2,0	1.963	2,3
Allgemeine Hochschulreife	22.536	26,2	24.950	28,6	42.076	41,0	26.655	30,5	25.788	29,8
<b>Insgesamt</b>	<b>85.963</b>		<b>87.323</b>		<b>102.741</b>		<b>87.416</b>		<b>86.460</b>	

\*) Doppelter Abiturjahrgang \*\*) Absolventen ohne Schul- oder mit Förderschulabschluss

Quellen: Statistisches Landesamt Nord, Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen, Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern, Ministerium für Bildung und Kultur Schleswig-Holstein, eigene Berechnungen

Wie bereits dargelegt, ist ausweislich der Schulstatistik der Behörde für Schule und Berufsbildung im Ausbildungsjahr 2013 erneut eine Abnahme um 579 Berufsschulanfängerinnen und -anfänger gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, was einem Rückgang um 4,2 Prozent entspricht. In der längeren Trendbeobachtung ist aber auch dies noch kein besorgniserregendes Ergebnis. In 2009 begannen nur 13.285 junge Menschen eine duale Ausbildung in Hamburg, und in den Jahren

2006 und früher waren es noch weniger.<sup>31</sup> Hier bleibt demnach abzuwarten, wie sich die Konjunktur, der demografisch bedingte Wandel und die zahlreichen weiteren Einflussfaktoren des Ausbildungsmarkts entwickeln werden. Die Anfängerzahl in der schulischen Berufsausbildung an vollqualifizierenden Berufsfachschulen blieb mit 1.483 im Vorjahresvergleich stabil (2012/13: 1.486 Anfänger). In den Schulen des Gesundheitswesens unter Aufsicht der Behörde für Gesundheit und Verbrau-

31 Vgl. hierzu die vorangegangenen Ausbildungsberichte 2009-2012.

cherschutz wurde ein leichtes Minus 39 von Schulanfängerinnen und -anfängern gegenüber dem Vorjahr gezählt (minus 2,4 Prozent); siehe hierzu auch das nachstehende Kapitel „Fachberufe im Gesundheitswesen“. In Schulformen und Bildungsgängen, die im berufsbildenden Bereich zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung vor oder nach der Berufsausbildung führen, entwickelten sich die Anfängerzahlen im Vergleich zum Vorjahr wie folgt: In den beruflichen Gymnasien schlug ein Rückgang um 88 Anfängerinnen und Anfänger mit einem Minus von 12,3 Prozent zu Buche; diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit dem Ausbau der Sekundarstufe II an den Stadtteilschulen. Die Anfängerzahlen an Höheren Handelsschulen bleiben mit 458 (2012/13: 468) annähernd stabil. Im Gegensatz hierzu stieg die Zahl der Anfängerinnen und Anfänger, die nach einer Berufsausbildung an der 2012 neu gestarteten Berufsoberschule eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben möchten, von 93 auf 198 im Schuljahr 2013/14. An der Fachoberschule (einjährige Form zum Erwerb der Fachhochschulreife nach einer Berufsausbildung) hingegen sinkt die Anfängerzahl um 16,4 Prozent von 986 im Schuljahr 2012/13 auf 822 in 2013/14.

Im Übergangsbereich (Berufsvorbereitungsschule und teilqualifizierende Berufsfachschule) ist ein deutlicher Rückgang der Anfängerzahl um 40 Prozent zu beobachten, der erwartungsgemäß maßgeblich auf Reformmaßnahmen zurückzuführen ist. Deren Ziel ist es, sogenannte Warteschleifen abzubauen und Angebote, die einen möglichst schnellen Zugang in eine Berufsausbildung unterstützen, weiterzuentwickeln. So betrug der Rückgang allein in der auslaufenden teilqualifizierenden Berufsfachschule Minus 925. In der vollzeitgeführten Berufsvorbereitungsschule wurde mit 2.302 ein Rückgang um 19,3 Prozent registriert. Von diesen Anfängerinnen und Anfängern sind allein 1.887 der Ausbildungsvorbereitung (AV dual) zuzuschreiben. Der erhebliche Zustrom von Flüchtlingen, v.a. aus den Krisengebieten wie Syrien und Irak, hat auch zunehmende Auswirkungen auf das berufsbildende Schulwesen. So verzeichnen die Anfängerzahlen in den Vorbereitungskursen für junge Migrantinnen und Migranten ohne gesicherten Aufenthaltsstatus (BVJ-M und VJM) in den vergangenen Jahren ein deutliches Plus von 26 im Jahr 2008 auf aktuell 415 – mit voraussichtlich steigender Tendenz in den kommenden Jahren. Auch in der Berufsvorbereitungsschule in Teilzeitform begannen 337 und damit 43 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mehr als im Vorjahr (plus 14,6 Prozent).

**TABELLE 11:**

*Anfängerinnen und Anfänger im 1. Ausbildungsjahr an den staatlichen berufsbildenden Schulen und den Schulen des Gesundheitswesens, Vergleich der Schuljahre 2011/12, 2012/13 und 2013/14*

	2011	2012	2013	Veränderung in % 2012 zu 2013
Berufsschulen	14.052	13.775	13.196	-4,2
Berufliche Gymnasien	947	716	628	-12,3
Schulen im Gesundheitswesen	1.524	1.640	1.601	-2,4
BVS *) , Vollzeit	2.138	2.658	2.302	- 13,4
darunter VJ-M **) und BVJ-M ***)	296	408	415	1,7
BVS*), Teilzeit	328	294	337	14,6
BFS ****), vollqualifizierend	1.674	1.486	1.483	-0,2
BFS-BQ *****)	104	177	198	11,9
FS Erz. *****)	772	922	966	4,8
BFS ****), teilqualifizierend (ohne Höhere Handels- schule, ohne BQ)	1.417	977	52	(- 94,7)

\*) Berufsvorbereitungsschule

\*\*) Vorbereitungskurse für junge Zuwanderer

\*\*\*) Berufsvorbereitung für Migranten

\*\*\*\*) Berufsfachschule

\*\*\*\*\*) Berufsfachschule sui generis Berufsqualifizierungsjahr

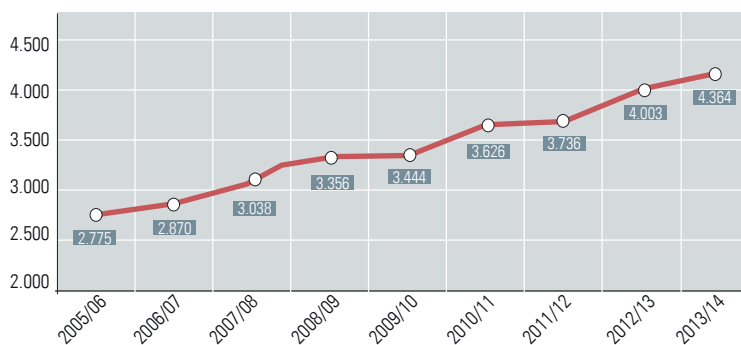
\*\*\*\*\*) Fachschule für Erzieherinnen und Erzieher

Quellen: Statistikamt Nord, Herbststatistiken der Behörde für Schule und Berufsbildung, Gesundheitsberufe: Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz; eigene Berechnungen

Die Gesamtbetrachtung der Hamburger Ausbildungssituation über alle Bereiche hinweg zeigt eine weitgehend stabile Lage: Die Ausbildung in den Gesundheitsberufen ging gegenüber der dualen Ausbildung deutlich weniger zurück, und in den vollqualifizierenden schulischen Ausbildungsgängen konnte die Anfängerzahl gegenüber dem Vorjahr sogar gehalten werden.

Die steigende Nachfrage zur beruflichen Weiterbildung hält an; die staatlichen Fachschulen verzeichnen im Vergleich zum Vorjahr nochmals 9,2 Prozent mehr Anfängerinnen und Anfänger. Insgesamt steigt die Zahl der jungen Menschen, die an den Hamburger staatlichen Fachschulen eine berufliche Weiterbildung beginnen, um 36 Prozent auf aktuell 1.845.

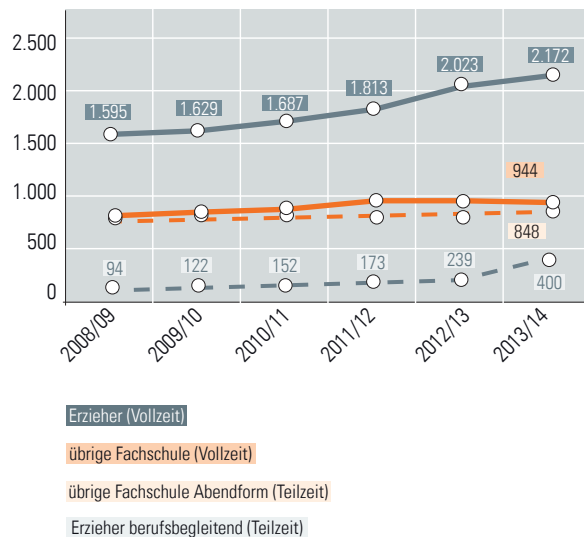
**ABBILDUNG 8:**  
*Gesamtzuschülerzahlen der Fachschulen von 2005-2013*



Quelle: Behörde für Schule und Berufsbildung, Herbststatistiken 2005 bis 2013.

Dazu trägt insbesondere die steigende Schülerzahl an den Fachschulen für Sozialpädagogik bei. Sehr erfreulich ist, dass diese Fachschulen dem wachsenden Personalbedarf in Einrichtungen der Kinder- und Jugendpflege nachkommen und derzeit 2.572 Erzieherinnen und Erzieher ausbilden (davon 966 Anfängerinnen und Anfänger). Seit dem Schuljahr 2008/09 entspricht dies einem Zuwachs von mehr als 52 Prozent. Insbesondere die Nachfrage zur berufsbegleitenden Weiterbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher in Teilzeit ist seit 2008/09 um das Vierfache von 94 (davon 53 Anfänger/innen) auf jetzt 400 (davon 219 Anfänger/innen) Plätze gestiegen. Eine institutionenübergreifende Kampagne zur Förderung dieser berufsbegleitenden Weiterbildung trägt maßgeblich zu dieser Steigerung bei.

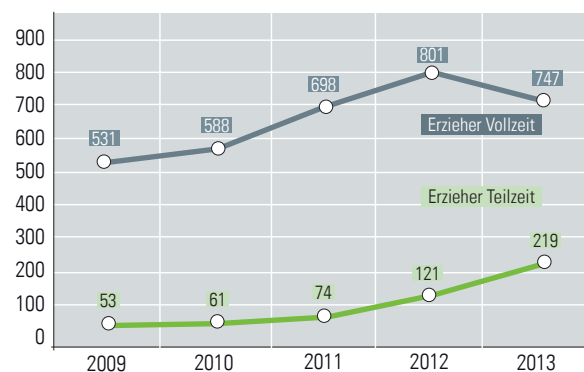
**ABBILDUNG 9:**  
*Zeitreihe Entwicklung der Schülerzahlen in der Fachschule unter besonderer Berücksichtigung der Erzieher*



Quelle: Behörde für Schule und Berufsbildung, Herbststatistiken 2008 bis 2013.

Die nachfolgende Abbildung gibt Auskunft über die Entwicklung der Anfängerzahlen in der Erzieherausbildung in Vollzeit- und in Teilzeitform (berufsbegleitend).

**ABBILDUNG 10:**  
*Anfänger in der Erzieherausbildung (Vollzeit/Teilzeit)*



Quelle: Behörde für Schule und Berufsbildung, Herbststatistiken 2008 bis 2013.

## Verbleib der Abgängerinnen und Abgänger der allgemeinbildenden Schulen

Bis in die jüngste Zeit, dies gilt für alle Bundesländer, konnte der Verbleib der Abgängerinnen und Abgänger der allgemeinbildenden Schulen nicht lückenlos aufgeklärt werden; allein in Hamburg war der Verbleib von mehreren hundert Schülerinnen und Schüler pro Entlassjahrgang unbekannt. Dieser „verschollene“ Personenkreis trat vielfach mehrere Jahre nach seiner Schulentlassung wieder in Erscheinung, nicht selten nach schwierigen Lebensphasen als besonders von Arbeitslosigkeit bedrohte Personen ohne abgeschlossene Schul- und Berufsausbildung.

Um näheren Aufschluss über die tatsächlichen Übergangszahlen zu erhalten, wurde nach einem Probelauf im Jahre 2011 sowohl im Sommer 2012 wie auch 2013 jeweils vor dem Schulentlasstermin der geplante Verbleib und zum Statistiktermin Ende September der tatsächliche Verbleib der Schulabgänger aus Hamburger Stadtteilschulen und Förderschulen durch die Netzwerkestelle der Jugendberufsagentur Hamburg in Zusammenarbeit mit den Schulen erhoben. Außer Betracht blieben dabei die Schülerinnen und Schüler, die sich für einen weiteren allgemeinbildenden Schulbesuch entschieden haben. Dies waren von den 10.350 Absolventinnen und Absolventen der Sekundarstufe I im Jahre 2012 immerhin 5.043 (oder 48,3 Prozent) und im Jahre 2013 von 7.956 sogar 4.225 (53,1 Prozent). Die Ergebnisse sind nachfolgend dargestellt.<sup>32</sup>

<sup>32</sup> Die Einführung der 10jährigen Schulpflicht (und im deutlich geringeren Maße die Beschulung von Förderschülern in der Klasse 10 der Stadtteilschulen) hat im Jahr 2013 zum signifikanten Rückgang der Absolventenzahl um 2.394 gegenüber dem Vorjahr geführt; dies hat auch dazu beigetragen, dass in absoluten Zahlen deutlich weniger Schülerinnen und Schüler ins Übergangssystem eingemündet sind. Ab 2014 ist eine Normalisierung der Abgängerzahlen zu erwarten. Erste Berechnungen deuten darauf hin, dass in diesem Sommer rund 8.900, also fast 1.000 Schülerinnen und Schüler mehr als im Sommer 2013 die Jahrgangsstufe 10 absolviert haben.

TABELLE 12:

Verbleib der Schulabgänger/-innen 2013 und 2012

Verbleib der Schulabgänger *)	2012		2013	
		Prozent von N=5.307		Prozent von N=3.731
<b>Berufsausbildung gesamt</b>	<b>1.338</b>	<b>25,20 %</b>	<b>1.443</b>	<b>38,7 %</b>
davon betriebliche Berufsausbildung	918	17,3 %	868	23,3 %
davon öffentlich finanzierte Berufsausbildung	28	0,5 %	17	0,5 %
davon schulische Berufsausbildung	222	4,2 %	492	13,2 %
davon Berufsqualifizierung	170	3,2 %	66	1,7 %
<b>Ausbildungsvorbereitung (AVdual, Produktionsschule)</b>	<b>2.054</b>	<b>38,7 %</b>	<b>1.455</b>	<b>39,0 %</b>
<b>gesicherte und geklärte Verbleibe gesamt</b>	<b>1.915</b>	<b>36,1 %</b>	<b>833</b>	<b>22,3 %</b>
davon gesicherte Anschlüsse (Berufsvorbereitende Maßnahmen, FSJ, FÖJ, Bundesfreiwilligendienst, nicht mehr Schulpflichtige in Beratung der JBA, Bundeswehr, Auslandsaufenthalt)	664	12,5 %	618	16,6 %
davon teilqualifizierende Berufsfachschule **)	1.241	23,0 %	0	0,0 %
davon sonstige geklärte Verbleibe (z. B. Abmeldung aus Hamburg)	10	0,1 %	215	5,8 %
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>5.307</b>	<b>100,00 %</b>	<b>3.731</b>	<b>100,00 %</b>
nachrichtlich:				
<b>Gesamtzahl der Abgänger</b>	<b>10.350</b>		<b>7.956</b>	
davon weiterer allgemeinbildender Schulbesuch	5.043 (Anteil: 48,3 %)		4.225 (Ant.: 53,1 %)	

\*) Stichtage der Erhebungen: 04.09.2012 bzw. 15.09.2013;

Hinweis: Für das Erhebungsjahr 2012/13 sind die Meldungen der Produktionsschulen überarbeitet worden. 102 Schülerinnen und Schüler befanden sich zum Stichtag in Produktionsschulen.

\*\*) Das Angebot steht ab dem Schuljahr 2013/14 nicht mehr zur Verfügung.

Abkürzungen: FSJ = Freiwilliges Soziales Jahr

FÖJ = Freiwilliges Ökologisches Jahr

Quelle: Behörde für Schule und Berufsbildung; eigene Berechnungen

Von den 3.731 Schülerinnen und Schülern des Entlassjahrgangs 2013, die nicht im allgemeinbildenden Schulsystem verblieben sind, haben danach 23,3 Prozent (868) zum Befragungstichtag eine ungeforderte betriebliche Ausbildung unmittelbar nach Schulabschluss angetreten und weitere 575 (15,4 Prozent) eine anderweitige vollgültige Berufsqualifizierung (in einem Ausbildungsprogramm, in einer vollqualifizierenden Berufsfachschule bzw. Eintritt ins Berufsqualifizierungsjahr).

Insgesamt sind demnach 38,7 Prozent der Schulabgängerinnen und -abgänger des Sommers 2013 unmittelbar in eine vollqualifizierende Berufsausbildung eingetreten. Mit einer aus Anlass einer parlamentarischen Anfrage vorgenommenen vorläufigen Auswertung der Schuljahresstatistik vom 30. Oktober 2013 wurden Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss, mit erstem Schulabschluss und mittlerem Schulabschluss aus Stadtteilschulen und Förderschulen erfasst, die nach dem Schuljahr 2012/13 direkt in die duale Ausbildung, die vollqualifizierende Berufsfachschule (BFS vq) und die Berufsqualifikation im Hamburger Ausbildungsmodell (BQ) an eine staatliche berufsbildende Schule übergangen. Hiernach sind 1.703 Übergänge in qualifizierte Ausbildung insgesamt festgestellt worden, und zwar gingen 1.140 Schulabgängerinnen und -abgänger in eine duale Ausbildung, 453 in eine vollqualifizierende Berufsfachschule und 110 in die Berufsqualifizierung BQ über.<sup>33</sup>

Die im Rahmen der Befragung ermittelte Übergangsquote in qualifizierte Ausbildung ist mit 38,7 Prozent zwar deutlich günstiger als im Vorjahr, aber noch nicht zufriedenstellend. Wie schon an anderer Stelle betont, ist die Zahl der Übertritte in den Übergangsbereich noch zu hoch; dem wird mit den im Abschnitt „Reform des Übergangs an der Schwelle Schule – Beruf“ und den in der Bürgerschaftsdrucksache 19/8472 dargestellten Maßnahmen begegnet.

Die Ergebnisse der Befragungen korrelieren auch mit den von der Arbeitsverwaltung erhobenen Daten. So wurden 2013 die höchsten Anteile erfolgloser Ausbildungsstellenbewerber (an allen gemeldeten Ausbildungsstellenbewerbern) in den Ländern Hamburg (28,7 Prozent), Niedersachsen (19,4 Prozent) Schleswig-Holstein (19,2 Prozent) und Bremen (18,6 Prozent) gemessen. Die niedrigsten Anteile wurden in Thüringen (8,5 Prozent), Bayern (9,5 Prozent), Mecklenburg-Vorpommern (9,7 Prozent) und Sachsen-Anhalt (9,7 Prozent) beobachtet.<sup>34</sup> Der exorbitant hohe Wert für Hamburg (+ 7,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr) wirkt auf den ersten Blick besorgniserregend und veranlasste z. B. die Bürgerschaftsfraktion „Die Linke“, unter Hinweis auf Aussagen eines BIBB-Berichts eine entsprechende Pressemitteilung zu veröffentlichen.<sup>35</sup> Es gab daher Anlass, diese Zahl zu hinterfragen und einer näheren Prüfung zu unterziehen. Eine wichtige Antwort gibt der in der Pressemitteilung zitierte BIBB-Bericht selbst: „Dieser [Anstieg] ist jedoch auch auf verbesserte Beobachtungssysteme zurückzuführen, die zu einem stark sinkenden Anteil unbekannt verbliebener Bewerber und einem höheren Anteil als noch suchend erfasster Bewerber geführt haben.“<sup>36</sup> Hier zeigt sich auch die positive Seite der Medaille: Hamburg weist einen stark sinkenden Anteil Jugendlicher mit „unbekanntem Verbleib“ aus, was naturgemäß zu einem höheren Anteil der als ausbildungsplatzsuchend gemeldeten Bewerber führt. Noch im Jahre 2009 war in Hamburg der Verbleib von über einem Viertel (26,7 Prozent) aller gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber unbekannt. Bis zum Jahr 2013 sank dieser Wert deutlich auf nur noch 12,1 Prozent. Gleichsam dem Prinzip der kommunizierenden Röhren folgend stieg – parallel zum stark sinkenden Anteil der unbekannt Verbliebenen – der Anteil der „unversorgten Bewerber“ von 3,8 Prozent in 2009 auf 15,6 Prozent in 2013.

33 Vgl. Bürgerschaftsdrucksache 20/9767; es ist darauf hinzuweisen, dass die genannten Zahlen nicht auf einer Nacherhebung im Rahmen der Schulabgängerbefragung beruhen, sondern eine Auswertung der Schuljahresstatistik darstellen. Auch wenn die erfasste Ausgangsgruppe möglichst deckungsgleich definiert wurde, kann keine hundertprozentige Personenidentität garantiert werden. Dies ändert allerdings nichts an der aus der vorläufigen Auswertung ableitbaren positiven Tendenz in Bezug auf das Gelingen des direkten Übergangs in qualifizierte Berufsausbildung.

34 Ulrich u. A.: „Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2013“ (BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September in der Fassung vom 20.01.2014), S 26 f.; abrufbar unter der URL: [www.bibb.de/dokumente/pdf/a21\\_beitrag\\_naa-2013.pdf](http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_beitrag_naa-2013.pdf).

35 Pressemitteilung vom 13.02.2014: „Hamburg Schlusslicht bei Ausbildungsplätzen für Jugendliche“; abrufbar unter der URL: [www.linksfraktion-hamburg.de/nc/presse/pressemitteilungen/detail/kategorie/berufsbildung/zurueck/aktuelles/artikel/hamburg-schlusslicht-bei-ausbildungsplaetzen-fuer-jugendliche/](http://www.linksfraktion-hamburg.de/nc/presse/pressemitteilungen/detail/kategorie/berufsbildung/zurueck/aktuelles/artikel/hamburg-schlusslicht-bei-ausbildungsplaetzen-fuer-jugendliche/)

36 Ulrich u.a., a.a.O., S. 27, Fußnote 19.

Zwar ist das Merkmal „unversorgt“ zu Recht nicht positiv besetzt, gleichwohl hat es aber bei weitem nicht den negativen Charakter des Merkmals „Verbleib unbekannt“, wie nachfolgende Erwägungen verdeutlichen: Die Jugendlichen, die bei der Berufsberatung ursprünglich als Bewerberinnen und Bewerber geführt waren, aber ihren Vermittlungswunsch aufgegeben haben, orientieren sich nur teilweise um in Richtung einer vollqualifizierenden schulischen Berufsausbildung, Erwerb eines höherwertigen Schulabschlusses, Aufnahme eines Studiums o.Ä. Eine andere Kohorte dieses Personenkreises jedoch hat möglicherweise nach langer vergeblicher Suche ihren Ausbildungswunsch aufgegeben, um ein an sich nicht notwendiges Angebot im Übergangsbereich anzunehmen oder im ungünstigsten Fall abzudriften und gar nichts (mehr) zu tun. Diese Konsequenzen müssen abgebaut werden, da sie in beiden Fällen negative Auswirkungen haben: Wer trotz bescheidiger „Ausbildungsreife“ möglicherweise erneut in den Übergangsbereich einmündet, wird in einer „Warteschleife“ versorgt. Wer gar nicht erst in den Übergangsbereich einmündet, ist möglicherweise – trotz festgestellter Eignung – für eine qualifizierte Berufsausbildung auf Dauer, zumindest aber für Jahre verloren. In einer Kurzstudie des BIBB wird darauf hingewiesen, dass ein solcher Zusammenhang auch in Hinblick auf den Kreis der unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen bestehe (bundesweit 2013: 95.600 Betroffene).<sup>37</sup> So habe eine Bewerberbefragung ergeben, dass sich viele dieser Jugendlichen in prekären Lebenslagen befänden, ohne dass ihnen eine effiziente institutionelle Hilfe angeboten werden kann. Auch aus diesem Grund zielt die Politik des Hamburger Senats darauf ab, worauf in der zitierten BIBB-Kurzstudie explizit hingewiesen wird,<sup>38</sup> dass niemand auf dem Weg zur erfolgreich abgeschlossenen Berufsausbildung verlorengehen darf. Der wesentliche Unterschied zum Personenkreis der unbekannt Verschwundenen liegt darin, dass Jugendlichen, die zwar keine angemessene Anschlussperspektive gefunden haben, aber erreichbar sind, individuelle („passgenaue“) Hilfen angeboten werden können, um doch noch in eine Ausbildung einzumünden.

37 Matthes S., Ulrich H.J., Krekel E.M., Walden G.: „Wachsende Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt: Analysen und Lösungsansätze“, S 2 f.; herausgegeben vom BIBB (im Internet veröffentlicht am 23.05.2014, dort abrufbar unter der URL: [www.bibb.de/dokumente/pdf/a2\\_passungsprobleme-ausbildungsmarkt.pdf](http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a2_passungsprobleme-ausbildungsmarkt.pdf))

38 Matthes S., Ulrich H.J., Krekel E.M., Walden G., a.a.O., S. 3.

Diese oben aufgezeigte Entwicklung in Hamburg belegt die sehr erfolgreiche Arbeit der Jugendberufsagentur bereits im zweiten Jahr ihres Bestehens; diese hat ihren Kernauftrag offenkundig gut erfüllt, dass kein Jugendlicher (nach Abschluss der allgemeinbildenden Schule) verloren gehen darf. Die Früchte wird man erst in einigen Jahren ernten können, wenn der Anteil der Gruppe der 25- bis 35jährigen ohne Berufsabschluss signifikant gesunken sein wird.<sup>39</sup> Auf diese Effekte wird bereits in der Bürgerschaftsdrucksache 20/4195 „Einrichtung einer Jugendberufsagentur in Hamburg“ (dort Ziff. 7 „Erfolgsindikatoren und Evaluation“) hingewiesen.

Ein vertiefender Blick auf die Gruppe der „unversorgten“ Bewerberinnen und Bewerber zeigt einige bemerkenswerte Aspekte. Zum einen fällt der im Vergleich zum Vorjahresmonat deutliche Anstieg der Zahl der „unversorgten“ Bewerber um 65,5 Prozent (absolut: 522) von 797 auf nunmehr 1.319 auf, obwohl die Zahl der gemeldeten Bewerber nur moderat um 1,0 Prozent auf 8.446 gewachsen ist. Nach den Erfahrungen der Arbeitsverwaltung sind die Gründe für ein Scheitern der Einmündung in Ausbildung vielfältig. Beispielsweise ist eine Reihe von Bewerberinnen und Bewerbern auf Berufe festgelegt, für die sie entweder nicht geeignet erscheinen oder keine freien Ausbildungsstellen zur Verfügung stehen. Allerdings ist davon auszugehen, auch wenn entsprechende valide Daten nicht zur Verfügung stehen, dass die Zahl der „unversorgten“ Bewerber im weiteren Verlauf deutlich reduziert werden konnte.

Die Jugendberufsagentur hat sich aller „unversorgten“ Bewerberinnen und Bewerber angenommen, um sie in Ausbildung oder Einstiegsqualifizierung vermitteln zu können, d. h., diesem Personenkreis wird weiterhin Angebote wie Einstiegsqualifizierung, Berufsvorbereitungsmaßnahmen oder auch Beratungstermine in der Arbeitsvermittlung U25 unterbreitet.

39 Nach Angaben des Statistischen Bundesamts verfügten im Jahr 2012 in Deutschland 23,8 Prozent der 25- bis 30jährigen und 17,2 Prozent der 30- bis 35jährigen über keinen (qualifizierten) beruflichen Abschluss (vgl. Bildung in Deutschland 2014, a.a.O., Tabelle B5-2A, S. 237).

## Fachberufe des Gesundheitswesens

Die Ausbildung in den Pflege- und Gesundheitsfachberufen erfolgt in der Freien und Hansestadt Hamburg in verschiedenen Berufsfeldern. Diese sind zum einen nach dem Berufsbildungsgesetz und zum anderen nach spezifischen Bundes- und Landesgesetzen geordnet. Zur Verortung und ihrer Rahmenbedingungen wird auf die ausführlichen Darlegungen in den Ausbildungsreports 2011 und 2012 verwiesen. Der folgende Bericht beschränkt sich daher auf die Fortschreibung der Ausbildungssituation in den Gesundheitsberufen.

Der schon seit mehreren Jahren zu beobachtende Trend steigender Anfängerzahlen in den drei Pflegeberufen hat sich auch 2013 fortgesetzt. Im Durchschnitt kann eine neuerliche Steigerung festgestellt werden, die sich auf die einzelnen Pflegeberufssparten wie folgt verteilt:

**TABELLE 13:**  
*Anfängerzahlen in den Pflegeberufen im Vergleich (Hamburg)*

Beruf	Schuljahr 2012/13	Schuljahr 2013/14	Veränderungen	
			absolut	%
Krankenpflege	588	637	49	8,3
Kinderkrankenpflege	66	78	12	18,2
Altenpflege *)	343	374	31	9,0
Pflegeberufe insgesamt	997	1.089	92	9,2

\*) Die Beschulung findet an (staatlichen und nichtstaatlichen) Berufsschulen statt, die dem Schulrecht unterliegen.

Quellen: Statistikamt Nord, Statistik der Schulen des Gesundheitswesens, Herbststatistik der Behörde für Schule und Berufsbildung; eigene Berechnungen

Die Ausbildungssituation in den Pflegeberufen in Hamburg übertrifft mit einer Gesamtsteigerung der Anfängerzahlen von 9,2 Prozent noch die ohnehin positive bundesweite Entwicklung.

Im Helferberuf Gesundheits- und Pflegeassistenz ist die Zahl der Anfängerinnen und Anfänger mit 161 (Vorjahr: 160) nahezu unverändert geblieben. Betrachtet man alle 14 nicht dem Schulrecht unterstellten Gesundheitsberufe, in denen zurzeit ausgebildet wird, dann zeigt sich ein Rückgang der Anfängerzahlen um 39 oder 2,4 Prozent, der damit noch moderater ausfällt als in den dualen Ausbildungsberufen (dort minus 3,7 Prozent). Lässt man allerdings die beiden Krankenpflegeberufe außer Betracht, deren Ausbildung sich an Gesundheitsschulen vollzieht, dann zeigt sich doch ein recht starker Rückgang der Anfängerzahlen in den Berufen des Gesundheitswesens, und zwar von 986 auf 886 im Schuljahr 2013/14, was einem Minus von 10,1 Prozent entspricht.



**TABELLE 14:**

*Anfängerzahlen Ausbildung im Gesundheitswesen im Vergleich*

Gesundheitsberuf	Schuljahr 2012/13	Schuljahr 2013/14	Veränderungen	
			absolut	%
Diätassistent/in	0 *)	25	----	
Ergotherapeut/in	133	127	-6	-5,5
Gesundheits- u. Kinderkrankenpfleger/in	66	78	12	18,2
Gesundheits- u. Krankenpfleger/in	588	637	49	8,3
Hebammen/Entbindungspfleger	21	23	2	9,5
Logopäde/in	39	43	4	10,3
Masseur/in und med. Bademeister/in	52	60	8	15,4
Medizinisch-technische Laboratoriums-assistenten/-innen	28	20	-8	28,5
Medizinisch-technische Radiologieassistenten/-innen (MTRA)	24	21	-3	12,5
Operationstechnische/r Assistent/in	142	64	-78	-54,8
Orthoptiker/in	0 *)	7	----	
Physiotherapeut/in	266	222	-44	-16,5
Podologe/in	20	22	2	10,0
Rettungsassistent/in	261	232	-29	-11,1
<b>Teilergebnis 1 **)</b>	<b>1.640</b>	<b>1.601</b>	<b>-39</b>	<b>-2,4</b>
Altenpfleger/in	343	374	31	9,0
Gesundheits- und Pflegeassistenz	160	161	1	0,6
<b>Teilergebnis 2 ***)</b>	<b>503</b>	<b>535</b>	<b>32</b>	<b>6,4</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>2.143</b>	<b>2.136</b>	<b>-7</b>	<b>-0,3</b>

\*) Ausbildungsbeginn nicht in jedem Jahr, daher Vorjahresvergleich nicht sinnvoll

\*\*) nicht schulrechtliche Ausbildungsgänge

\*\*\*) schulrechtliche Ausbildungsgänge

Quellen: Statistikamt Nord, Statistik der Schulen des Gesundheitswesens, Herbststatistik der Behörde für Schule und Berufsbildung; eigene Berechnungen

Der positive Trend der letzten Jahre in der Altenpflegeausbildung hat sich auch im Schuljahr 2013/2014 weiter konsolidiert. Die Anfängerzahlen der Altenpflegeschulen – in der staatlichen Schule und in den Schulen in freier Trägerschaft – sind insgesamt erneut gestiegen, und zwar um 9,0 Prozent. Während die Anzahl an Erstauszubildenden relativ stabil bleibt, ist aufgrund der Förderpraxis der Arbeitsverwaltung allerdings ein Rückgang unter den Umschülerinnen und Umschülern zu verzeichnen.

Die Auswertung hat ferner ergeben, dass unter den Pflegeberufen die Sparten Kinderkrankenpflege und Krankenpflege typischerweise von Jugendlichen mit Hochschulzugangsberechtigung angewählt werden: In der Kinderkrankenpflegeausbildung verfügen 72,2 Prozent über eine Hochschulzugangsberechtigung und in der Krankenpflegeausbildung sind dies 61,7 Prozent. Dagegen ist unter den Schülerinnen und Schülern in der Kinderkrankenpflege niemand mit erstem allgemeinbildenden Abschluss oder „sonstiger Vorbildung“ vertreten; in der Krankenpflege sind dies nur 2,5 Prozent. In der Altenpflegeausbildung sind die Schülerinnen und Schüler mit erstem bzw. mittlerem Schulabschluss deutlich häufiger repräsentiert. Dieser Personenkreis hat die Möglichkeit, parallel zur dualen Berufsausbildung die Fachhochschulreife in allen Altenpflegeschulen zu erwerben (DualPlus). Diese Maßnahme soll dazu beitragen, Auszubildenden in der Altenpflege die Chance zu eröffnen, über ein anschließendes Studium die Qualifikation für leitende Aufgaben in der Pflege zu erwerben. Bundesweit wird der Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften im Gesundheitswesen weiter wachsen. Die demografische Entwicklung wird insbesondere im personennahen Bereich des Gesundheitswesens zu einer steigenden Nachfrage führen und die Gesundheitsberufe auch qualitativ vor neue Herausforderungen stellen. Für die Pflegeberufe ist auch aus den genannten Gründen eine grundlegende Reform der Ausbildung geplant.

## Maßnahmen zur Sicherung der beruflichen Bildung

### Ausbildungsleistungen des öffentlichen Dienstes

Für eine Bewertung der Ausbildungsleistungen der Freien und Hansestadt Hamburg ist es erforderlich, neben den Berufsausbildungen nach BBiG, die laufbahnrechtlichen Berufe in die Betrachtung einzubeziehen. Hier liegt traditionell der Schwerpunkt der Ausbildungsbemühungen der Hansestadt, wie aus den Zahlen in der unten stehenden Tabelle ersichtlich wird. Die Neueinstellungen in 2013 konnten zwar wiederum nicht an das Rekordjahr 2010 anknüpfen, dafür ist es jedoch gelungen, das Vorjahresniveau von 630 zu halten. Dies bedeutet zugleich, dass die (gegenüber 2012 zurückgenommene) Planzahl von 595 Ausbildungsstellen im Hamburger öffentlichen Dienst mit 631 tatsächlich besetzten Ausbildungsplätzen mit rd. 6,0 Prozent recht deutlich überschritten worden ist.

Die Spitzenreiter bezüglich der meist belegten Ausbildungsberufe sind dieselben wie im Vorjahr. In den Beamtenausbildungen machte die Ausbildung im mittleren Polizeivollzugsdienst den bei weitem größten Anteil von 37,2 Prozent (absolut 202) aus. In den dualen Ausbildungsberufen nach BBiG wurden erneut zum größten Teil Verwaltungsfachangestellte ausgebildet. Mit 32 Neuverträgen machten sie in diesem Bereich einen Anteil von 39,0 Prozent aus.

**TABELLE 15:**  
*Ausbildungsleistungen des Hamburger öffentlichen Dienstes 2009 bis 2013 und Plan 2014*

	Ausbildungsbeginn im Jahr:				Plan 2014
	2010	2011	2012	2013	
Mittlere und gehobene Beamtenlaufbahn	562	476	544	567	425
Berufsausbildung nach dem Berufsausbildungsgesetz	155	70	86	64	47
Gesamtsumme Ausbildungsleistungen der FHH	717	546	630	631	472

Quelle: Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF) der Freien und Hansestadt Hamburg, Stand Juni 2014.

Die Kampagne „Wir sind Hamburg! Bist Du dabei?“, mit der der Hamburger Senat seit 2006 die Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in die Berufsausbildungen und Studiengänge der hamburgischen Verwaltung fördert, zeigt sich als Erfolgsmodell. Seit 2006, als der Anteil der neu eingestellten Auszubildenden mit einem Migrationshintergrund erst 5,2 Prozent ausmachte, konnte dieser auch im Einstellungsjahr 2013 auf hohem Niveau stabilisiert werden: So haben in diesem Jahr von den neu eingestellten Auszubildenden 99 Personen einen Migrationshintergrund. Deren Anteil ist mit 16,8 Prozent nahezu genauso hoch wie im Jahre 2012 (17,3 Prozent);<sup>40</sup> damit bleibt er in der Nähe zur selbst gesetzten Zielmarke von 20 Prozent. Im vergangenen Ausbildungsjahr stammten die jungen Menschen mit Migrationshintergrund aus 34 Herkunftsländern. Am stärksten vertreten waren hierbei die Türkei, Polen, Russland und Kasachstan.

Der Senat bewertet die Thematik weiterhin als von hoher gesellschaftlicher Bedeutung und spricht sich dafür aus, die Kampagne fortzuführen und die interkulturelle Öffnung der hamburgischen Verwaltung weiter voranzutreiben. Die ausbildenden Behörden (Personalamt/Zentrum für Aus- und Fortbildung, Behörde für Justiz und Gleichstellung, Behörde für Inneres und Sport, Finanzbehörde) setzen die Dachkampagne „Wir sind Hamburg! Bist Du dabei?“ unter der Federführung des Zentrums für Aus- und Fortbildung gemeinsam um.

### Aus Landesmitteln finanzierte Berufsausbildung

Seit nunmehr 30 Jahren fördert die Behörde für Schule und Berufsbildung junge Menschen aus Hamburg mit individuellen Benachteiligungen, die trotz Ausbildungsfähigkeit keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden haben.

Im Gegensatz zum HAP haben sich die Ausbildungsangebote der Jugendberufshilfe (JBH) von Beginn an nur an besonders benachteiligte Jugendliche gewandt. Als Konsequenz aus der Zusammenlegung der Ausbildungsprogramme HAP und JBH in der BSB wurden nicht nur die beiden Programme enger miteinander verzahnt, sondern auch die Harmonisierung der Angebote mit denen der Arbeitsverwaltung vereinbart, um ein ausbildungsmarktgerechtes Gesamtprogramm zu schmieden.

<sup>40</sup> Weitere Hinweise im Internet unter: [www.hamburg.de/bist-du-dabei](http://www.hamburg.de/bist-du-dabei).

Die Programme leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des Bildungsziels des Hamburger Senates, keinen Jugendlichen auf dem Weg zur erfolgreich absolvierten Berufsausbildung zu verlieren.

### *Gesamtplanung geförderte Ausbildung für Hamburg*

Entsprechend einer langjährigen, erprobten Praxis ist auch das diesjährige Programm der BSB unter Berücksichtigung der Arbeitsmarktrelevanz und Zielgruppen-eignung der angebotenen Berufe strukturiert worden. In enger Abstimmung mit den anderen Behörden wurden insgesamt 1.459 Plätze geplant.

Darunter waren

- » 149 Plätze als Neuangebot der Agentur für Arbeit Hamburg zum 1. September 2013 und weitere 12 Plätze zum 1. Februar 2014,
- » 150 Plätze zum 1. September 2014 des Jobcenter.team.arbeit hamburg und weitere 30 zum 1. Februar 2014,
- » 69 Plätze im Programm „100 + 100 Plätze im Handwerk“ der BASFI,
- » 132 Plätze im Programm „AV Anschluss“ der BASFI,
- » 486 Plätze durch das Programm des HIBB „Berufsqualifizierung“ (BQ) für Marktbenachteiligte.

Nach der Planung wurde das gemeinsame Besetzungsmanagement der geförderten Ausbildungsplätze auf Grundlage der Verwaltungsvereinbarung vom 19. August 2011 in 2013 fortgeführt.

Die gemeinsame Besetzung hat dazu geführt, dass, wie im Vorjahr, lediglich 3 Prozent (23 Plätze) der regelhaft (BaE, HAP/JBH) angebotenen Plätze bis zum 30.09.2013 nicht besetzt werden konnten. In den zurückliegenden Jahren waren es bis zu 15 Prozent (100 bis 120 Plätze) über alle Ausbildungsprogramme.

Darüber hinaus konnten die Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz erhielten, zentral erfasst und ihnen ein Alternativangebot gemacht werden.

Positiv fällt auf, dass 57 jugendliche Bewerber aus dem HAP bzw. der JBH mit festgestelltem Förderbedarf eine betriebliche Ausbildung aufgenommen haben. Ob dies schon indiziert, dass sich die Wirtschaft (wieder verstärkt) um schwächere Jugendliche bemüht oder ob dies ein einmaliger Vorgang war, wird weiter zu beobachten sein. Die Weiterentwicklung dieses gemeinsamen Besetzungsmanagements sieht vor, im Rahmen der Jugendberufsagentur aus der Bewerbergruppe die

„unversorgten“ Jugendlichen zu erkennen und entsprechend ihren individuellen Bedarfen maßgeschneiderte Angebote im ausreichenden Maße zu entwickeln.

### **Hamburger Ausbildungsprogramm (HAP)**

Das Angebot im Hamburger Ausbildungsprogramm 2013 kann im Einzelnen der Anlage „Platzangebot im Hamburger Ausbildungsprogramm 2013“ entnommen werden.

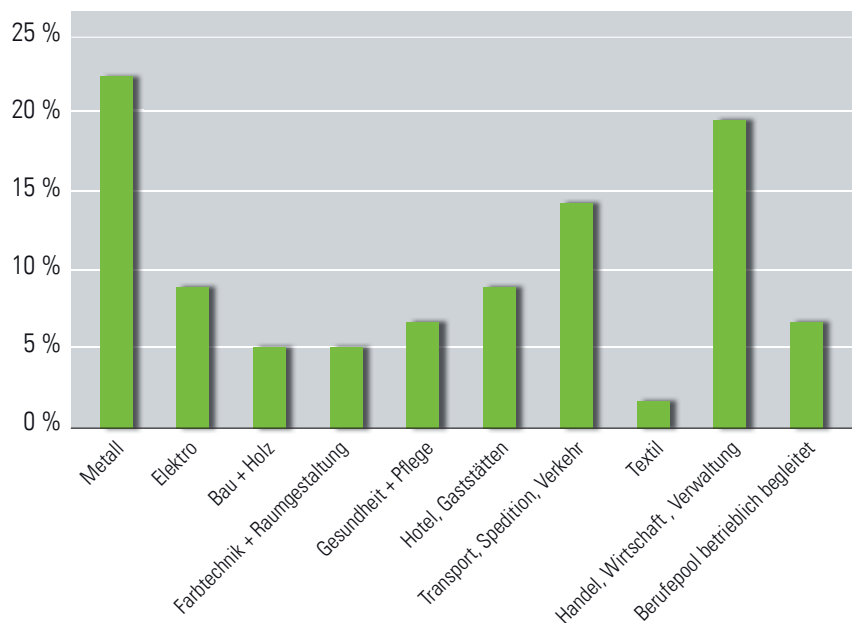
Im HAP 2013 wurden, bei unverändertem Mittelvolumen, 247 trägergestützte Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche neu eingerichtet. Zum Stichtag 01.10.2013 waren 229 der neu zu besetzenden Ausbildungsplätze mit Zielgruppenzugehörigen belegt, darunter 122 junge Menschen mit Migrationshintergrund, was einem Anteil von 53,3 Prozent aller Ausbildungsan-fängerinnen und -anfänger im HAP entspricht.

Die verpflichtenden Strukturelemente des HAP sind beibehalten worden, insbesondere der Übergang in betriebliche Ausbildung. Dafür gibt es zwei Gründe: Einerseits ist der Übergang in Beschäftigung für Teilnehmerinnen und Teilnehmer leichter, wenn sie ihre Ausbildung in einem Betrieb der Hamburger Wirtschaft erfolgreich abgeschlossen haben. Andererseits müssen sich Anbieter von Ausbildungsmaßnahmen am hamburgischen Markt orientieren und jene Ausbildungsberufe identifizieren, die von der Wirtschaft stark nachgefragt werden, da die Integration in den Arbeitsmarkt der Absolventinnen und Absolventen geförderter Ausbildung besser gelingt, wenn sie in einem Beruf ausgebildet wurden, der arbeitsmarktrelevant ist.

Die Ausbildungsberufe des HAP bilden die Bedarfslage auf dem Hamburger Ausbildungs- und Arbeitsmarkt unter zwei Gesichtspunkten ab: Zum einen wird deutlich, in welchen Berufsfeldern/Branchen ein hoher Bedarf an Fachkräften herrscht, zum anderen lässt die Berufspalette des HAP erkennen, in welchen Berufen die Besetzung freier Ausbildungsplätze nicht ausschließlich über den freien Markt gelingt. Die nachfolgende Übersicht zeigt die im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens für das HAP 2013 von den Bildungsträgern angebotenen Berufsfelder.

**ABBILDUNG 11:**

*Verteilung der Berufsfelder im Interessenbekundungsverfahren für das HAP 2013*



Quelle: Behörde für Schule und Berufsbildung

Die von den Anbietern vorgelegten Vorschläge deckten auch in 2013 fast alle Berufsfelder ab, mit Schwerpunkten in den Bereichen Handel, Transport und Metall. Sie bestätigen zugleich, dass Hamburg als Dienstleistungsmetropole gerade in diesen Bereichen einen hohen Bedarf an Fachkräften hat.

Von den 229 Jugendlichen, die in 2013 gestartet sind, haben 50 (22 Prozent) die Ausbildung trägerbegleitet im Betrieb begonnen.

## **Jugendberufshilfe (JBH)**

### *Bericht über die Angebote im Jahr 2013*

Die Verteilung der Plätze nach Ausbildungsberufen und Trägern kann der Übersicht „Platzangebot Ausbildung in der Jugendberufshilfe 2013“ entnommen werden. Im Berichtsjahr sind in der Jugendberufshilfe insgesamt 145 Ausbildungsplätze in außerbetrieblichen Einrichtungen angeboten worden, die alle mit benachteiligten Jugendlichen besetzt wurden, darunter waren 50 junge Frauen.

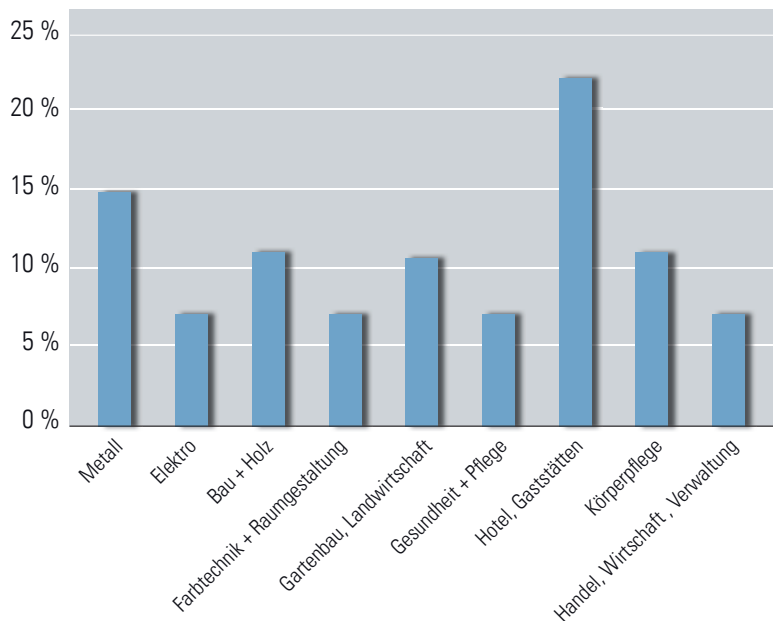
Insgesamt konnten 71 Jugendliche (49 Prozent) mit Migrationshintergrund neu in die Ausbildungsmaßnahmen aufgenommen werden. In diesem Jahr wurden 37 (25,5 Prozent) junge Menschen eingestellt, die zuvor im

Rahmen einer Hilfe zur Erziehung nach SGB VIII betreut wurden, und 93 hatten vorher an einer berufsvorbereitenden Maßnahme teilgenommen. Nahezu drei Viertel der neu eingestellten jungen Menschen sind bereits volljährig gewesen. Die übrigen 27 Prozent waren bei Eintritt in die Ausbildung 16 und 17 Jahre alt (2012: 25 Prozent). Damit leistet die Jugendberufshilfe einen wichtigen Beitrag zur (Re-)Integrierung junger Menschen in den beruflichen Qualifizierungsprozess, sodass sie auf dem Weg zum Berufsabschluss noch „eingefangen“ werden können.

Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht, dass ähnlich wie im HAP nahezu alle für den Hamburger Arbeitsmarkt relevanten Berufsfelder bei den eingereichten Vorschlägen für das Interessenbekundungsverfahren berücksichtigt wurden. Die Schwerpunkte lagen hier in den Bereichen Hotel/Gaststätten, Metall, Holz und Handel.

## ABBILDUNG 12:

Verteilung der Berufsfelder im Interessenbekundungsverfahren für die Ausbildung in der JBH 2013



Quelle: Behörde für Schule und Berufsbildung

In der Jugendberufshilfe gibt es neben dem Ausbildungsprogramm berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche, die kein anderes Angebot erhalten können und „Regelangebote“ ablehnen bzw. abgebrochen haben. Durch diese Maßnahmen, in denen die jungen Menschen genügend Zeit für ihre Persönlichkeitsentwicklung und -stabilisierung erhalten, werden die Grundlagen für den möglichen Übergang in eine Ausbildung gelegt. Seit 2010 müssen daher alle Träger parallel zur Ausbildung Berufsvorbereitungsplätze anbieten, um dieser Zielgruppe gerecht zu werden.

### Arbeits- und Berufsorientierung (ABO)

Die Arbeits- und Berufsorientierung in der Jugendhilfe nach § 13 SGB VIII ermöglicht eine Diversifizierung des Angebots für junge Menschen, die zu anderen berufsorientierenden Maßnahmen keinen Zugang finden und im Rahmen der Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit betreut werden. Der Ein- und Austritt ist fließend; die Verweildauer der Jugendlichen beträgt durchschnittlich sechs Monate und in Einzelfällen ein Jahr. Es wurden in 2013 62 Plätze (Vorjahr: 77) bei vier Trägern der Jugendberufshilfe angeboten. Ziel ist es, gemeinsam mit dem bzw. der Jugendlichen eine berufliche und persönliche Perspektive zu entwickeln, um im Anschluss an die Maßnahme eine Arbeit, einen Ausbildungsplatz oder

eine geeignete Folgemaßnahme zur weiteren Qualifizierung anzutreten. Die erforderlichen Grundlagen werden im Rahmen dieser Maßnahme gelegt. Dazu gehören die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, die Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse, die Heranführung an strukturierte Tagesabläufe und die Förderung der Lernbereitschaft. Dieses Angebot zeichnet sich dadurch aus, dass vielen Jugendlichen der Übergang in eine weiterführende Qualifizierung gelingt.

Von den 187 Jugendlichen, die vom 01.09.2012 bis zum 31.08.2013 die Arbeits- und Berufsorientierung beendet haben, waren 129 männlich und 58 weiblich. Einen Migrationshintergrund hatten 93, also etwas mehr als die Hälfte der Teilnehmenden. Aus der Gesamtgruppe haben zehn Jugendliche eine Tätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden, 57 absolvieren eine Berufsausbildung und weitere 67 sind in eine weiterqualifizierende Anschlussmaßnahme übergegangen. Für die anderen konnten keine Integrationsdaten ermittelt werden, da sie sich in Elternzeit, Haft oder Therapie befinden, aus Hamburg fortgezogen oder – in seltenen Fällen – „abgetaucht“ sind.<sup>41</sup>

<sup>41</sup> Die Nachverfolgung der letztgenannten Gruppe ist dadurch erheblich erschwert, dass sie i.d.R. nicht mehr der Schulpflichtüberwachung unterliegen.

### *Berufsvorbereitung – Praktikerqualifizierung<sup>42</sup>*

Die Praktikerqualifizierung ist eine praxisnahe und joborientierte Berufsvorbereitung für Jugendliche und Jungerwachsene mit besonderem Förderbedarf. Der Ein- und Austritt ist fließend; die Verweildauer der Jugendlichen beträgt durchschnittlich sechs Monate. In 2013 standen 60 Plätze (Vorjahr 92 Plätze) zur Verfügung. Nach Aussagen der Träger haben 247 Teilnehmende die Maßnahmen im Jahre 2012/2013 abgeschlossen, wobei 131 sie erfolgreich mit der Bescheinigung beenden konnten, einen Qualifizierungsbaustein absolviert zu haben. Davon sind 26 in Beschäftigung und 64 in Ausbildung übergegangen, weitere 41 bilden sich beruflich weiter.

### **Datenbankgestützte Auswertung der Programme**

#### *Vorbemerkung*

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Auswertung für die kürzlich abgeschlossenen Programme HAP 2009 und JBH 2009 dargestellt, die einen Vergleich zu den Vorjahren umfassen. Für das HAP und das JBH-Programm 2009 konnten Fehlanwendungen (Eingabefehler) des Trägerpersonals fast vollständig korrigiert werden.<sup>43</sup> Mit dieser Einschränkung sind die nachfolgend beschriebenen Ergebnisse der beiden Programme 2009 zu den Vorjahren zu betrachten.

42 Bei der hier beschriebenen Praktikerqualifizierung handelt es sich nicht um eine Ausbildungsform für behinderte Menschen auf der Grundlage einer Kammerregelung nach § 66 Abs. 1 BBiG.

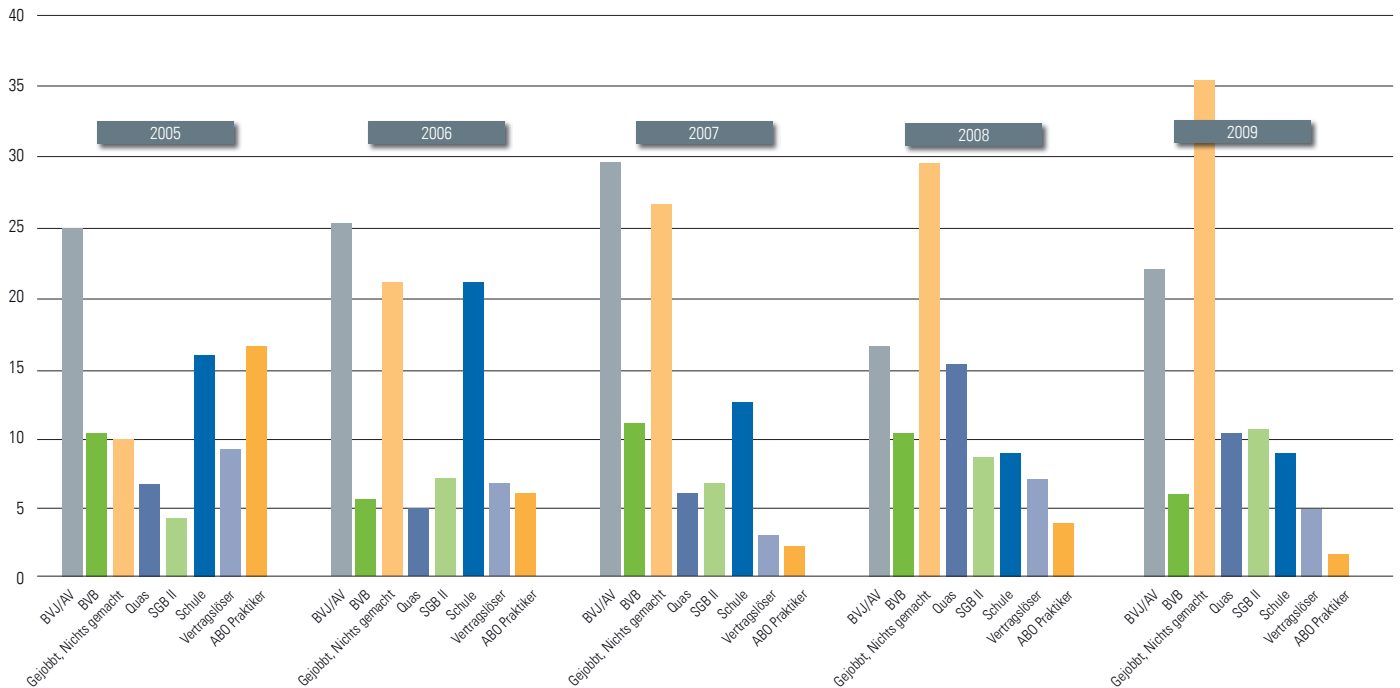
43 Die Fehlanwendungen konnten durch Beratungsgespräche und Nachbesserungen im Vergleich zu der Auswertung 2005 stark reduziert werden.

### HAP 2009

Im HAP 2009 mit 274 Plätzen gab es zwei Modelle der Ausbildung, und zwar die betrieblich begleitete Ausbildung (Variante 1) und die trägergestützte Ausbildung (Variante 2), die das Ziel hatte, den Übergang in eine Ausbildung im ersten Ausbildungsmarkt zu ermöglichen. Die betrieblich begleitete Ausbildung umfasste 23 Prozent der Plätze, entsprechend begann die Variante 2 mit 77 Prozent der zur Verfügung stehenden Plätze. Für das HAP 2009 war die Zielvorgabe ausgegeben worden, dass 75 Prozent der Jugendlichen die Ausbildung erfolgreich absolvieren müssen; dagegen wurde keine Übergangsquote bzw. kein fester Zeitpunkt für den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt festgelegt. Auf den 274 Plätzen wurden auf Grund von Abbrüchen und Nachbesetzungen insgesamt 316 Jugendliche im Programm geführt.

Insgesamt waren 23 Prozent der Teilnehmenden weiblich und 77 Prozent männlich. Diese Verteilung der Geschlechter deckt sich mit der Erfahrung, dass die jungen Frauen, wenn sie keinen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten, im höheren Maße schulische Angebote wahrnehmen, was u.a. darauf zurückzuführen ist, dass zahlreiche frauenspezifische Berufe (z. B. im Pflegebereich) vollzeitschulisch ausgebildet werden. Einen Migrationshintergrund hatten 54 Prozent (Vorjahr 41 Prozent) der Auszubildenden, dies entspricht dem Anteil der entsprechenden Alterskohorte und stellt keine Besonderheit dar.

Um nachvollziehen zu können, ob die Zielgruppe erreicht wird, bzw. ob es Veränderungen in Bezug auf die Jugendlichen gibt, werden in der Datenbank unterschiedliche Merkmale erhoben. Ein für uns wichtiges Merkmal ist, welche Maßnahme die Jugendlichen zuvor besucht bzw. was die Jugendlichen zuvor getan haben. Nachfolgend die Ergebnisse im Überblick:

**ABBILDUNG 13:***Herkunft der Auszubildenden im HAP 2005-2009 in Prozent*

BVJ/AV = Berufs- bzw. Ausbildungsvorbereitungsjahr

BvB = Berufsvorbereitungsmaßnahme (der Arbeitsverwaltung)

QuAS = Qualifizierung und Arbeit für Schulabgänger

SGB II = Maßnahmen auf der Grundlage des SGB II

ABO = Ausbildungs- und Berufsorientierung

Quelle: Datenbank [www.ichblickdurch.de](http://www.ichblickdurch.de)

Auffällig ist die kontinuierlich steigende Anzahl von Jugendlichen, die gejobbt, ein Praktikum absolviert oder gar nichts gemacht haben (gelber Balken). Dieser Aufwärtstrend hält bis 2013 an (39 Prozent). Dies macht deutlich, wie wichtig dieses Angebotssegment des Hamburger Ausbildungsmarkts für Altbewerber ist.

Die Abbildung zeigt, dass die Multiplikatoren zielgerichtet in das HAP vermitteln. Die als ausbildungs- und betriebsreif eingeschätzten Jugendlichen der Berufsvorbereitungsschulen bzw. berufsvorbereitenden Maßnahmen und der Anteil der direkten Übergänge aus der Schule, initiiert durch die Berufsberaterinnen und Berufsberater, stellen mit 49 Prozent (Vorjahr 55 Prozent) die größte Gruppe dar. Der Anteil der Auszubildenden im HAP ohne Schulabschluss oder mit Förderschulabschluss liegt bei 10,7 Prozent (in der JBH bei 21,5 Prozent) und 11 Prozent verfügen über einen Realschulabschluss; alle anderen haben einen Hauptschulabschluss erreicht.

***Besonderheiten des Ausbildungsdurchgangs:***

Die Abbruchquote nach der Probezeit ist mit 29 Prozent (Vorjahr 25 Prozent) wieder höher als in den Vorjahren. Die Steigerung ist teilweise darauf zurückzuführen, dass sich in diesem Ausbildungsdurchgang zwei Berufe als nicht geeignet für die Zielgruppe erwiesen. Dieses ist zum einen der Berufskraftfahrer – da vielen Teilnehmenden aufgrund ihres risikobereiten Verhaltens der Führerschein entzogen wurde – und zum anderen die Fachkraft für Schutz und Sicherheit, da die Jugendlichen die physischen und psychischen Anforderungen in diesem Beruf unterschätzen. Außerdem steigerte die mindere Qualität der Ausbildungsangebote von einem der Träger und die Insolvenz eines anderen Trägers die Abbruchquote.

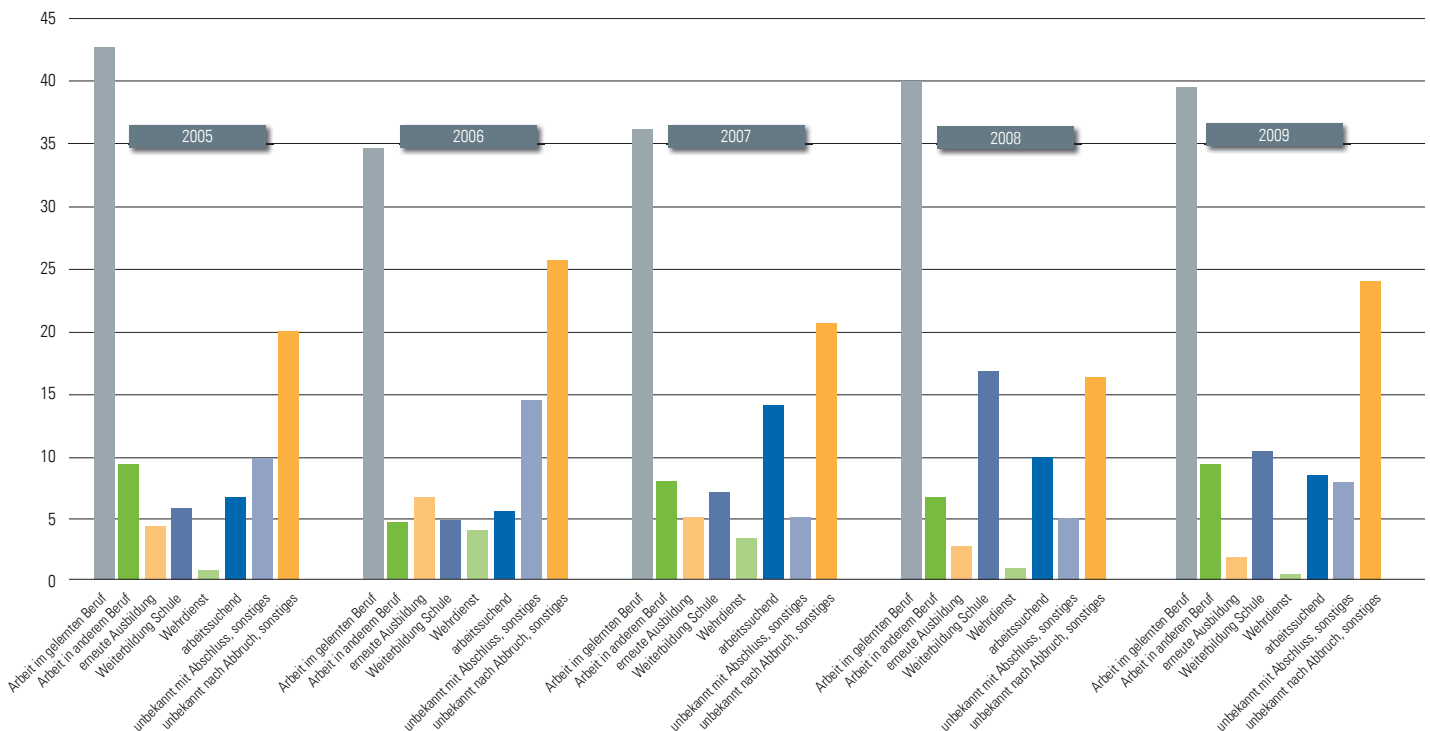
Bei der trägergestützten Ausbildung erreichten 61 Prozent das Ziel, im Laufe der Ausbildung in einen regulären Ausbildungsbetrieb zu wechseln. Von allen Jugendlichen (ohne Vertragslöser in der Probezeit), die ins HAP 2009 eingetreten sind, haben 64 Prozent den

Berufsabschluss erreicht (Vorjahr: 75 Prozent). Die Zielvorgabe von 75 Prozent wurde wegen der hohen Vertragslösungsquote nicht erreicht. Zum Verbleib der Jugendlichen aus dem HAP 2009 ist Folgendes festzustellen: Nach Beendigung der Ausbildung arbeiteten 39 Prozent (Vorjahr 40 Prozent) im erlernten Beruf und 9

Prozent (Vorjahr 7 Prozent) in anderen Berufen. Bezogen auf die Zahl der bestandenen Berufsabschlussprüfungen sind dies 78 Prozent (Vorjahr 74 Prozent). Der Verbleib aller Auszubildenden, Vertragslöserinnen und Vertragslöser kann der folgenden Abbildung entnommen werden.

**ABBILDUNG 14:**

*Verbleib der Auszubildenden sowie der Vertragslöserinnen und Vertragslöser im HAP 2005-2009 in Prozent*



Quelle: Datenbank [www.ichblickdurch.de](http://www.ichblickdurch.de)

### JBH 2009

In 2009 gab es die Zielvorgabe, dass 70 Prozent der Jugendlichen den Berufsabschluss erreichen sollen.<sup>44</sup> Für den Übergang in eine Ausbildung in den ersten Arbeitsmarkt wurden, abhängig von den Gewerken/Berufen, für einen Teil der Auszubildenden Zielvorstellungen der Träger abgefordert, die sich in den Kalkulationen widerspiegeln. Eine Quote für die Übergänge wurde nicht vorgegeben. Das Platzkontingent betrug 151 Plätze (Vorjahr 184 Plätze).

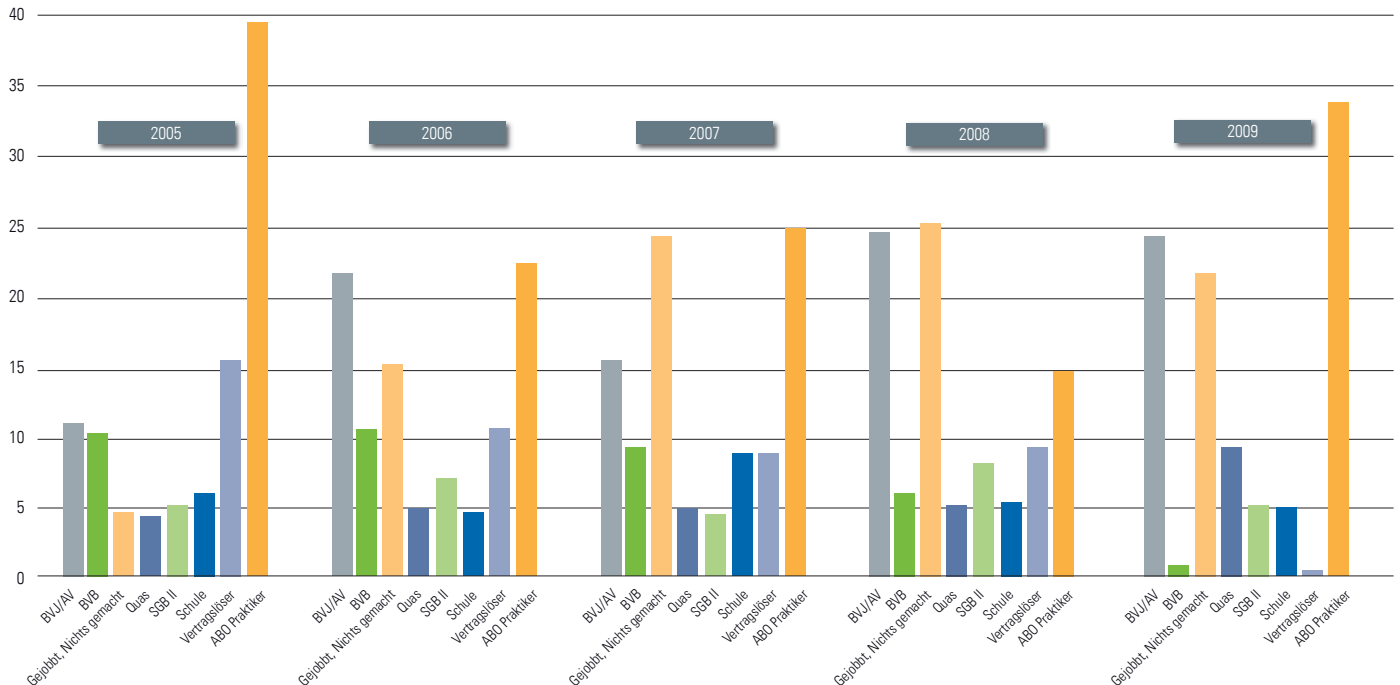
Aufgrund der für die JBH 2009 gültigen Angebotsstruktur war jeweils die Hälfte der Auszubildenden weiblich bzw. männlich (v. a. das Angebot im Ausbildungsberuf „Gesundheits- und Pflegeassistent“ hat den Anteil der weiblichen Jugendlichen erhöht). Einen Migrationshintergrund hatten 60 Prozent der Teilnehmenden.

<sup>44</sup> Diese um 5 Prozent geringere Quote gegenüber dem HAP ist dem Umstand geschuldet, dass in der JBH eine deutlich schwierigere Klientel betreut wird, wie auch die nachfolgende Auswertung belegt.



**ABBILDUNG 15:**

*Herkunft der Auszubildenden in der JBH 2009 in Prozent*



BVJ/AV = Berufs- bzw. Ausbildungsvorbereitungsjahr

BvB = Berufsvorbereitungsmaßnahme (der Arbeitsverwaltung)

QuAS = Qualifizierung und Arbeit für Schulabgänger

SGB II = Maßnahmen auf der Grundlage des SGB II

ABO = Ausbildungs- und Berufsorientierung

Besonderheiten: 2005 standen 100 Plätze mehr im Bereich ABO zur Verfügung; in 2005 und 2006 gab es ein Programm für Ausbildungsabbrecher

Quelle: Datenbank [www.ichblickdurch.de](http://www.ichblickdurch.de)

Aus der Übersicht geht hervor, dass ein großer Anteil von 33 Prozent aus den berufsvorbereitenden Maßnahmen der JBH kommt. Zudem mündeten in diesem Durchgang mit 33 Prozent mehr Jugendliche aus der schulischen Berufsvorbereitung in die JBH ein (Vorjahr 29 Prozent). Wie im HAP stieg auch in der JBH der Anteil der Jugendlichen, die vorher gejobbt oder nichts gemacht hatten, kontinuierlich an. 22 Prozent der Teilnehmenden verfügten über keinen Schulabschluss oder einen Förderschulabschluss.

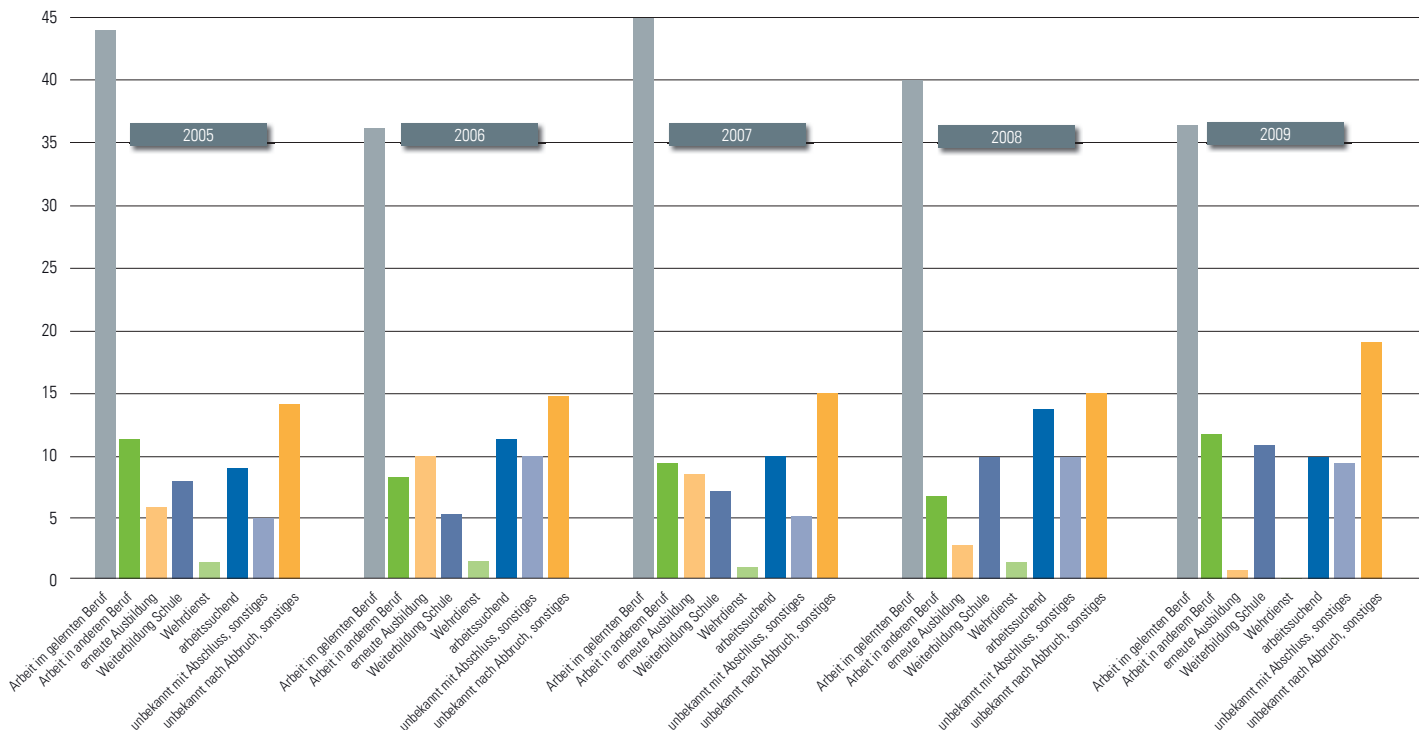
Hilfen zur Erziehung (HzE) nach dem Sozialgesetzbuch VIII erhielten 14 Prozent, da die HzE in der Regel mit der Vollendung des 18. Lebensjahres eingestellt werden. Um Klarheit darüber zu erhalten, wie groß der Anteil der JBH-Klientel ist, der vor Eintritt in eine JBH-Maßnahme HzE erhalten hat und damit Teil der Zielgruppe ist, wird seit 2009 erhoben, wem vor Vollendung des 18. Lebensjahres diese Hilfen gewährt wurden.

Die Abbruchquote nach der Probezeit war in der JBH 2009 mit 6 Prozent wieder erfreulich gering (Vorjahr 27 Prozent, zur Erläuterung s. Ausbildungsreport 2013 S. 36). Es haben 71 Prozent (Vorjahr 75 Prozent) aller Teilnehmenden (ohne Beendigung in der Probezeit) die Ausbildung erfolgreich abschließen können. Hierdurch wurde die Zielvorgabe von 70 Prozent sogar, wenn auch minimal, wieder übertroffen.

Nach Abschluss der Ausbildung in der JBH arbeiteten 38 Prozent (Vorjahr 40 Prozent) aller Teilnehmenden im erlernten Beruf und 13 Prozent (Vorjahr 7 Prozent) in anderen Berufen; bezogen auf die erfolgreichen Ausbildungsabschlüsse sind es 68 Prozent. Weitere Verbleibdaten können der folgenden Abbildung entnommen werden.

**ABBILDUNG 16:**

*Verbleib der Auszubildenden, Vertragslöserinnen und Vertragslöser in der JBH 2005-2009 in Prozent*



Quelle: Datenbank [www.ichblickdurch.de](http://www.ichblickdurch.de)

Für 10 Prozent ergab sich nach der Ausbildung bzw. dem Ausbildungsabbruch nur die Möglichkeit, sich arbeitsuchend zu melden. Für neun Prozent der erfolgreichen Auszubildenden und 18 Prozent der Vertragslöser bzw. Vertragslöserinnen (unbekannt oder Sonstiges: Wegzug aus Hamburg, Elternzeit, Haft usw.) ist der berufliche Verbleib nicht bekannt. Erfreulicherweise kann für 62 Prozent aller Teilnehmenden eine positive Entwicklung festgestellt werden, was angesichts der schwierigen Klientel als Erfolg zu werten ist.

### **Beratungsstelle Teilzeitausbildung (follow-up)**

Die seit dem 1. März 2010 beim Träger Beschäftigung + Bildung e.V. bestehende Beratungs- und Koordinierungsstelle Teilzeitausbildung wird nach Ablauf der ESF-Förderperiode 2013 wegen ihrer beachtlichen Erfolge mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds für weitere drei Jahre gefördert. Seit dem 01.01.2014 firmiert die Beratungsstelle unter dem Projektnamen „Servicestelle Ausbildung in Teilzeit (SAiT)“. Das Projekt ist anzusehen als ein Strategiebaustein für Hamburger Betriebe zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses.

Neben den bisherigen Aufgaben wie Akquise, Beratung, Vermittlung und Begleitung von Bewerberinnen und Bewerbern und Betrieben stehen in diesem Projektzeitraum die Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit besonders im Fokus. Hintergrund dieser zusätzlichen Ausrichtung ist die Erkenntnis, dass die Betriebe immer noch nicht (ausreichend) informiert sind über die vielfältigen Möglichkeiten der Teilzeitausbildung und vielfach auch Bedenken hinsichtlich der Organisation dieser Ausbildungsform hegen.

**TABELLE 16:****Übersicht Beratungen und Vermittlungen in Teilzeitausbildung**

Anzahl	Beratungen	Vermittlungen in TZA	Beratungen	Vermittlungen in TZA
	01.03.2010-13.12.2013	01.03.2010-13.12.2013	1. HJ 2014	1. HJ 2014
Betriebe	482		175	
weibl. Ratsuchende	800	111	186	22
männl. Ratsuchende	14	1	3	0
Migrationshintergrund	355	38	85	9
TN mit 1 Kind	531	79	113	15
TN mit 2 Kindern	222	28	50	6
TN 3 Kd. >	56	3	18	1
TN m. pflegebedürftigen Angehörigen	5	2	1	0
schwängere TN	7	0	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>814</b>	<b>112</b>	<b>175</b>	<b>22</b>

TZA= Teilzeitausbildung

HJ= Halbjahr

TN= Teilnehmende

Erstmals sollen insbesondere für Lehrer und Lehrerinnen an berufsbildenden Schulen Fortbildungsangebote zum Thema Teilzeitausbildung entwickelt werden, um auch diesen Personenkreis als kompetente Ratgeber zu gewinnen.

Die überwiegende Anzahl der Ratsuchenden wünscht sich eine Teilzeitausbildung im kaufmännischen Bereich (Büro, Verkauf) und als Friseurin. Mittlerweile konnte jedoch in 30 verschiedenen Berufen eine Ausbildung vermittelt werden, auch in so ungewöhnliche wie Steinmetzin und Steinbildhauerin. Nach wie vor ist der handwerkliche Bereich jedoch unterrepräsentiert.

War das Thema Kinderbetreuung anfangs ein großes Problem und oftmals der Grund, weshalb eine Ausbildung nicht begonnen werden konnte, so hat sich inzwischen aufgrund der Veränderung der Rechtslage in Hamburg die Situation deutlich entspannt. Noch nicht befriedigend gelöst sind besondere Situationen: Die Betreuung zu Randzeiten und am Wochenende oder bei Erkrankung des Kindes stellen die Mütter vor erhebliche Herausforderungen, zumal dann, wenn ihnen kein soziales Netzwerk zur Verfügung steht. Etwa die Hälfte der Ratsuchenden ist über 25 Jahre alt.

Allerdings sind nach den Erfahrungen der Beratungsstelle Bewerberinnen ab 30 Jahren kaum noch in Ausbildung zu vermitteln, weil die Akzeptanz der Betriebe fehlt. Für diese Zielgruppe wäre eine Umschulung in Teilzeitform die bessere Lösung.

Obwohl ein hoher Anteil der Ratsuchenden eine Teilzeitausbildung in der Pflege nachfragt, lassen sich in diesem Bereich bisher keine Teilzeitausbildungsplätze realisieren, weil es z. B. keine Verkürzungsmöglichkeiten gibt. Vor dem Hintergrund des großen Bedarfs an Pflegekräften, ist das ein unbefriedigender Sachverhalt.

## Reform des Übergangs an der Schwelle Schule – Beruf

In den vorjährigen Ausbildungsreporten sind die vielfältigen Vorhaben zur Reform der beruflichen Bildung in Hamburg eingehend beschrieben worden. Im vorliegenden Report wird daher nur auf Entwicklungen von besonderem Interesse eingegangen.

### Vertiefte Berufs- und Studienorientierung (follow-up)<sup>45</sup>

Gegen Ende ihres allgemeinbildenden Schulbesuchs haben die Schülerinnen und Schüler eine wichtige und zugleich schwierige Weichenstellung zu meistern, die unter Umständen ihr künftiges Leben maßgeblich beeinflusst: Welchen Beruf will ich später ausüben und wie gestalte ich den Weg dorthin. Dies ist eine sehr komplexe Entscheidung, da es nicht nur grundsätzlich darum geht, ein Studium oder eine Berufsausbildung aufzunehmen, sondern auch darum, für welchen Beruf die Erstqualifizierung durchlaufen werden soll. Dieser Prozess wird nicht gerade dadurch erleichtert, dass im recht dynamischen Bildungs- und Beschäftigungssystem ständig neue Ausbildungsgänge und Studienangebote auf den Markt kommen. Bei diesem wichtigen Entscheidungsprozess brauchen die Jugendlichen kompetente und wirksame Unterstützung, auch um Fehlallokationen, die zu endgültigen Ausbildungs- oder Studienabbrüchen führen können, möglichst zu vermeiden.

Die Behörde für Schule und Berufsbildung hat ihr Konzept zur Berufs- und Studienorientierung an der Stadtteilschule überarbeitet und verbindlich gestellt. Es beschreibt die Kernaufgaben der Schulen in der Jahrgangsstufe 8 bis 10 (in der Jahrgangsstufe 8 erfolgt die Klärung der berufsbezogenen Interessen und Kompetenzen; in Jahrgangsstufe 9 steht das Sammeln von Praxiserfahrungen im Vordergrund und in der Jahrgangsstufe 10 vollzieht sich die Qualifizierung für den Übergang in eine Berufsausbildung oder die Oberstufe). Eingeführt wurde das neue Konzept im Schuljahr 2013/14, verbindlich für alle Schulen wird es ab dem Schuljahr 2014/15. Mit der Verbindlichkeit der Berufs- und Studienorientierung soll gesichert werden, dass jede Schülerin und jeder Schüler der Stadtteilschule spätestens nach Jahrgangsstufe 10 den zu den jeweils individuellen

Interessen und Kompetenzen passenden Anschluss geklärt und sich entweder auf den Übergang in die Oberstufe oder in die Berufsausbildung bestmöglich vorbereitet hat.

Mit der Einführung der Jugendberufsagentur (JBA) zum Schuljahr 2012/13 wurde die individuelle Beratung und Vermittlung in eine Ausbildung optimiert. Durch die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Beratungsinstitutionen unter einem Dach können die Unterstützungsleistungen besser aufeinander abgestimmt und zielgerichtet eingesetzt werden. Ziel ist es, durch eine verbesserte Beratung und die steuernde Begleitung am Übergang von der Schule in den Beruf die Entwicklung der Berufsreife der Jugendlichen zu fördern.

Unter dem Dach der Jugendberufsagentur wurde die Servicestelle „Zukunft: Berufs- und Studienwelt“ (Servicestelle BOSO) eingerichtet. Sie ist für die Koordination und Umsetzung von Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung an Stadtteilschulen und Gymnasien in Abstimmung mit der Jugendberufsagentur zuständig. Ziel ist es, durch Maßnahmen zur vertieften Berufsorientierung nach § 48 SGB III den erfolgreichen Übergang der Schülerinnen und Schüler von der Schule in Ausbildung, Studium und Erwerbsleben zu ermöglichen. Die Servicestelle BOSO entwickelt dafür ein auf das BOSO-Konzept abgestimmtes Angebot an Modulen, die von anerkannten Trägern in Kooperation mit den Schulen durchgeführt werden. Beispielsweise bietet das Modul „First Steps“ die Möglichkeit, in einem von den Schülerinnen und Schülern selbst gewählten Beruf erste praktische Erfahrungen zu sammeln. Es vermittelt einen Einblick in die Berufs- und Arbeitswelt und dient bei der Entscheidungsfindung, in welchem Bereich vertiefende Praktika und Praxislertage folgen sollen, damit die spätere Berufswahlentscheidung auf der Basis umfangreicher eigener Erfahrungen und reflektierter Lern- und Entwicklungsprozesse erfolgen kann. Während des Moduls besuchen die Schülerinnen und Schüler geeignete Betriebe und Werkstätten, um dort beispielsweise ein Werkstück zu erstellen, berufsbezogene Tätigkeiten durchzuführen und betriebliche Prozesse mitzuerleben. Außerdem gibt es die Möglichkeit eines Austauschs mit erfahrenen Ausbilderinnen und Ausbildern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Auszubildenden über die berufliche Wirklichkeit und die Anforderungen der verschiedenen Berufe.

<sup>45</sup> Eine ausführliche Beschreibung findet sich im Ausbildungsreport 2013, auf den insoweit verwiesen wird.

Gut vor- und nachbereitete Betriebspraktika bieten Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, einen realen Einblick in die Berufswelt zu gewinnen und eigene Erfahrungen zu sammeln. Unternehmen haben die Möglichkeit, sich zu präsentieren und interessierte Jugendliche besser kennen zu lernen. Um die schulische Vorbereitung, die betriebliche und schulische Begleitung der Praktika und ihre Auswertung zu unterstützen, hat die Behörde für Schule und Berufsbildung gemeinsam mit der Handelskammer Hamburg, der Handwerkskammer Hamburg und der Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V. (UV-Nord) Leitfäden für Schülerinnen und Schüler, für Schulen und für Unternehmen herausgegeben.

Alle Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 8 der Stadtteilschule durchlaufen ab dem Schuljahr 2014/15 verbindlich eine Potentialanalyse. Sie dient der Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf die Betriebspraktika und soll in der zweiten Schuljahreshälfte 2014/15 durchgeführt werden.

Handwerkskammer und Handelskammer Hamburg unterstützen die neue Berufs- und Studienorientierung. Am 28. November 2013 haben sie gemeinsam mit der Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V. (UV-Nord) und der Behörde für Schule und Berufsbildung ihre Praktikumsbörsen vorgestellt. Die Online-Praktikumsbörsen bieten Betrieben die Möglichkeit, ihre Praktikumsangebote zu veröffentlichen. Die stärkere betriebliche Einbindung in den Orientierungsprozess der Schülerinnen und Schüler fördert die Nachhaltigkeit einer anschließenden Berufsausbildung: Viele Betriebe suchen inzwischen ihren Nachwuchs über Praktika. Auf diesem Weg lernen sie die jungen Menschen persönlich und unabhängig von Schulnoten kennen. Schülerinnen und Schüler erleichtern sie nicht nur die Suche nach einem Praktikumsbetrieb; sie erhalten vertiefte Einblicke in den Arbeitsweise des Praktikumsbetriebs, welches wiederum ihre Berufswahlentscheidung auf eine stabilere Grundlage stellt.

## Bericht aus der Arbeit der Jugendberufsagentur



In den beiden vorherigen Ausbildungsreports ist über die Einrichtung der Jugendberufsagentur (JBA) sowie ihrer Aufgaben- und Zielstellungen ausführlich berichtet worden.<sup>46</sup> Hamburg ist das erste und bislang einzige Bundesland, das flächendeckend eine Jugendberufsagentur eingerichtet hat, um junge Menschen unter 25 zuverlässig in Ausbildung oder Beschäftigung zu vermitteln. Sie finden in der Jugendberufsagentur eine Anlaufstelle für ihre Anliegen unter einem Dach, statt wie bisher verschiedene Einrichtungen aufsuchen zu müssen. Dazu gehören Fragen rund um die Ausbildung, Beschäftigung, Unterstützungsleistungen und schulischen Bildungswege.

In den Dienststellen der Jugendberufsagentur Hamburg arbeiten Beraterinnen und Berater des Jobcenters, der Behörde für Schule und Berufsbildung, des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung, der Berufsberatung der Arbeitsagentur und der Bezirksämter unter einem Dach zusammen. Die Jugendberufsagentur ist ein Mehrebenen-System. Sie verknüpft systematisch die schulische mit der regionalen Ebene. So ist die Jugendberufsagentur personell in die multiprofessionellen Berufsorientierungs-Teams der Stadtteilschulen integriert.

Jede/r Schüler/in wird im Rahmen von Schulsprechstunden individuell beraten. Gleichzeitig werden, ihr Einverständnis bzw. das der Erziehungsberechtigten vorausgesetzt, die Beratungsergebnisse im Vermittlungs-, Beratungs- und Informationssystem der Bundesagentur (VerBIS) erfasst, um eine durchgehende Betreuung und Beratung bis zur Einmündung in Ausbildung bzw. Arbeit sicherzustellen. Im Folgenden werden die Entwicklungen des zweiten Betriebsjahrs dargestellt.

Ende des Jahres 2013 wurde die letzte regionale Dienststelle der Jugendberufsagentur eröffnet, sodass sie nunmehr in allen sieben Hamburger Bezirken etabliert ist.

<sup>46</sup> Siehe v.a. Ausbildungsreport 2012, S. 46 ff. Weitere Nachweise und Einzelheiten, insbesondere zur Struktur und Arbeitsweise des Drei-Ebenen-Systems der Jugendberufsagentur in Hamburg, können der Bürgerschaftsdrucksache 20/4195 entnommen werden.

Die Zahl an betreuten Jugendlichen ist gegenüber dem ersten Betriebsjahr kräftig gestiegen:

### Gesamtergebnisse

**8.595** Jugendliche sind als Bewerberinnen und Bewerber für eine duale Ausbildung (Stand Juli 2014) erfasst, darunter

- » **3.798** aus dem aktuellem Schulabgangsjahr
- » rund 38 Prozent mit Hauptschulabschluss, 36 Prozent mit mittleren Abschluss und 21 Prozent mit Fachhochschulreife bzw. allgemeiner Hochschulreife; die übrigen rd. 5 Prozent verfügten über keinen Schulabschluss oder konnten nicht eindeutig zugeordnet werden.

Von den 8.595 registrierten Bewerberinnen und Bewerber haben bis Juli 2014

- » **2.790** eine duale Ausbildung,
- » **428** eine Erwerbstätigkeit,
- » **504** eine weiter führende Schule und
- » **86** ein Studium aufgenommen bzw. besucht.

Bis zum Erhebungsstichtag (Juni 2014) sind aus dem Kundenkreis der Jugendlichen U25 mit Leistungsbezug im SGB II seit Januar 2014

- » **444** in Ausbildung
- » **2.249** in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung eingemündet.

Rund **9.000** Jugendliche werden als Ratsuchende geführt (im Beratungsprozess befindliche Jugendliche i. d. R. ab Jahrgangsstufe 8, die noch keinen oder einen unklaren Berufswunsch haben)

Damit konnte die Zahl der als Bewerberinnen und Bewerber geführten Jugendlichen um mehr als 28 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.<sup>47</sup>

Die Zahl der ratsuchenden Jugendlichen konnte sogar mehr als verdoppelt werden; dabei handelt es sich um im Beratungsprozess befindliche Jugendliche, die noch nicht orientiert sind bzw. noch nicht in der Lage sind, eine Berufsausbildung erfolgreich zu durchlaufen. Diese signifikanten Steigerungsraten belegen eindrucksvoll,

<sup>47</sup> Die weiteren Einzelheiten zu den Vorjahresergebnissen können dem Ausbildungsreport 2013 entnommen werden.

dass sich die Jugendberufsagentur immer mehr als die zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für die Hamburger Jugendlichen etabliert, die eine Berufsausbildung anstreben.

### Die Arbeit in den regionalen Standorten der Jugendberufsagentur

Je nach Standortgröße suchen im Monatsdurchschnitt zwischen 500 und 2.000 Jugendliche ihre bezirkliche Jugendberufsagentur auf. Die o. a. insgesamt 8.595 bis Juli 2014 erfassten Bewerberinnen und Bewerber für eine duale Ausbildung teilen sich wie folgt auf die Bezirke auf:

Mitte:	1.712
Altona:	932
Bergedorf:	996
Nord:	1.077
Wandsbek:	1.896
Eimsbüttel:	960
Harburg:	1.022

Quelle für alle vorstehend aufgeführten Daten: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, bei Ratsuchenden: eigene Erhebungen der Arbeitsagentur Hamburg

Ebenso wichtig wie die Vor-Ort-Beratungstätigkeit ist die Arbeit der Jugendberufsagentur auf Landesebene. Auch zur Einebnung des „Förderdschungels“ werden durch das Planungsteam, in dem alle relevanten öffentlichen Finanziers vertreten sind, alle Angebote in Hamburg von der Berufsvorbereitung bis zur Ausbildungsbegleitung aufeinander abgestimmt, um Doppelförderungen bzw. Warteschleifen zu vermeiden, aber auch um Förderlücken zu identifizieren und zu schließen. Die Koordination der Maßnahmenplanung liegt bei der sog. Netzwerkstelle der Jugendberufsagentur, die auch deren schulische Aktivitäten und die Datenerfassung koordiniert.

### Ausblick

Der Aufbau der Jugendberufsagentur ist abgeschlossen. Mit der Eröffnung der Regionalstandorte Wandsbek und Bergedorf Ende 2013 ist die JBA nunmehr in allen sieben Bezirken etabliert. Darüber hinaus ist ab dem gerade begonnenen Schuljahr 2014/2015 an allen Hamburger Stadtteilschulen ein verbindliches Konzept zur Berufs- und Studienorientierung eingeführt worden, das unter anderem qualitative Standards auch für die Arbeit der multiprofessionellen Berufsorientierungsteams setzt (siehe dazu den vorherigen Abschnitt).

## Ausbildungsvorbereitung in Produktionsschulen

### Übergänge aus Produktionsschulen

Insgesamt sind die Übergänge in Ausbildung (geförderte und ungeförderte) im Vergleich zum vergangenen Berichtsjahr um 5,1 Prozent gestiegen. Im Jahr 2012/2013 sind 29,6 Prozent der Produktionsschüler/-innen in Ausbildung übergegangen, 8,1 Prozent haben eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgenommen und 4,2 Prozent besuchen im Anschluss eine weiterführende Schule. 12,2 Prozent der Absolventen nehmen zurzeit an einer Berufsvorbereitung (BvB, EQ etc.) teil. 16,4 Prozent der Jugendlichen, die die Produktionsschule verlassen haben, haben sich durch neu gewonnene Lernmotivation dazu entschlossen, eine weiterführende Schule (4,2 Prozent) oder eine Weiterqualifizierung (12,2 Prozent) zu besuchen.

Die Übergangszahlen sind mit denen von AVdual vergleichbar: Dort sind 31,9 Prozent in Ausbildung, 5,3 Prozent in Beschäftigung sowie 14,3 Prozent nach Beendigung der Schulpflicht eine anderweitige Berufsvorbereitung, insgesamt also 51,5 Prozent, übergegangen (vgl. Ergebnisniederschrift über die 8. Sitzung der 10. Amtsperiode des Landesausschusses für Berufsbildung am 30. Januar 2014).

Unter Berücksichtigung eines weiteren Ziels, nämlich der Stabilisierung und Motivation sowie der Förderung und Entwicklung ausbildungs- und beschäftigungsrelevanter Kompetenzen (inkl. Berufswahlkompetenz), und der Besonderheiten der Zielgruppe (Brüche in den Bildungsbiographien, multiple Problemlagen, problematische familiäre und soziale Verhältnisse)<sup>48</sup> sind weitere Übergänge und Anschlussoptionen für die Teilnehmenden in Produktionsschulen generiert worden

48 Um eine systematische Einschätzung der individuellen Voraussetzungen vornehmen zu können, durchlaufen alle Jugendlichen zu Beginn der Produktionsschulzeit professionelle Kompetenzfeststellungsverfahren (nach gemeinsam vom BIBB und dem Institut für Maßnahmen zur Förderung der beruflichen und sozialen Eingliederung-IMBSE) entwickelten Standards; weitere Einzelheiten: Vgl. „Qualitätsstandards für Verfahren zur Kompetenzfeststellung im Übergang Schule – Beruf, herausgegeben vom BIBB/IMBSE, 2007, abrufbar unter der URL: [www.kompetenzen-foerdern.de/imbse\\_qualitaetsstandard.pdf](http://www.kompetenzen-foerdern.de/imbse_qualitaetsstandard.pdf). Die gewonnenen Erkenntnisse über den Entwicklungsstand im Bereich der kognitiven (Mathematik, Deutsch, Englisch), sozialen und personalen Kompetenzen sowie über erste berufspraktische Fertigkeiten und Fähigkeiten fließen in individuelle Entwicklungs-/Förderpläne ein, die regelmäßig und zusammen mit dem Jugendlichen besprochen und aktualisiert werden.

(dazu zählen Eintritte in Bundesfreiwilligendienste bzw. passgenauere Bildungsangebote oder ein geändertes, realitätsnäheres Berufswahlverhalten in Relation zu den eigenen psychischen und physischen Voraussetzungen, aber auch die Entscheidung für den Beginn einer Therapie). Zu den Zahlen im Detail gibt die nachstehende Tabelle Auskunft:

**TABELLE 17:**

### Austritte und Übergänge von Produktionsschülern (01.09.2012-15.10.2013)

	absolut	in %
Gesamtzahl *)	438	
davon nicht angetreten	2	
davon in der Orientierungsphase (erste 6 Wochen) ausgetreten **)	27	
<b>Austritte gesamt (bereinigt)</b>	<b>409</b>	<b>100,0</b>
Übergänge in ungeförderte Ausbildung	56	13,7
Übergänge in geförderte Ausbildung (HAP, JBH, BaE, SOPRO, Reha)	65	15,9
Übergänge in eine versicherungspflichtige Beschäftigung	33	8,1
Übergänge in weiterführende Schulen (z. B. Altenpflege)	17	4,2
Übergänge in Weiterqualifizierung ***)	50	12,2
<b>Übergangsquote 1 (SOLL: 60 Prozent)</b> (bezogen auf Kennzahlen laut Bürgerschaftsdrucksache 19/2928)	<b>221</b>	<b>54,1</b>
Übergänge in Bundesfreiwilligendienst, Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr	6	1,5
Übergänge in geeignete(re) und passgenaue(re) Angebote anderer Träger bzw. AV dual (im Rahmen noch bestehender Schulpflicht)	96	23,5
Abbrüche bzw. Unterbrechungen wg. Therapie (Suchtproblematik)	10	2,4
Austritte aus gesundheitlichen oder familiären Gründen	14	3,4
<b>Übergangsquote 2</b> (mit Berücksichtigung der Zielgruppe und weiterer Anschlüsse)	<b>347</b>	<b>84,8</b>

Weitere Übergänge und Austritte *****)		
Abbrüche bzw. Unterbrechungen wg. Antritt von Haftstrafen für eine zurückliegende Tat	10	2,4
Abbrüche bzw. Unterbrechungen wg. Schwangerschaft/Mutterschutz	8	2,0
Beratungsprozess der JBA bzw. der Berufsberatung der BA	13	3,2
Verbleib unbekannt *****)	31	7,6

\*) Erfasst und in die statistische Gesamtbewertung einbezogen sind alle Jugendlichen vom ersten Tag an im o.g. Zeitraum.

\*\*) Die Jugendlichen, die innerhalb dieser Zeit abrechnen oder andere Alternativen wählen, bleiben bei der Berechnung der Übergangsquoten außer Ansatz.

\*\*\*) Nach Beendigung der Schulpflicht, aber ohne hinreichende Ausbildungsreife: Überleitung in Anschlussmaßnahmen, wie: Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit, Arbeits- und Berufsvorbereitung bzw. Praktiker-Qualifizierung in der Jugendberufshilfe, Einstiegsqualifizierung.

\*\*\*\*) Abbrüche/Unterbrechungen wegen Haftantritt bzw. Schwangerschaft/Mutterschutz können in der Analyse der Übergangszahlen – und somit der erreichten Ziele der Produktionsschulen – nicht einbezogen werden, da die Träger hierauf keinen Einfluss haben und folglich auch keine Aussagen über pädagogische Wirksamkeit getroffen werden können.

\*\*\*\*\*) Hierbei handelt es sich um Jugendliche, die aus der FHH weggezogen sind, über einen ungesicherten Aufenthaltsstatus verfügen oder mit Beendigung ihrer Schulpflicht nicht mehr erreicht werden konnten (trotz intensiver Versuche der Produktionsschulen). Diese wurden an die Jugendberufshilfe gemeldet.

Quelle: Behörde für Schule und Berufsbildung

Auch wenn die Übergänge von Produktionsschulabsolvent/innen in Ausbildung im Vergleich zum vergangenen Berichtsjahr um 5,1 Prozent gestiegen sind, liegen die Übergangszahlen (Übergangsquote 1) – gemessen an den Vorgaben der Drucksache der Bürgerschaft 19/2928 (d.h.: Übergänge in Ausbildung, Beschäftigung, Weiterqualifizierung und weiterführende Schulen) – insgesamt unter der 60 Prozent-Marke. Zum einen liegt dies in der zunehmend schwierigeren Zielgruppe begründet (bildungs- und sozioökonomischen Herkunftsdaten der Jugendlichen bei Eintritt in die Produktionsschulen, hoher Bedarf an Stabilisierung und Motivation, verzögerte Entwicklungsreife, größere Anstrengungen bei der Entwicklung elementarer sozialer und personaler Kompetenzen, gestiegene Bildungs- und Unterstützungsbedarfe beim Übergang in Ausbildung).

Zum anderen ist ein Trend zu verzeichnen, dass weniger Absolvent/innen von Produktionsschulen den Weg in die weiterführende Schule – mit dem Ziel des Erwerbs des ersten bzw. mittleren allgemeinbildenden Abschlusses – wählen: von 15,9 Prozent im Vorjahr sind dies nur noch 4,2 Prozent. Möglicherweise machen sich hier Effekte der zunehmenden Attraktivität, direkt im Anschluss in Ausbildung zu gehen, bzw. der Wegfall der teilqualifizierenden Berufsfachschule bemerkbar.

### Zusammensetzung und Herkunft der Zielgruppe (2009-2013)<sup>49</sup>

Der überwiegende Teil kommt aus den allgemeinbildenden Schulen: 58,1 Prozent der Produktionsschülerinnen und -schüler kommen direkt aus den Stadtteilschulen, 7,3 Prozent aus Förderschulen. 1,9 Prozent wurden zuvor durch Regionale Beratungs- und Bildungszentren beschult. Aus den berufsbildenden Schulen kamen 21,5 Prozent (14,7 Prozent aus Av dual sowie 6,8 Prozent aus BVJ-M, VJ-M). Die Bilanz der letzten Jahre zeigt, dass sich ein höher werdender Anteil von Jugendlichen mit multiplen Problemen und damit zusammenhängend verzögerter Entwicklungsreife an den Produktionsschulen befindet. Für diese Jugendlichen ist ein höherer Bedarf an Stabilisierung und Motivation sowie größere Anstrengungen bei der Entwicklung elementarer sozialer und personaler Kompetenzen, auch und vor allem in Hinblick auf die Berufswahl zu verzeichnen.

Zudem ist der Anteil derjenigen Jugendlichen gestiegen, die weitere flankierende Bildungs- und Unterstützungsbedarfe benötigen. Hierzu sind zielgerichtet Kooperationsbeziehungen und Netzwerke mit anderen Trägern der Jugendhilfe, mit dem Team der Gewaltprävention sowie den Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren entwickelt worden. Bildungs- und integrationskritische Items, die auf höhere Bildungs- und Unterstützungsbedarfe beim Übergang in Ausbildung hinweisen (wie: Bildungsabschlüsse, Hilfen zur Erziehung sowie Zugehörigkeit zu einer Bedarfsgemeinschaft nach SGB II), sind im Verlaufe der Jahre angestiegen. Auch im laufenden Produktionsschuljahr (2013/2014) ist keine Entspannung in Sicht: Etwa ein Drittel aller Jugendlichen an Produktionsschulen kommt aus Bedarfsgemeinschaften (SGB II) oder erhält Hilfen zur Erziehung (ambulant oder stationär, als Einzel- oder Familienhilfe, Jugendgerichtshilfe).

49 Die nachfolgenden Zahlen beziehen sich auf die Zusammensetzung der Zugänge (mit Abbrecher/-innen) im Zeitraum vom 01.09.2009-31.07.2010; 01.08.2010-31.07.2011; 01.08.2011-31.07.2012 sowie 01.08.2012-31.07.2013.



**TABELLE 18:**

*Herkunftsdaten der Jugendlichen an Produktionsschulen (2009-2013)*

	09/2009 - 07/2010		08/2010 - 07/2011		08/2011 - 07/2012		08/2012 - 07/2013	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
<b>Gesamt</b>	288	100%	336	100%	523	100%	590	100%
weiblich	90	31,3%	107	31,8%	146	27,9%	198	33,6%
männlich	198	68,8%	229	68,2%	377	72,1%	392	66,4%
<b>Anteil mit Migrationshintergrund</b>	128	44,4%	156	46,4%	260	49,7%	255	43,2%
weiblich	45	15,6%	38	11,3%	65	12,4%	80	13,6%
männlich	83	28,8%	118	35,1%	195	37,3%	175	29,7%
<b>Schulabschluss bei Eintritt in die PS</b>								
ohne	232	80,6%	290	86,3%	416	79,5%	410	69,5%
Förderschulabschluss	19	6,6%	14	4,2%	28	5,4%	53	9,0%
erster allgemeinbildender Abschluss	35	12,2%	32	9,5%	78	14,9%	124	21,0%
mittlerer allgemeinbildender Abschluss	2	0,7%	0	0%	0	0%	3	0,5%
SGB-II-Zugehörigkeit	61	21,0%	70	20,8%	146	27,9%	191	32,4%
Hilfen zur Erziehung (ambulant, stationär, Jugendgerichtshilfe...)	83	28,8%	100	29,8%	147*	28,1%	171**	29,0%

\* Davon erhalten 49 (= 33,3%) stationäre Hilfen (z. B. Jugendwohnung, Heim), 6 (= 4,1%) Jugendliche erhalten Unterstützung durch die Jugendgerichtshilfe/ Bewährungshilfe. 110 Jugendliche (= 64,3%) erhalten ambulante Hilfen; 6 (= 3,5%) weitere werden durch das Familieninterventionsteam (FIT) unterstützt.

\*\* Davon erhalten 52 (= 30,4%) stationäre Hilfen (z. B. Jugendwohnung, Heim), 15 (= 8,8%) Jugendliche erhalten Unterstützung durch die Jugendgerichtshilfe/ Bewährungshilfe. 85 Jugendliche (= 49,7%) erhalten ambulante Hilfen; 5 (= 2,9%) weitere werden durch das Familieninterventionsteam (FIT) unterstützt.

Wie bereits im Ausbildungsreport 2013 verdeutlicht, haben Risikofaktoren „Hilfen zur Erziehung“ sowie „Zugehörigkeit zu einer Bedarfsgemeinschaft (SGB-II)“<sup>50</sup> einen starken Einfluss auf gelingende Übergänge in Ausbildung und Beschäftigung. Jugendliche, die aus einer Bedarfsgemeinschaft stammen bzw. einen erhöhten (sozial)pädagogischen Unterstützungsbedarf (Hilfen zur Erziehung im Rahmen der Jugendhilfe nach SGB VIII) aufweisen, haben zwar alle Anschlussoptionen, gehen jedoch überdurchschnittlich häufig in weitere berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der Arbeitsverwaltung oder der Jugendberufshilfe über.

*Der externe Erwerb des ersten allgemeinbildenden Bildungsabschlusses...*

104 Jugendliche haben 2012/2013 den ersten allgemeinbildenden Abschluss im Wege der Externenprüfung erworben. Der Erwerb dieses Abschlusses war jedoch keine zwingende Voraussetzung für den erfolgreichen Übergang in Ausbildung oder Beschäftigung. Entscheidend für diese Übergänge ist vielmehr maßgeblich der Entwicklungsstand von Kompetenzen (personale, soziale und berufsbezogene), der in der Produktionsschulen regelmäßig und systematisch erfasst und dokumentiert wird.

Während ca. 26 Prozent derjenigen Jugendlichen, die 2012/2013 den externen ersten allgemeinbildenden Schulabschluss erworben haben, direkt im Anschluss in eine Ausbildung übergehen, verbleiben ca. 52 Prozent im Übergangssystem (Verbleib in AVdual sowie Produktionsschule, weitere berufsvorbereitende Maßnahmen oder im Beratungsprozess der Jugendberufsagentur bzw. der Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit).

<sup>50</sup> Risikofaktoren „fehlender Bildungsabschluss“ und „Migrationshintergrund“ haben geringe Auswirkungen auf gelingende Übergänge von Produktionsschüler/innen.

## Weitere Maßnahmen

Im Zuge der Reform der beruflichen Bildung in Hamburg wurden die bisherigen schulischen Vorbereitungsangebote (Ausbildungs- bzw. Berufsvorbereitungsjahr) zum Schuljahresbeginn 2011/12 durch das neue dualisierte Angebot Ausbildungsvorbereitung Dual (AVDual) ersetzt. Im Schuljahr 2013/14 wurden in AVDual 1.887 Anfängerinnen und Anfänger registriert, das sind 363 Schülerinnen und Schüler (entsprechend 16,1 Prozent) weniger als im Schuljahr 2012/13. Ähnlich wie beim Parallelangebot Produktionsschule – allerdings in anderen Ausformungen bzw. Relationen (siehe Abschnitt „Ausbildungsvorbereitung in Produktionsschulen“) – weisen die Jugendlichen eine Reihe von Besonderheiten auf, die einer unmittelbaren Einmündung in eine Berufsausbildung hinderlich sind. So verfügen mehr als 40 Prozent der in AVDual eintretenden Schülerinnen und Schüler über keinen Schulabschluss; der größte Teil dieses Personenkreises ist aus der Klassenstufe 9 der Förderschule ausgetreten und unterliegt damit noch für zwei weitere Jahre der Schulpflicht. Zum Verbleib der 2.541 Teilnehmenden an AVDual des Schuljahres 2012/13, dazu zählen also auch die Jugendlichen, die unterjährig eintraten bzw. abgingen, ist zu bemerken, dass immerhin 40,6 Prozent eine Ausbildung aufgenommen haben und weitere 4,5 Prozent in eine weiterführende Schule eintraten. 5,3 Prozent der Abgängerinnen und Abgänger nahmen eine Beschäftigung auf und weitere 18,2 Prozent eine trägergestützte Berufsvorbereitung. Weitere Einzelheiten zu AVDual können der Bürgerschaftsdrucksache 20/6934 entnommen werden.

Die Berufsqualifizierung im Hamburger Ausbildungsmodell (BQ) bietet Jugendlichen bzw. Jungerwachsenen unter 21 Jahren, die trotz mehrfacher Bewerbungen keinen Ausbildungsplatz in ihrem Berufsfeld gefunden haben, obwohl sie dafür geeignet sind, einen direkten Zugang in die duale Ausbildung; den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wird binnen eines Jahres der fließende Übergang in eine betriebliche, hilfsweise trägergestützte Berufsausbildung ermöglicht. Die BQ deckt das erste Ausbildungsjahr des jeweiligen Ausbildungsberufes ab. Die BQ wird seit 2011 als ergänzendes staatliches Angebot ausgebaut und weiterentwickelt.

Sie steht nicht in Konkurrenz zu offenen betrieblichen Ausbildungsplätzen im entsprechenden Beruf, da Bewerberinnen und Bewerber nur dann aufgenommen werden können, wenn sie den Nachweis erbringen, sich intensiv und vergeblich um einen betrieblichen Ausbildungsplatz beworben zu haben.

Zudem wird die Liste der jeweils anzubietenden Berufe mit den Sozialpartnern (Kammern) und dem Landesausschuss für Berufsbildung alljährlich abgestimmt; sie wird (mit den dazugehörigen Platzzahlen) mit der Veröffentlichung der jeweils einschlägigen „Verordnung über Zulassungszahlen für Schulen mit Zulassungsbeschränkungen“ rechtswirksam. Die Verordnung für das Schuljahr 2013/14 vom 22.03.2013 (HmbGVBl., S. 131) weicht nur in wenigen Punkten vom entsprechenden Beschluss des Landesausschusses für Berufsbildung vom 26.11.2012 ab.

**TABELLE 19:**

### *Unterschiede zwischen LAB-Beschluss und Verordnung (BQ-Berufe)*

Beruf/Berufsgruppe	Art der Abweichung
Gastro-Berufe (Fachleute für Systemgastronomie, Köche, Hotel- und Restaurantfachleute)	Platzzahl 40 statt 24
Gesundheits- und Pflegeassistenten	Platzzahl 12 statt 24
Fachkräfte für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice	In der Verordnung nicht enthalten
Bürokaufleute	Platzzahl 28 statt 36
Informations- und Telekommunikationssystem-Kaufleute	Beruf im LAB- Beschluss nicht enthalten

Angaben über den Verbleib der BQ-Teilnehmenden im Schuljahr 2013/14 lagen wegen des diesjährigen späten Sommerferientermins bis Redaktionsschluss nicht vor. Die BQ in Kooperation mit Betrieben wird fortgeführt. Für das neue Schuljahr 2014/15 stehen in 18 Berufsbildenden Schulen 470 BQ-Plätze in 31 Ausbildungsberufen zur Verfügung. Die Auswahlverfahren waren bei Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen.

## Bilanz: Leichte Eintrübung auf den Ausbildungsmärkten

Das Berichtsjahr (1.10.2012-30.9.2013) ist von einer ungünstigen Entwicklung geprägt: Es sanken sowohl das Angebot an Ausbildungsstellen als auch die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. Dies hatte zur Folge, dass auf Bundesebene im Jahre 2013 der niedrigste Stand an neueingetragenen Ausbildungsverträgen seit der Wiedervereinigung erreicht worden ist. Mehrere Ursachen werden für diesen Trend verantwortlich gemacht. So hat sich die sog. Mismatch-Problematik auf dem Ausbildungsmarkt erneut ausgeweitet, d.h. es gelingt immer seltener, einen ausbildungssuchenden Jugendlichen mit dem passenden offenen (betrieblichen) Ausbildungsplatz zusammenzuführen. Zwei wesentliche Gründe sind für diese Entwicklung verantwortlich: In Regionen, in denen das Ausbildungsangebot deutlich über der Zahl nachfragender Jugendlicher liegt, gelingt es nicht im ausreichenden Maße, auswärtige Bewerberinnen und Bewerber anzulocken, weil möglicherweise die dortigen Lebensumstände als wenig anziehend empfunden werden – dies gilt namentlich für die ländlichen Gebiete in Ostdeutschland.<sup>51</sup> Zum anderen steigen die Besetzungsprobleme in Branchen, die bei den Nachfragern als weniger interessant gelten; dies trifft insbesondere für manche Bereiche des Handwerks und seit kurzem auch für die Landwirtschaft zu. Auf der Nachfrageseite fällt der nach wie vor hohe Anteil von erfolglosen Jugendlichen mit einem höherwertigeren Schulabschluss auf. Nach Angaben der Arbeitsverwaltung besaßen von den noch ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen 40,8 Prozent den mittleren Schulabschluss, während weitere 25,3 Prozent sogar über eine Hochschulzugangsberechtigung verfügten.<sup>52</sup> Der Aussagewert dieser Quoten ist allerdings schwer einzuschätzen. Wie bereits dargelegt, sind vielfältige Gründe für dieses Phänomen denkbar, wie z.B. das Festhalten der Jugendlichen am Ausbildungswunsch in einem bestimmten Beruf und/oder Betrieb, in denen jedoch keine offenen Ausbildungsstellen zur Verfügung stehen.

Vor etwa zehn Jahren hatte der Ordnungsgeber damit begonnen, verstärkt zweijährige („theoriegeminderte“) Ausbildungsberufe zu regeln. Daran war die Erwartung geknüpft, die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe steigern zu können und gleichzeitig benachteiligten

Jugendlichen eine Berufsausbildung zu ermöglichen, die sonst keinen Ausbildungsplatz erhalten würden. Beides hat sich nicht eingestellt. Die Marktbedeutung der zweijährigen Berufe hat gerade in den letzten Jahren kontinuierlich nachgelassen. So ist der Rückgang an Neuverträgen in den zweijährigen Ausbildungsberufen<sup>53</sup> mit minus 6,9 Prozent fast doppelt so hoch ausgefallen wie bei der Gesamtheit aller Ausbildungsverträge (minus 3,7 Prozent); dementsprechend ist der Anteil der Neuverträge in den zweijährigen Ausbildungsberufe (46.344) erneut zurückgegangen und liegt nur noch bei 8,2 Prozent (Vorjahresanteil: 9,0 Prozent). Der schon traditionell mit Abstand am stärksten besetzte zweijährige Ausbildungsberuf Verkäufer/-in umfasst 25.872 Neuverträge und hat damit einen Anteil von 55,8 Prozent an allen Neuabschlüssen in dieser Berufsgruppe erreicht. Lässt man diesen Ausbildungsberuf außer Betracht, zeigt sich die relative Bedeutungslosigkeit der zweijährigen Ausbildungsberufe für den Gesamtmarkt. Deren Anteil betrüge dann lediglich 3,2 Prozent an allen Neuabschlüssen des Jahres 2013. Ein Grund für diese Entwicklung mag in einem Imageproblem liegen, da selbst das BIBB in seinen offiziellen Veröffentlichungen an der Beschreibung „theoriegemindert“ festhält.<sup>54</sup> Ein anderer könnte darin liegen, dass die Ausübung eines erlernten zweijährigen Berufs nicht als besonders attraktiv empfunden wird. Da zudem in den gestuften Berufen die Möglichkeit des Durchstiegs in den dreijährigen Ausbildungsberuf eher selten genutzt wird, kommt der zweijährigen Berufsausbildung die seinerzeit propagierte Sprungbrettfunktion nur begrenzt zu.<sup>55</sup>

53 Zu den zweijährigen Ausbildungsberufen zählen u.a. Verkäufer/-in, Fachkraft im Gastgewerbe, Servicekraft für Dialogmarketing, Fachkraft für Kurier-, Express- und Postdienstleistungen, Hochbaufacharbeiter/Hochbaufacharbeiterin, Maschinen- und Anlageführer/Maschinen- und Anlageführerin, Fachlagerist/Fachlageristin.

54 Wie im Vorjahr, so auch im Datenreport 2014 des BIBB, S. 131, immerhin mit dem Hinweis, dass die Existenzberechtigung dieser Kurzberufe kontrovers diskutiert werde.

55 Zwar ist die Berufsbildungsstatistik (noch) nicht in der Lage, Ausbildungsverläufe nachzuzeichnen (dazu wäre es erforderlich, Personennummern oder andere Identifizierungsschlüssel zu verwenden), aber es ist davon auszugehen, dass nicht mehr als 26 Prozent der Absolventinnen und Absolventen einer zweijährigen Berufsausbildung einen Fortsetzungsausbildungsvertrag geschlossen haben, also in den dreijährigen Beruf durchgestiegen sind (vgl. BIBB-Datenreport 2014, S. 133).

51 BIBB-Datenreport 2014, S. 21f.

52 BIBB-Datenreport 2014, S. 22.

Die Marktbeschreibung aus dem Vorjahr hat sich in diesem Jahr insgesamt bestätigt. Die in den meisten Ländern zu beobachtende rückläufige Zahl von Schulabgängerinnen und -abgängern stärkt deren Position am Markt. Für einen Teil von ihnen stehen vermehrt freie Ausbildungsstellen in Wunschberufen und -betrieben offen. Für die betriebliche Seite bedeutet dies, dass sie im Wettbewerb um die besten Köpfe attraktive Ausbildungsbedingungen schaffen (und dies auch öffentlich machen) muss, um sich weiterhin die gewünschte Zahl geeigneter Bewerberinnen und Bewerber sichern zu können. Ähnlich wie im Vorjahr gilt die Beschreibung der gegenwärtigen Lage auf dem Ausbildungssektor als „Bewerbermarkt“ keineswegs für alle ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen. Die Zahl der unvermittelten Bewerber und „anderen ehemaligen Bewerbern ohne Angabe eines Verbleibs“ war lt. Statistik der Arbeitsverwaltung bereits im Vorjahr recht hoch und ist im Berichtsjahr auf über 116.500 Personen angestiegen.<sup>56</sup> Bundesweit gesehen hat sich der Rückgang bei den Anfängerzahlen im Übergangsbereich deutlich abgeflacht. Betrug dieser im Vorjahr noch -7,8 Prozent, so war im Berichtsjahr nur noch ein marginaler Rückgang um -0,8 Prozent zu verzeichnen (um 2.101 junge Menschen auf nunmehr 257.626, die eine Maßnahme im Übergangsbereich begannen). Die Bundesregierung weist allerdings darauf hin, dass dieses Ergebnis auch vor dem Hintergrund des vorübergehenden Anstiegs bei der Zahl der nichtstudienberechtigten Schulabgänger/Schulabgängerinnen zu sehen sei (+19.400).<sup>57</sup> Dennoch bleibt festzuhalten, dass eine Größenordnung von mehr als einer Viertelmillion Jugendlichen, die statt in Ausbildung in den Übergangsbereich wechselten, möglichst rasch und in größeren Schritten abgebaut werden sollte. Um dies zu erreichen, sind auf Bundes- und Landesebene zahlreiche Initiativen und Reformen gestartet worden, die darauf abzielen, den Jugendlichen das nötige Rüstzeug für eine Übernahme in betriebliche Ausbildung zu verleihen.

56 Vgl. Berufsbildungsbericht 2014 der Bundesregierung, S. 33, a.a.O. Insgesamt handelt es sich dabei um 116.656 (Vorjahr: 105.583) Personen, davon sind 21.034 „unversorgte Bewerber“ und weitere 95.622 „anderen ehemaligen Bewerbern ohne Angabe eines Verbleibs“ (Vorjahreszahlen: 15.650 bzw. 89.933).

57 Vgl. Berufsbildungsbericht 2014 der Bundesregierung, S. 38, a.a.O.

Der bereits im Vorjahr berichtete Anteil der Jugendlichen mit einem mittleren oder gar noch höheren allgemeinbildenden Schulabschluss, die im Übergangsbereich betreut werden müssen, ist mit rd. einem Viertel nahezu unverändert geblieben.<sup>58</sup> Hier ist die Feststellung zu wiederholen, dass geklärt werden muss, ob dieser Personenkreis im Übergangsbereich richtig aufgehoben ist oder aufgrund anderweitiger „vermittlungshemmender Merkmale“ (z.B. psychische Auffälligkeiten) tatsächlich (noch) nicht für eine betriebliche Berufsausbildung in Betracht kommt.

Es genügt auch nicht, bei der Lösung der gegenwärtigen Probleme am Ausbildungsmarkt nur die betroffenen Jugendlichen in den Blick zu nehmen. Angesichts der im europäischen Vergleich grundsätzlich günstigen Wirtschaftslage in Deutschland kann man sich mit der Begründung der Bundesregierung für den Rückgang der Ausbildungstätigkeit in Deutschland, die Passungsprobleme am Ausbildungsmarkt nähmen zu, nicht zufriedengeben. Vielmehr ist es notwendig, der Frage nachzugehen, aus welchen Gründen es in Deutschland zunehmend nicht gelingt, die Zahlen der „unversorgten“ bzw. im Übergangsbereich befindlichen Bewerber und Bewerberinnen sowie der nicht besetzten Ausbildungsstellen deutlich zu senken. Diese sog. Mismatch-Situation ist gerade in den Flächenländern zweifellos gegeben, wo es noch schwieriger als in einem Ballungsraum ist, den „richtigen“ Jugendlichen mit dem „richtigen“ Ausbildungsbetrieb zusammenzubringen. Möglicherweise liegt dem negativen Trend in der dualen Ausbildung zumindest auch ein grundsätzliches Problem zugrunde, nämlich Zweifel an der Attraktivität der Berufsausbildung auch und gerade aus Sicht der Jugendlichen. Dies indiziert auch die Entwicklung der Anfängerzahlen im dualen Ausbildungssystemen und an den Hochschulen: Verteilten sich diese bis vor kurzem noch im Verhältnis von zwei zu eins, so nähern sich neuerdings die Zahlen der Studienanfänger denen der Ausbildungsanfänger an (eine Bestandsaufnahme und Bewertung findet sich im Abschnitt „Sicherung der Attraktivität des dualen Systems“ des vorliegenden Reports). Ein Qualitätsproblem wird namentlich in den Flächenländern sichtbar: Diese sind vielfach nicht in der Lage, den berufs- bzw. fachspezifischen Berufsschulunterricht ortsnah und

58 Dies geht aus den Zahlen der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) hervor. Sie zeigt auf, welche Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote junge Menschen nach der Sekundarstufe I nutzen.

flächendeckend sicherzustellen. So müssen aus Kostengründen Berufsschulstandorte geschlossen bzw. zusammengelegt werden, die wegen deutlich zurückgehender Schülerzahlen nicht mehr wirtschaftlich vertretbar unterhalten werden können. Damit fehlt zugleich ein wichtiges Instrument zur Qualitätssicherung in der dualen Ausbildung: Die Berufsschule ist nicht mehr in der Lage, qualitative Probleme der praktischen Berufsausbildung namentlich in kleineren Betrieben aufzufangen.

Auch in Hamburg sind Rückgänge bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen festzustellen. Mit -4,4 Prozent (oder 618 Verträgen) liegt er um 0,7 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt und um 1,0 Prozentpunkte über dem Durchschnittswert der Alten Länder und erreicht nur noch die Zahl von 13.530 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Damit lag Hamburg im Berichtsjahr im Mittelfeld. Die Daten des BIBB für Hamburg werden durch die Ergebnisse der Berufsschulstatistik bestätigt. Danach waren in der Berufsschule 13.196 Anfänger zu verzeichnen, also 579 oder 4,2 Prozent weniger als im Vorjahr, was eine geringfügige Abweichung von 0,2 Prozentpunkten bedeutet.<sup>59</sup> Allerdings dürfen diese Zahlen nicht isoliert betrachtet werden. In den Vorjahren war die Hamburger Marktsituation stets günstiger als im Bundesdurchschnitt, sodass es verfrüht wäre, bereits jetzt von einer Trendwende zu sprechen. Dies belegt ein Vergleich der September-Ergebnisse des Jahres 2008 mit denen des Jahres 2012. Bundesweit ging die Zahl der Neuverträge um 10,6 Prozent zurück (von 616.341 auf 551.259), während der Rückgang in Hamburg im Vergleichszeitraum mit 4,8 Prozent nicht einmal halb so stark ausfiel (von 14.862 auf 14.148 Neuverträge).<sup>60</sup>

59 Solche Abweichungen beruhen auf geringfügig abweichende Statistikmerkmale: Während das BIBB die bei den Hamburger zuständigen Stellen registrierten Ausbildungsverträge registriert, erfasst die Schulstatistik alle Schülerinnen und Schüler, die in Hamburg ihrer Berufsschulpflicht nachkommen. Darunter können Auszubildende aus anderen Bundesländern fallen, die nach der KMK-Vereinbarung über „Splitterberufe“ zentral in Hamburg beschult werden und umgekehrt.

60 Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September, Tabelle A1.2-1.

**TABELLE 20:**

*Entwicklung der Neuvertragszahlen  
Hamburg – Bund von 2008-2012*

Jahr	Hamburg		Bund	
	Neuverträge	Veränderung ggü. Vorjahr in %	Neuverträge	Veränderung ggü. Vorjahr in %
2008	14.862		616.341	
2009	13.497	-9,8	564.306	-8,4
2010	14.382	+6,6	559.959	-0,8
2011	14.412	+0,2	569.379	+1,7
2012	14.148	-1,8	551.259	-3,2
<b>Veränderung 2008 zu 2012:</b>		<b>minus 4,8</b>	<b>minus 10,6</b>	

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September, Tabelle A1.2-1.

Bei der Handelskammer Hamburg wurden im Berichtsjahr 9.495 Neuverträge registriert, das sind 411 oder 4,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Dieser Rückgang entspricht in etwa dem Bundestrend und ist insofern unauffällig. Eine ganz andere Entwicklung ist jedoch beim Hamburger Handwerk eingetreten, wo die Zahl der Neuverträge im Vorjahresvergleich um 8,3 Prozent (222 Verträge) auf nur noch 2.460 Neuabschlüsse zurückging. Damit entfällt auf das Handwerk – in absoluten Zahlen betrachtet – über ein Drittel des in Hamburg registrierten Rückgangs, während es am gesamten Hamburger Ausbildungsmarkt lediglich einen Anteil von 18,2 Prozent ausmacht. Leichte Zuwächse gab es bei den Freien Berufen (12 Verträge oder 1,1 Prozent mehr als im Vorjahr, nunmehr 1.140 Verträge) und im öffentlichen Dienst, wo die extrem niedrige Zahl des Vorjahrs mit nur 147 Neuverträgen um immerhin 51 oder 34,0 Prozent gesteigert werden konnte.

In den Schulen des Gesundheitswesens ist erstmals nach Jahren des kontinuierlichen Anstiegs ein leichter Abwuchs der Anfängerzahlen festzustellen, und zwar von 1.640 auf nunmehr 1.601 Anfängerinnen und Anfänger. Dieser Rückgang ist jedoch mit minus 2,4 Prozent moderat ausgefallen und liegt damit deutlich über dem Ergebnis für die dualen Ausbildungsberufe (-4,4 Prozent). Betrachtet man zudem allein den Bereich mit dem höchsten Fachkräftebedarf, nämlich die Pflegeberufe, dann ist auch für 2013 ein erneuter Anstieg der Anfängerzahlen zu konstatieren. Diese stiegen erneut um beachtliche 92 Schülerinnen und Schüler bzw. um 9,2 Prozent. Die Zahl der Anfängerinnen und Anfänger in der

Gesundheits- und Pflegeassistenten: Im Ausbildungsjahr 2013/14 konnte auf dem Vorjahresniveau gehalten werden (161 gegenüber 160). Der Anteil der Absolventinnen und Absolventen der allgemeinbildenden Schulen, die die Fachhochschul- oder Hochschulreife erreicht haben, ist erneut gestiegen und liegt nunmehr bei 61,8 Prozent (Anstieg um 7,4 Prozentpunkte), während der Absolventenanteil, der das System ohne Hauptschulabschluss verlässt, erneut gesunken ist (von 6,6 Prozent im Vorjahr auf nunmehr 4,9 Prozent).<sup>61</sup>

Der schon mehrfach genannte Demografiefaktor, der die Marktlage in den meisten Bundesländern belastet, hat in Hamburg noch keine entscheidenden Auswirkungen. Im Sommer 2013 verließen in Hamburg 14.168 Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden Schulen, was zwar einem Rückgang von 5,8 Prozent oder 872 jungen Menschen entspricht. Allerdings dürfte ein Einmalfaktor nicht ohne Folgen für die Entwicklung am hiesigen Ausbildungsmarkt im Berichtsjahr gewesen sein: Die Zahl der Abgängerinnen und -abgänger aus den Hamburger allgemeinbildenden Schulen am Ende der Sekundarstufe I, also der für die duale Ausbildung wichtigsten Kohorte, war im Sommer 2013 ungewöhnlich niedrig. Zwei Faktoren haben zu dieser Entwicklung beigetragen: Der Hauptgrund ist darin zu sehen, dass die Sekundarstufe I der Stadtteilschulen (in Förderschulen nach Klasse 9) nicht, wie in den Vorjahren, nach den Klassen 9 oder 10, sondern nur nach der Klassenstufe 10 beendet werden kann. Diese Zahl der „Beendiger“ ging daher gegenüber dem Vorjahr von 10.350 um 23,1 Prozent auf 7.956 Schülerinnen und Schüler zurück.<sup>62</sup> Hinzu kommt, dass sich von diesen 7.956 Jugendlichen 4.225 (ca. 53 Prozent; im Vorjahr betrug dieser Anteil erst ca. 48 Prozent) für einen weiterführenden Schulbesuch entschieden haben, sodass lediglich 3.731 Schülerinnen und Schüler von der Schule abgingen; das waren 1.576 oder knapp 30 Prozent weniger als im Vorjahr (5.307). Damit hatte sich der Kreis potenzieller Ausbildungsanfänger merklich verkleinert.

61 Hamburger Schulstatistik Schuljahr 2013/14 (Herausgeber: Behörde für Schule und Berufsbildung); abrufbar unter der URL: [www.hamburg.de/contentblob/4262868/data/as-zeitreihe-schulentlassene-allgemeinbildend.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/4262868/data/as-zeitreihe-schulentlassene-allgemeinbildend.pdf).

62 Da die Auswirkungen der Umstellung der Schulbesuchsregelungen für die Sekundarstufe I ein „Einmal-Faktor“ sein dürften, wird bereits im Sommer 2014 eine Schulabgängerzahl wieder erreicht sein, die näher am Entlasswert des Jahres 2012 liegen dürfte.

Im Landesausschuss für Berufsbildung ist die Vermutung geäußert worden, dass der steigende Anteil der Absolventinnen und Absolventen der Klasse 10, die sich für einen weiterführenden Schulbesuch entscheiden, darauf hindeute, dass auch nicht geeignete Schülerinnen und Schüler in die Oberstufe aufgenommen und damit dem dualen Ausbildungsmarkt entzogen würden. Diese Annahme findet sich nicht bestätigt. Eine Nachverfolgung früherer Jahrgänge (Sonderauswertung der Behörde für Schule und Berufsbildung) hat ergeben, dass die Quote der vorzeitigen Abgänge aus den Stufen 11 und 12 keineswegs hoch bzw. gestiegen ist. In der Jahrgangsstufe 11 der staatlichen Stadtteilschulen haben von 3.877 Schülerinnen und Schüler lediglich 286 und in der Jahrgangsstufe 12 nur 150 von insgesamt 3.452 Schülerinnen und Schüler mit mittlerem Abschluss die Oberstufe vorzeitig verlassen. Deren Anteile mit 7,4 bzw. 4,3 Prozent an der Gesamtschülerzahl sind damit eher niedrig als auffällig hoch. Daher ist davon auszugehen, dass die Stadtteilschulen bei Jugendlichen, die einen höheren Schulabschluss anstreben, prüfen, dass diese auch die entsprechenden Eignungsvoraussetzungen mitbringen.

Auch der Zustrom junger Menschen aus anderen Bundesländern, die in Hamburg eine Berufsausbildung aufnehmen, hält unvermindert an. In absoluten Zahlen ist zwar ein leichter Rückgang an Anfängern festzustellen, die ihren Schulabschluss nicht in Hamburg erworben haben, aber das Verhältnis von Hamburger Ausbildungsstarterinnen und -startern zu solchen aus anderen Bundesländern ist mit etwa 58 zu 42 auf 100 genauso hoch wie im Vorjahr.

Die gemeinsamen Anstrengungen von Behörden, Wirtschaft, Kammern und Gewerkschaften haben vor dem Hintergrund der drohenden Fachkräftelücke in Hamburg an Fahrt aufgenommen. Es besteht Einigkeit darüber, dass nichts unversucht bleiben darf, um möglichst viele Hamburger Jugendliche in Ausbildung und Beschäftigung zu bringen. Gleiches gilt für die ebenfalls einvernehmlich im Aktionsbündnis für Bildung und Beschäftigung initiierten Reformvorhaben am Übergang Schule – Beruf, die dringend benötigt werden, um möglichst allen Hamburger Jugendlichen die Eintrittskarte in eine erfolgreiche Berufsausbildung zu gewähren.

Schließlich leisten auch die von der Stadt finanzierten Programme und Förderanreize einen wichtigen Beitrag, um die Ressource der Schulabgängerinnen und Schulabgänger für die berufliche Qualifizierung möglichst vollständig zu erschließen (siehe oben Abschnitt „Aus Landesmitteln finanzierte Berufsausbildung“).

Um das betriebliche Ausbildungsspektrum für benachteiligte Jugendliche zu erweitern, gewährt die Behörde für Schule und Berufsbildung seit vielen Jahren Ausbildungsbetrieben Zuschüsse nach den „Richtlinien zur Förderung betrieblicher Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche“. Die Zahl der neuen Antragstellungen/Förderfälle hat sich seit 2009 wie folgt entwickelt:

**TABELLE 21:**  
*Anträge und Förderfälle in der betrieblichen Einzelfallförderung*

	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Anträge</b>	472	361	356	316	270
davon Ablehnungen	61	37	68	64	46
geförderter Fälle	411	324	288	252	224
davon männlich	244	198	156	140	134
davon weiblich	167	126	132	112	90
davon Ausländer	159	128	107	98	84

Quelle: BSB, Zuwendungsreferat

Die Behörde für Schule und Berufsbildung hat den erneuten Rückgang zur Förderung von betrieblichen Ausbildungsplätzen für Benachteiligte zum Anlass genommen, gemeinsam mit der Handelskammer und der Handwerkskammer den möglichen Ursachen für diese Entwicklung auf den Grund zu gehen. Grundlage der Erörterung war eine spezifizierte Auflistung der 411 neu bewilligten Förderfälle des Jahres 2009, um diese mit denen des Jahres 2013 (224 Neufälle) zu vergleichen. Dabei hat sich herausgestellt, dass einige Förderfälle aus dem Jahr 2009 sehr kleine Betriebe wie Tankstellen mit weniger als fünf sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrafen. Die beiden Kammern wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Wiedereinkraftsetzung der Ausbildereignungsverordnung AEVO zum 1. August 2009 nach dem Auslaufen von Übergangsregelungen gravierende Folgen für viele Kleinbetriebe hatten. Diese mussten nunmehr den Nachweis erbringen, dass mindestens ein Ausbilder mit der

erforderlichen Ausbildungsberechtigung vorhanden ist. Dazu waren in der Folgezeit viele der bislang ausbildenden Kleinbetriebe nicht in der Lage; dies hatte zur Folge, dass diese Betriebe nicht mehr ausbilden durften und damit auch als potenzielle Antragsteller für die Einzelfallförderung ausfielen. Als weitere Ursache für den Rückgang neu geförderter Ausbildungsverhältnisse wurde – wie bereits im Ausbildungsreport 2013 angedeutet – die geringere Inanspruchnahme dieses Förderinstruments im Rahmen des Angebots QuAS identifiziert. Dagegen ist aus der Sicht der Praktiker die Frage grundsätzlich zu verneinen, dass Verfahrenshindernisse in der Förderung wie umständliche Antragsverfahren etc. für die geringere Inanspruchnahme des Programms verantwortlich sein könnten – mit einer Ausnahme: Die Förderrichtlinien schreiben vor, dass Anträge auf Gewährung von Zuschüssen gemeinsam mit dem gesetzlich vorgeschriebenen Antrag auf Eintragung in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse bzw. in die Lehrlingsrolle bei der Kammer eingereicht werden müssen. Wird dieser Förderantrag nur einen Tag später gestellt, muss er aus formalen Gründen (Fristversäumnis) abgelehnt werden. Die Kammern regten daher an, den Zeitpunkt der Antragstellung etwas flexibler zu bestimmen, z. B. durch eine sog. Soll-Vorschrift. Die Behörde für Schule und Berufsbildung wird diese Anregung aufgreifen und die Förderrichtlinien spätestens zum 1. Januar 2015 entsprechend anpassen.

Die Kammervertreter befürworteten eine Fortführung des Förderprogramms, da es in geeigneten Fällen nach wie vor gute Anreize für Ausbildungsbetriebe böte, trotz der damit verbundenen zusätzlichen Belastungen auch benachteiligte Jugendliche auszubilden. Zudem wirkte sich das Programm auch positiv auf die Bereitschaft aus, Ausbildungsverhältnisse in Teilzeit anzubieten.

Im Jahre 2013 wurden im Rahmen des Programms zur Förderung von Ausbildungsplätzen im Ausbildungsverbund insgesamt fünf Ausbildungsverbünde neu gefördert (2012: 11 Neufälle).

Die Förderprogramme der Behörde für Schule und Berufsbildung haben auch im Jahre 2013 wesentlich dazu beigetragen, dass mit rd. 640 eine erfreulich große Zahl von benachteiligten Jugendlichen in ein duales Ausbildungsverhältnis eintreten konnte.

Das Angebot an trägergestützten Ausbildungsplätzen für benachteiligte Jugendliche im Hamburger Ausbildungsplatzprogramm (HAP) und der Jugendberufshilfe mit insgesamt 392 Plätzen leistete den wesentlichen Beitrag; hinzu tritt die bereits erwähnte Förderung von 224 neuen betrieblichen Ausbildungsverhältnissen für benachteiligte Jugendliche.

Auch im Jahre 2013 konnten die in den Produktinformationen im aktuellen Haushaltsplan wiedergegebenen Zielzahlen für berufliche Maßnahmen erreicht, zum Teil sogar übertroffen werden, wie die nachfolgende Übersicht ausweist:

**TABELLE 22:**  
*Angebote/geförderte Plätze in den von der BSB finanzierten Programmen (2013)*

<b>Maßnahme</b>	<b>Ist-Zahl 2013</b>
Jugendberufshilfe (Neuangebot)	277
Ausbildungsplätze im Hamburger Ausbildungsprogramm (Neuangebot)	247
Förderung von Ausbildungsplätzen für Benachteiligte und in Verbundform	229
QuAS	74
Produktionsschulen	400

Quelle: Behörde für Schule und Berufsbildung

Für die 2013 neu begonnenen außerschulischen Berufsbildungsmaßnahmen wurden knapp 18,4 Mio. Euro aufgewendet. Davon entfallen allein rd. 9,1 Mio. Euro auf die Einrichtung von 392 neuen trägergestützten Ausbildungsplätzen. Weitere Einzelheiten können der Anlage „Plätze und Bewilligungen“ entnommen werden.



## Aktuelle bildungspolitische Themen

### Sicherung der Attraktivität des dualen Systems

Seit mehreren Jahren wird vor dem Hintergrund eines demografiebedingten Rückgangs der Zahl von Schulabsolventinnen und -absolventen teilweise kontrovers diskutiert, ob und in welchem Umfang die deutsche Wirtschaft einen Fachkräftemangel befürchten muss. Angesichts einer als zu niedrig empfundenen Studierendenquote in Deutschland fokussierten sich diese Besorgnisse vorrangig auf Fachkräfte mit Hochschulabschluss – namentlich in den MINT-Berufen.<sup>63</sup> So prognostizierte der Arbeitgeberverband „Gesamtmetall“ noch im Jahre 2011 eine durchschnittliche Deckungslücke von mindestens 20.000 MINT-Kräften pro Jahr.<sup>64</sup> Die Bundesagentur für Arbeit kommt dagegen zu der Einschätzung, dass auch perspektivisch die gestiegenen Ausbildungs- und Studienanfängerzahlen in MINT-Berufen, insbesondere im akademischen Feld, zur Deckung des künftigen Fachkräftebedarfs ausreichen dürften.<sup>65</sup> Die tatsächliche Entwicklung der Studierenden im 1. Hochschulsemester lässt allerdings eher den Schluss zu, dass sichere Prognosen zur künftigen Bedarfsdeckung kaum zu treffen sein werden. DeStatis hat für die vier MINT-Bereiche Informatik, Maschinenbau, Elektrotechnik und Bauingenieurwesen eine Sonderauswertung durchgeführt. Danach stieg die Zahl der Erstsemester in allen vier Bereichen im Jahre 2011 sprunghaft an, um im folgenden Studienjahr im Umfang von minus 2,3 Prozent (Informatik) bis zu minus 11,7 Prozent (Bauingenieurwesen) wieder teilweise deutlich zurückzugehen. Im Studienjahr 2013 setzt dann eine Erholung ein, aber nur in der Informatik wurde – in absoluten Zahlen – das Rekordjahr 2011 übertroffen, wie die nachfolgende Tabelle ausweist.

63 Zu den sog. MINT-Berufen rechnet man **m**athematische, **i**ngenieurwissenschaftliche, **n**aturwissenschaftliche und **T**echnikberufe.

64 Vgl. „Die Entwicklung der MINT-Fachkräftelücke in Deutschland – Zusammenfassung der Ergebnisse“, Abschnitt II. herausgegeben von Gesamtmetall 2009; abrufbar unter der URL: [www.gesamtmetall.de/gesamtmetall/meonline.nsf/id/2222MINT\\_Luecke\\_Zusammenfassung\\_der\\_Ergebnisse](http://www.gesamtmetall.de/gesamtmetall/meonline.nsf/id/2222MINT_Luecke_Zusammenfassung_der_Ergebnisse)

65 „Der Arbeitsmarkt in Deutschland – MINT-Berufe“, S. 24; veröffentlicht von der Bundesagentur für Arbeit, 2014; nur Online abrufbar unter der URL: [www.statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Arbeitsmarkt-Allgemein/generische-Publikationen/Kurzinfo-Frauen-MINT-2013.pdf](http://www.statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Arbeitsmarkt-Allgemein/generische-Publikationen/Kurzinfo-Frauen-MINT-2013.pdf)

TABELLE 23:

Studierende im 1. Hochschulsemester in ausgewählten MINT-Bereichen

Studien-jahr	Informatik		Maschinenbau		Elektrotechnik		Bauingenieurwesen	
	insgesamt	Änd. in %	insgesamt	Änd. in %	insgesamt	Änd. in %	insgesamt	Änd. in %
2009	24.394		36.180		15.123		9.324	
2010	25.882	6,1	36.884	1,9	15.781	4,4	10.715	14,9
2011	33.127	28,0	45.782	24,1	19.723	25,0	12.918	20,6
2012	32.349	- 2,3	41.435	- 9,5	18.315	- 7,1	11.404	- 11,7
2013	33.762	4,4	41.391	- 0,1	18.883	3,1	11.789	3,4

Anderen Prognosen zufolge wird sich weniger auf der akademischen als vielmehr auf der beruflichen Qualifikationsebene eine signifikant große Fachkräftelücke aufbauen. So wird – unter bestimmten Voraussetzungen – erwartet, dass mit dem altersbedingten Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Erwerbsleben bei gleichzeitig leicht steigendem Fachkräftebedarf in diesem Segment bereits in ca. zehn Jahren eine erhebliche Fachkräftelücke entstanden sein wird, die sich mit der Nachwuchsqualifizierung auf gegenwärtigem Niveau bei weitem nicht schließen ließe; sollte sich der Anteil der nachwachsenden Generation, der sich für eine Berufsausbildung entscheidet, noch weiter verringern, dürfte mit massiven Problemen bei Fachkräften mit abgeschlossener Berufsausbildung zu rechnen sein.<sup>66</sup>

66 „Fragen zum Fachkräftemangel in Deutschland“ (Stand: 14.02.2014); veröffentlicht vom unter dem Label „Qualifikation und Berufsfeldprojektionen qube.de“ (QuBe-Projekt) firmierenden Konsortium, bestehend aus dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), dem Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik (FIT) und der Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforchung (GWS), Antwort 5. U.a. abrufbar unter der URL: [www.bibb.de/dokumente/pdf/FAQFachkraeftemangel\\_3Welle\\_V3.pdf](http://www.bibb.de/dokumente/pdf/FAQFachkraeftemangel_3Welle_V3.pdf).

Diese Entwicklung hat der Wissenschaftsrat<sup>67</sup> zum Anlass genommen, Empfehlungen zur Gestaltung des Verhältnisses von beruflicher und akademischer Bildung zu verabschieden, auf die in diesem Abschnitt Bezug genommen wird.<sup>68</sup>

In einem Kurzbericht des BIBB zu Besetzungsproblemen der Ausbildungsbetriebe wird dagegen festgestellt, dass sich der demografische Wandel und der Strukturwandel unter den Schulabsolventen nicht auf alle Branchen, Betriebsgrößenklassen und Regionen nachteilig auswirken werden. Dennoch sei erkennbar, dass vor allem folgende Betriebstypen mit größeren Schwierigkeiten zu rechnen haben, ihre Ausbildungsstellen zu besetzen:

- » Handwerksbetriebe und generell Kleinbetriebe sowie kleinere mittelständische Betriebe,
- » Betriebe mit einem Ausbildungsstellenangebot in Berufen, die von Jugendlichen und jungen Erwachsenen generell nicht ausreichend nachgefragt werden,
- » Betriebe in den neuen Ländern,
- » Betriebe in Regionen, in denen sich die Ausbildungsmarktverhältnisse zunehmend entspannen,
- » Betriebe in Regionen, in denen die Anteile der Schulabgänger mit höheren Abschlüssen zunehmen.<sup>69</sup>

Die beiden letztgenannten regionalspezifischen Merkmale können sich auch auf Hamburg auswirken. Gerade die kleineren Betriebe, zumal dann, wenn sie in Berufen ausbilden (wollen), die nicht oder nicht genügend nachgefragt sind, werden sich etwas einfallen müssen, um die Nachfrageseite stärker anzusprechen als bisher.

67 Der Wissenschaftsrat, getragen vom Bund und den Ländern, berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung.

68 „Empfehlungen zur Gestaltung des Verhältnisses von beruflicher und akademischer Bildung – Erster Teil der Empfehlungen zur Qualifizierung von Fachkräften vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, Wissenschaftsrat April 2014 (im Folgenden zitiert: „Wissenschaftsrat“), abrufbar unter der URL: [www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/3818-14.pdf](http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/3818-14.pdf)

69 Troltsch/Gerhards/Mohr: „Vom Regen in die Traufe? Unbesetzte Ausbildungsstellen als künftige Herausforderung des Ausbildungsstellenmarktes“, BIBB-Report Nr. 19/12, S. 9; abrufbar unter der URL: [www.bibb.de/dokumente/pdf/a12\\_BIBBReport\\_2012\\_19\\_.pdf](http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_BIBBReport_2012_19_.pdf)

Im Kurzbericht des BIBB wird empfohlen, diese Betriebe zugleich davon zu überzeugen, dass ein Ausstieg aus der Berufsausbildung nur auf den ersten Blick die eleganteste Lösung zu sein scheint, weil sich auf diese Weise der spezifische Fachkräftemangel in den betroffenen Branchen weiter zuspitzen würde.

Im Zusammenhang mit der Debatte um die Deckung des Fachkräftebedarfs für die deutsche Wirtschaft wird auch die Frage der Attraktivität des dualen Ausbildungssystems und damit des beruflich geprägten Arbeitsmarkts wieder häufiger aufgeworfen. Diese Diskussion ist nicht ganz neu, war aber lange Zeit nicht mit der erforderlichen Intensität geführt worden, weil zumindest in den alten Bundesländern keine gravierenden Verwerfungen auf dem Ausbildungsmarkt sichtbar waren; so konnte die Wirtschaft in aller Regel ihre Ausbildungsstellen mit aus ihrer Sicht geeigneten Jugendlichen besetzen. In den letzten Jahren hat sich jedoch aus vielfältigen Gründen die Lage auf dem Ausbildungsmarkt für die Wirtschaft spürbar verschlechtert, weil – wie bereits im Abschnitt „Situation auf dem Ausbildungsmarkt“ berichtet – zunehmend festgestellt werden muss, dass in immer mehr Branchen offene betriebliche Ausbildungsstellen unbesetzt bleiben.

Die Attraktivität des dualen Ausbildungssystems bzw. deren Erhaltung wurde bereits vor über 20 Jahren thematisiert. Beispielhaft erwähnt sei ein Beitrag von M. Tessaring aus dem Jahre 1993<sup>70</sup>. Dort heißt es u.a.: „Heute steht das duale System in einer doppelten Konkurrenz: zum einen um die geburtenschwächeren Jahrgänge und zum anderen um Jugendliche und junge Erwachsene mit höheren Bildungsabschlüssen, anderen Aspirationen und Erwartungen. Der demographische Rückgang verstärkt (...) die Ungleichwertigkeit berufspraktischer und schulischer Ausbildung. Darüber hinaus zeigt die Diskussion um das duale System ein weiteres Dilemma: Auf der einen Seite steht sein hoher Modernisierungsgrad und sein internationales Ansehen – auf der anderen die offensichtlich sinkende Nachfrage der Jugendlichen und jungen Erwachsenen.“

Einig sind sich alle Experten nur darin, dass der im Übrigen stark sinkende Arbeitskräftebedarf an Personen ohne Berufsabschluss problemlos gedeckt werden kann. In diesem Segment liegt die Problematik daher auf der Nachfrageseite, die auf die kommenden Anforderungen des Arbeitsmarkts verstärkt vorbereitet werden muss.

70 Tessaring: Das duale System der Berufsausbildung in Deutschland: Attraktivität und Beschäftigungsperspektiven, MittAB 26. Jg./1993; abrufbar unter der URL: [http://doku.iab.de/mittab/1993/1993\\_2\\_mittab\\_tessaring.pdf](http://doku.iab.de/mittab/1993/1993_2_mittab_tessaring.pdf)

### Zunehmendes Interesse am dualen System im Ausland

Im Wettbewerb um die klügsten Köpfe steht die (duale und schulische) Berufsausbildung im schärfer werdenden Konkurrenzkampf mit dem tertiären Bereich (Hochschulausbildung).

Die hohe Attraktivität des dualen Berufsausbildungssystems, das in Deutschland, Österreich und Teilen der Schweiz auf eine längere Tradition zurückblicken kann, wird jedenfalls im deutschen Sprachraum bereits seit Jahrzehnten hervorgehoben. Zu beachten ist, dass sich diese positive Bewertung nicht auf einen Vergleich mit einer hochschulischen Ausbildung bezieht, sondern auf die vielfach verschulten Ausbildungssysteme anderer (europäischer) Länder wie Frankreich.

Die Überlegenheit des dualen Ausbildungssystems liegt im Wesentlichen darin begründet, dass es die Jugendlichen aufgrund seines vergleichsweise sehr hohen betriebspraktischen Ausbildungsanteils realitätsnah qualifizieren kann – mit der Gewähr, dass der erfolgreiche Ausbildungsabsolvent nahtlos auf dem Arbeitsmarkt als „fertige“ Fachkraft sowohl im Ausbildungsbetrieb als auch in anderen branchenzugehörigen Betrieben beschäftigt werden kann. Die Wirtschaft erspart sich damit zeitaufwendige und kostenträchtige Anpassungsqualifizierungen wie Trainee-Programme.

Trotz dieser Vorteile erfuhr das deutsche duale Ausbildungssystem im Ausland zwar ein großes „Besichtigungsinteresse“, aber nur wenige Beifallsbekundungen – im Gegenteil: Das europäische Ausland hat das deutsche Ausbildungssystem vielfach missverstanden als ein System von minderqualifizierten Anlernberufen und es demgemäß lange Zeit für ein Auslaufmodell gehalten. Konsequenterweise hatte daher bis vor kurzem kein Land ernsthaft erwogen, sein verschultes Ausbildungssystem durch ein echtes duales System abzulösen. Dies änderte sich erst, als in Ländern mit einer extrem hohen Jugendarbeitslosigkeit, dazu zählen v.a. Griechenland und Spanien, erkannt wurde, dass das duale Ausbildungssystem einen maßgeblichen Anteil an der vergleichsweise niedrigen Jugendarbeitslosigkeit in Ländern mit einem dualen Ausbildungssystem (Deutschland und Österreich) hat.

**TABELLE 24:**

#### *Arbeitslosenquote (U25) in den EU-Mitgliedsstaaten*

Land/Gebiet	Prozent
Griechenland	59,2
Spanien	54,3
Kroatien	49,2
Italien	41,6
Portugal	36,3
Frankreich	25,6
Irland	24,6
<b>EURO-Zone</b>	<b>23,9</b>
<b>EU</b>	<b>23,2</b>
Vereinigtes Königreich	20,3
Finnland	19,4
Dänemark	12,9
Niederlande	11,3
Österreich	8,9
Deutschland	7,4

Stand: Dezember 2013;

Quelle: Statista GmbH, Hamburg

Die im europäischen Vergleich niedrigen Jugendarbeitslosenquoten in Deutschland (und Österreich) sind keine Zufälligkeiten. Ein wesentlicher Vorteil des dualen Ausbildungssystems wird selten angesprochen, dürfte aber eine erhebliche Rolle spielen: Aufgrund der Vorgaben des Berufsbildungsgesetzes wird das Berufsausbildungsangebot in Deutschland nicht vom Staat, sondern wesentlich von den Sozialpartnern bestimmt. Ein Ausbildungsberuf wird nur neu verordnet oder angepasst, wenn die Sozialpartner entsprechende Anträge an die zuständigen Bundesministerien richten. Damit ist im Grundsatz gewährleistet, dass nicht am Bedarf der Wirtschaft bzw. des Arbeitsmarktes vorbei verordnet wird.

Gleiches gilt für die berufliche Fortbildung: Der Bund kann, wenn ihm seitens der Sozialpartner ein entsprechender Bedarf gemeldet wird, Fortbildungsabschlüsse staatlich anerkennen (§ 53 Abs. 1 BBiG): Soweit der Bund von seinem Ordnungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat, können die zuständigen Stellen (Kammern) auf statutarischer Rechtsbasis Fortbildungsregelungen erlassen (§ 54 Abs. 1 BBiG), die aber nur dann verabschiedet werden können, wenn sich im paritätisch besetzten Berufsbildungsausschuss der zuständigen

Stelle eine Mehrheit findet (Konsensprinzip). Diese Voraussetzung trägt dazu bei, dass der zu regelnde Fortbildungsgang zumindest im örtlichen Zuständigkeitsbereich der zuständigen Stelle zur Bedarfsdeckung benötigt wird. Haben mehrere zuständige Stellen gleichgerichtete Fortbildungsregelungen erlassen, kann der Bund zur Sicherung einer einheitlichen beruflichen Fortbildung eine Rechtsverordnung erlassen, die die Kammerregelungen ersetzt.

Anders bei der Konzeption neuer Studiengänge. Auf der Grundlage der verfassungsrechtlich garantierten Wissenschaftsfreiheit (Art.5 Abs.3 GG) regeln die Hochschulen autonom, ob und welchen Studiengang sie anbieten wollen. Sie können, müssen aber nicht Empfehlungen der Wirtschaft aufnehmen. Die Gewerkschaften sind bei der Einrichtung von Studiengängen überhaupt nicht beteiligt.<sup>71</sup>

### ***Abnehmendes Interesse am dualen System im Inland***

Ein scheinbares Paradoxon scheint sich dagegen in Deutschland selbst zu manifestieren: In dem Maße, wie das duale System im Ausland Nachahmer findet, scheint das Vertrauen in die Attraktivität des dualen Systems in Deutschland, gerade bei leistungsstarken Jugendlichen, allmählich zu schwinden. Dabei ist die Wirtschaft mit den steigenden materiellen Anforderungen einer dualen Ausbildung zunehmend darauf angewiesen, gerade den Personenkreis der leistungsstarken Jugendlichen, also v.a. solche mit Hochschulreife, für eine Berufsausbildung zu gewinnen. Dem aktuellen Berufsbildungsbericht 2014 der Bundesregierung ist zu entnehmen, dass bundesweit gesehen der Anteil der Auszubildenden mit Hochschulzugangsberechtigung nur moderat ansteigt. Betrug dieser im Jahre 2009 noch 20,3 Prozent, so stieg ihr Anteil an den Ausbildungsanfängern im dualen System bis 2012 auf 24,0 Prozent.<sup>72</sup> Auch dieser Wert unterliegt erheblichen regionalen Unterschieden.

71 In seinem nach wie vor maßgeblichen Hochschulurteil vom 29.05.1973 (Az. 1\_BvR\_424/71, veröffentlicht in: BVerfGE\_35, S.79 ff.), wo es um das niedersächsische „Vorschaltgesetz“ ging, stellt das Gericht fest, dass der Staat im Bereich des mit öffentlichen Mitteln eingerichteten und unterhaltenen Wissenschaftsbetriebs durch geeignete organisatorische Maßnahmen dafür zu sorgen hat, dass das Grundrecht der freien wissenschaftlichen Betätigung soweit unangetastet bleibt, wie das unter Berücksichtigung der anderen legitimen Aufgaben der Wissenschaftseinrichtungen und der Grundrechte der verschiedenen Beteiligten möglich ist.

72 Berufsbildungsbericht 2014, a.a.O., S. 28.

Während in Hamburg der Anteil der Ausbildungsanfänger mit Studienberechtigung im Bundesvergleich mit 38,1 Prozent (gefolgt von Nordrhein-Westfalen und Bremen mit 34,6 bzw. 34,3 Prozent) deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt, beträgt dieser in Mecklenburg-Vorpommern 18,4 Prozent, in Sachsen-Anhalt 16,0 Prozent und in Bayern sogar nur 13,0 Prozent.<sup>73</sup> Dieser nur leichte Anstieg der Ausbildungsanfänger mit Studienberechtigung ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass der Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung im Jahre 2010 erstmals die 50-Prozent-Marke erreicht hat.<sup>74</sup>

Das duale Ausbildungssystem als Weg in Beschäftigung und Erfolg scheint v.a. bei den Schulabsolventen mit Hochschulzugangsberechtigung eher weniger zu verfangen. Dafür wird in der öffentlichen Debatte eine Reihe von Gründen genannt, die eine vertiefende Betrachtung verdienen.

Der häufig genannte demografische Faktor scheint für diesen Trend nicht verantwortlich zu sein. Dies indiziert ein Vergleich der Entwicklung der Studienanfängerzahlen mit denen der Ausbildungsanfänger. Zum einen wird deutlich, dass die Zahl aller Studien- und Ausbildungsanfänger seit 2007 um eine Million pendelt – also nicht kontinuierlich abgenommen hat. Zum anderen zeigt die Tabelle, dass die Teilzahl der Ausbildungsanfänger seit dem Jahre 2007 (mit einer Ausnahme 2011) kontinuierlich gesunken und die der Studienanfänger bis 2011 tendenziell gestiegen ist, um seit 2012 im deutlich geringeren Maße zurückzugehen als die Zahl der Ausbildungsanfänger. Relativ gesehen hat der Anteil der Studienanfänger im Jahre 2013 mit 48,8 Prozent an allen Anfängern sogar den für Deutschland jemals ermittelten Höchststand erreicht.

Ein 15-Jahres-Vergleich der Relation Studienanfänger zu Ausbildungsanfängern zeigt eine deutliche Verschiebung der Gewichte. Bis zum Jahre 2000 betrug der Anteil der Studienanfänger an der Gesamtzahl der Studien- und Ausbildungsanfänger nie mehr als ein Drittel. Seit der Jahrtausendwende ändert sich das Bild kontinuierlich: Ab dem Jahr 2011 hat der Anteil der Studienanfänger nahezu den der Ausbildungsanfänger erreicht, wie die nachstehende Tabelle ausweist:

73 Datenreport 2014 des BIBB, a.a.O., S. 150.

74 Statistische Veröffentlichungen der KMK, Dokumentation Nr. 195, S. XVIII – Dezember 2011; abrufbar unter der URL: [www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/Dokumentationen/Dok\\_195.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/Dokumentationen/Dok_195.pdf).

**TABELLE 25:**

*Relation der Studien- und Ausbildungsanfänger in den Jahren 1992-2013*

Jahr	Studien- und Ausbildungsanfänger insgesamt	davon Studienanfänger	Anteil an insgesamt	davon Ausbildungsanfänger	Anteil an insgesamt
2013*	1.037.315	506.632	<b>48,8</b>	530.715	<b>51,2</b>
2012	1.044.741	495.088	<b>47,4</b>	551.272	<b>52,6</b>
2011	1.088.128	518.748	<b>47,7</b>	569.380	<b>52,3</b>
2010	1.004.679	444.719	<b>44,3</b>	559.960	<b>55,7</b>
2009	988.580	424.273	<b>42,9</b>	564.307	<b>57,1</b>
2008	1.013.142	396.800	<b>39,2</b>	616.342	<b>60,8</b>
2007	987.344	361.459	<b>36,6</b>	625.885	<b>63,4</b>
2006	921.120	344.967	<b>37,5</b>	576.153	<b>62,5</b>
2005	906.256	356.076	<b>39,3</b>	550.180	<b>60,7</b>
2004	931.850	358.870	<b>38,5</b>	572.980	<b>61,5</b>
2003	935.138	377.504	<b>40,4</b>	557.634	<b>59,6</b>
2002	931.269	358.946	<b>38,5</b>	572.323	<b>61,5</b>
2001	959.066	344.830	<b>36,0</b>	614.236	<b>64,0</b>
2000	936.649	314.956	<b>33,6</b>	621.693	<b>66,4</b>
1999	922.462	291.447	<b>31,6</b>	631.015	<b>68,4</b>
1998	885.002	272.473	<b>30,8</b>	612.529	<b>69,2</b>
1997	854.962	267.445	<b>31,3</b>	587.517	<b>68,7</b>
1996	841.796	267.469	<b>31,8</b>	574.327	<b>68,2</b>
1995	835.181	262.407	<b>31,4</b>	572.774	<b>68,6</b>
1994	836.028	267.946	<b>32,0</b>	568.082	<b>68,0</b>
1993	849.751	279.631	<b>32,9</b>	570.120	<b>67,1</b>
1992	886.022	290.807	<b>32,8</b>	595.215	<b>67,2</b>

\*) vorläufig

Quelle: DeStatis (Schnellmeldungsergebnisse der Hochschulstatistik zu Studierenden und Studienanfängern – vorläufige Ergebnisse – vom 26.11.2013); eigene Berechnungen BSB

Die in regelmäßigen Abständen wiederkehrende Forderung der OECD an Deutschland, die Studierendenquote deutlich zu erhöhen, scheint demnach Wirkung zu zeigen. Auch Arbeitgeberverbände wie Gesamtmetall schlossen sich dieser Forderung an.<sup>75</sup> Die Zunahme der Studierendenzahlen als solche ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Allerdings sollte die unreflektierte Aufnahme eines Studiums um jeden Preis verhindert werden.

<sup>75</sup> Im bereits zitierten Beitrag „Die Entwicklung der MINT-Fachkräftelücke in Deutschland – Zusammenfassung der Ergebnisse“, Abschnitt III, fordert Gesamtmetall die Bildungspolitik auf, dafür sorgen, dass künftig ein größerer Teil der Abiturienten eines Jahrgangs ein Studium beginnt“.

Die hohen Studienabbrecherzahlen deuten darauf hin, dass viele junge Menschen ein Studium aufgenommen haben, das sie aus verschiedenen Gründen (siehe Ausbildungsreport 2013) nicht haben erfolgreich abschließen können.<sup>76</sup>

<sup>76</sup> Ausweislich des Ausbildungsreports 2013 der BSB haben je nach Studienrichtung bis zu 30 Prozent der Studierenden ihr Studium abgebrochen (siehe dort S. 97 ff.). Einer Statistik von DeStatis zufolge schafft jeder vierte Ersteingeschriebene keinen Hochschulabschluss (siehe „Erfolgsquoten 2012 – Berechnung für die Studienanfängerjahrgänge 2000 bis 2004“, abrufbar unter der URL: [www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Hochschulen/Erfolgsquoten5213001127004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Hochschulen/Erfolgsquoten5213001127004.pdf?__blob=publicationFile)).

Ernstzunehmende Risiken drohen dem dualen Ausbildungssystem auch in struktureller Hinsicht. In den Flächenländern ist es unter ökonomisch noch vertretbaren Bedingungen außerordentlich schwierig, das Fachberufsschulprinzip sowie ein engmaschiges Schulstandortnetz aufrecht zu erhalten. Das kann zur Folge haben, dass ein Auszubildender für die Teilnahme am Berufsschulunterricht sehr lange Wege in Kauf nehmen muss oder nur noch berufsfeldspezifischen anstelle von berufsspezifischen Unterricht erhält – in ungünstigen Fällen womöglich beides. Solche ungünstigen Rahmenbedingungen könnten auch zur Ablehnung bzw. vorzeitigen Beendigung einer dualen Berufsausbildung beitragen.

### Aspekte der Berufswahlentscheidung

Bei der Berufswahlentscheidung eines jungen Menschen spielen viele Einflussfaktoren eine Rolle, die sich zumindest teilweise in den letzten Jahren erheblich gewandelt haben. Genannt sei an dieser Stelle nur, dass – anders als noch vor einigen Jahrzehnten – der einmal erlernte Beruf kein „Lebensberuf“ mehr ist: Vielfach übt man am Ende des Arbeitslebens eine ganz andere Berufstätigkeit aus als beim erstmaligen Eintritt ins Beschäftigungssystem. Demnach waren die Berufswege deutlich klarer vorgezeichnet als heute, was auch an der damaligen Verteilung der unterschiedlichen Schulabschlussquoten sichtbar wird. So lag im Jahre 1970 der Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung bei lediglich 11,4 Prozent, um bis zum Jahre 1985 auf 28,8 Prozent anzusteigen.<sup>77</sup> Die Berufsentscheidung war im Grundsatz auch vorgegeben: Die Hauptschulabsolventen nahmen vielfach eine handwerkliche Lehre auf, die Jugendlichen mit „Mittlerer Reife“ gingen oft in eine kaufmännische Ausbildung und die wenigen Schulabsolventen mit Hochschulzugangsberechtigung nahmen wie selbstverständlich ein Studium auf – damals noch nahezu nach Gusto, da fast alle Studiengänge keine Zulassungsbeschränkungen kannten.

Rund vierzig Jahre später hat sich die Situation völlig verändert: Betrug der Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung zur Jahrtausendwende noch 37,7 Prozent, näherte sich ihr Anteil seit dem Jahre 2011 der 50-Prozent-Marke an – mit weiter steigender Tendenz. Diese Entwicklung ist bildungspolitisch durchaus erwünscht, hat aber auch dazu geführt, dass die Berufswahlentscheidung nicht mehr so einfach zu

treffen ist wie noch im Jahre 1970. Damals ging es im Grundsatz „nur“ um die Entscheidung für eine Berufsausbildung oder ein Studium. Heute haben die Jugendlichen bereits am Ende der Sekundarstufe I eine erste wichtige Frage zu ihrer persönlichen Zukunft zu klären: Sollen sie bereits in eine (schulische oder duale) Berufsausbildung eintreten oder lohnt sich vielmehr der Übertritt in die Sekundarstufe II, um zumindest die Fachhochschulreife zu erwerben. Der Personenkreis, der den zweiten Weg gegangen ist, muss mit dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung eine weitere wichtige Weichenstellung vornehmen: Soll er ein Hochschulstudium aufnehmen oder eine Berufsausbildung beginnen. Hinzu tritt, dass die Anschlussmöglichkeiten nach Beendigung des allgemeinbildenden Schulbesuchs im Vergleich zu 1970 auf ein kaum noch überschaubares Maß gewachsen sind. Während die Zahl der Ausbildungsberufe mit ca. 500<sup>78</sup> nahezu gleich hoch geblieben ist, hat sich allein das Angebot an Studiermöglichkeiten und unterschiedlichen Studienfachrichtungen erheblich ausgeweitet.<sup>79</sup>

Eine wichtige Voraussetzung für die „richtige“ Wahlentscheidung ist das Erkennen von bzw. das Wissen über die eigenen Neigungen, Fähigkeiten und Wünsche – ein Prozess, der nicht erst gegen Ende der Schullaufbahn einsetzen sollte. Sodann muss ermittelt werden, worauf das individuelle Persönlichkeitsprofil am besten passt. Auch dieser Schritt ist heute schwerer zu bewältigen als früher. So unterliegt die Entscheidung für eine Berufsausbildung in einem bestimmten Ausbildungsberuf Unsicherheiten, die u.a. darauf beruhen, dass aufgrund der im ständigen Wandel begriffenen Berufs- und Arbeitswelt praktisch permanent neue Tätigkeits- und Berufsfelder entstehen.

78 Während die Zahl der dualen Ausbildungsberufe auf rd. 350 zurückgegangen ist, hat das Angebot an vollqualifizierenden Berufsfachschulausbildungsgängen deutlich zugenommen. Ausweislich der von der KMK herausgegebenen „Dokumentation der Kultusministerkonferenz über landesrechtlich geregelte Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen“ (Beschluss des Unterausschusses für Berufliche Bildung vom 27.06.2014) werden in Deutschland allein 56 Assistenzberufe mit rd. 230 unterschiedlich ausgestalteten Varianten angeboten; die Dokumentation ist abrufbar unter der URL: [www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen\\_beschluesse/2014/2014\\_06\\_27-Berufsabschluesse-an-BFS.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2014/2014_06_27-Berufsabschluesse-an-BFS.pdf).

79 Ruft man beispielsweise den „Hochschulkompass“ auf, so erhält man die Information, dass es in Deutschland 9.541 Studienangebote gibt. (URL: [www.hochschulkompass.de/studium/studieren-in-deutschland-die-fachsuche.html](http://www.hochschulkompass.de/studium/studieren-in-deutschland-die-fachsuche.html)).

77 Wissenschaftsrat, a.a.O., S 51

Damit einher gehen rasche Veränderungen der Anforderungen an die Jugendlichen in Hinblick auf ihre Qualifikation, was eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf dadurch auszugleichen sucht, dass sie am Ende die berufliche Handlungsfähigkeit des Auszubildenden vermittelt haben soll, die ihn befähigt, gravierende Änderungen seines beruflichen Umfeld zu antizipieren und positiv aufzunehmen. Wenn in diesem komplexen Prozess außerdem noch die Informationslage schwierig ist, dann sind Fehlallokationen unvermeidbar – oder der Zeitpunkt der Wahlentscheidung wird so weit hinausgezögert, dass der betroffene Jugendliche gegen Ende der Klassenstufe 10 noch nicht eindeutig „orientiert“ ist.

Für die Wahlentscheidung des Jugendlichen ist ein wesentlicher, wenn nicht sogar der entscheidende Faktor im persönlichen Umfeld des Jugendlichen angesiedelt, nämlich der Sozialstatus seiner Familie und die damit oft verbundene Erwartungshaltung der Eltern. So haben Befragungen von Studienberechtigten ergeben, dass solche aus akademischen Elternhäusern grundsätzlich mit einer höheren Wahrscheinlichkeit ein Hochschulstudium aufnehmen.<sup>80</sup> Die Unterschiede dürften jedoch nicht erst zu diesem späten Stadium der schulischen Laufbahn offen zu Tage treten. Akademische Elternhäuser bzw. solche, die den höheren Sozialschichten zuzurechnen sind, setzen sich stärker dafür ein, dass ihre Kinder – auch ohne eine entsprechende Grundschulempfehlung – das Gymnasium zu besuchen haben, um anschließend ein Hochschulstudium aufnehmen zu können.<sup>81</sup> Zudem gibt es Hinweise, dass die Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern nicht nur von ihrem Leistungsvermögen, sondern auch von ihrer sozialen Herkunft abhängen: Einer Studie der Universität Mainz zufolge, in der u.a. die Bildungschancen von Grundschulern der Stadt Wiesbaden untersucht wurden, variiert – z. B. bei gleicher Durchschnittsnote 2,0 – die Wahrscheinlichkeit einer Gymnasialempfehlung zwischen

80 Durchgeführt vom DZHW; zitiert bei: Wissenschaftsrat, a.a.O. S. 58.

81 Hierzu sind zahlreiche Untersuchungen mit gleichlautenden Ergebnissen gelangt; genannt sei an dieser Stelle die Studie von Schulze A., Unger R., Hradil S. (Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Institut für Soziologie): „Bildungschancen und Lernbedingungen an Wiesbadener Grundschulen am Übergang zur Sekundarstufe I – Projekt- und Ergebnisbericht zur Vollerhebung der GrundschülerInnen der 4. Klasse im Schuljahr 2006/07“, S. 30 ff., S. 46; herausgegeben von der Projektgruppe Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung, Amt für Soziale Arbeit, Landeshauptstadt Wiesbaden, 2008. Abrufbar unter der URL: [www.uni-mainz.de/presse/downloads/02\\_soziologie\\_uebergangsstudie\\_wiesbaden.pdf](http://www.uni-mainz.de/presse/downloads/02_soziologie_uebergangsstudie_wiesbaden.pdf).

75,5 Prozent in der niedrigsten Bildungs- und Einkommensgruppe und 96,5 Prozent in der höchsten.<sup>82</sup>

Neben dem familiären Umfeld können folgende Umstände das Berufswahlverhalten beeinflussen:

- » Berufswahlentscheidungen der Freunde und Bekannten (in diesem Kontext kann eine Berufswahlentscheidung fatale Folgen haben, wenn z. B. eine Ausbildungsstelle in erster Linie deswegen angetreten wird, weil die Freundin denselben Beruf erlernt).
- » Mediale Vorbilder (seit es diese Unmenge an Fernseh-Kochshows gibt, scheint das Interesse am Beruf Koch gestiegen zu sein)<sup>83</sup>
- » Direkter und indirekter Einfluss digitaler Medien (allein schon das regelmäßige Arbeiten mit Bildschirm, Maus und Tastatur könnte unbewusst eine Neigung zum Ergreifen entsprechender Büroberufe erzeugen).

### Ansätze zur Problemlösung

Beide Entscheidungsstadien des Jugendlichen (nach der 10. Klasse und ggf. nach Erreichen der Hochschulzugangsberechtigung) sind außerordentlich komplex und ohne Hilfe Dritter bzw. von außen kaum zu bewältigen. An dieser Stelle wird ein grundsätzliches Problem sichtbar, nämlich die fehlende bzw. nur rudimentär vorhandene Information und Kenntnis über die mannigfaltigen Möglichkeiten eines Hochschulstudiums oder einer Berufsausbildung. Bei diesem Entscheidungsprozess wird auch deutlich, dass vielen jungen Menschen, aber auch deren Eltern, einige wesentliche Aspekte der Wahlentscheidung nicht präsent sind bzw. vorurteilsbehaftet sind. Ein weit verbreiteter Irrtum, worauf der Wissenschaftsrat hinweist, liegt darin, dass die Aufnahme einer Berufsausbildung nach der Sekundarstufe I einem frühzeitigen Verzicht auf die Option Studium gleichkomme.<sup>84</sup> Dagegen ist kaum bekannt, dass auch über den beruflichen Bildungspfad eine Hochschulzugangsberechtigung erworben werden kann – unter bestimmten

82 Schulze A., Unger R., Hradil S., a.a.O., S. 44 ff. Ferner wird in der Studie festgestellt, dass bei schlechteren Durchschnittsnoten die sozialen Unterschiede noch deutlicher seien: Danach divergierten die Wahrscheinlichkeiten einer Gymnasialempfehlung bei Durchschnittsnote 2,5 zwischen 19,5 Prozent und 70 Prozent, je nach dem, ob das Kind der niedrigsten oder der höchsten Sozialschicht zugehört.

83 Zugleich hat dieser Ausbildungsberuf eine der höchsten Vertragslösungsquoten.

84 Wissenschaftsrat, a.a.O., S. 50, S. 73 f.

Voraussetzungen sogar im Rahmen einer dualen Berufsausbildung.<sup>85</sup> Hinzu tritt eine selten diskutierte denkbare Ursache für das Wahlverhalten junger Menschen: Die ausbildende Wirtschaft fordert in vielen Fällen von den Bewerberinnen und Bewerbern für Ausbildungsstellen ein möglichst „gutes“ Abitur, sodass Bewerbungen von Jugendlichen mit einem niedrigeren Schulabschluss von vornherein aussortiert werden.

Das soziale Umfeld, nicht zuletzt die Eltern oder der engere Familien- und Freundeskreis, ist – wie bereits ausgeführt – der maßgebliche Impulsgeber für die Orientierung und damit letztlich die Berufswahlentscheidung eines jungen Menschen.<sup>86</sup> Auch aus den vorstehend genannten Gründen lautet die Empfehlung häufig: Abitur und Hochschulstudium; eine Berufsausbildung scheidet als Option meist von vornherein aus.

Diesen Rat wird man nicht pauschal in Abrede stellen können, da es eine Reihe von Faktoren gibt, die sich nicht hinwegdiskutieren lassen, aber dennoch differenziert betrachtet werden müssen:

- Das Risiko, (langzeit-) arbeitslos zu werden, ist für einen Arbeitnehmer mit Hochschulabschluss niedriger als für einen mit Berufsabschluss. Allerdings stehen bei weitem nicht alle Akademiker in einem qualifikationsadäquaten Beschäftigungsverhältnis („Ausbildungsinequivalenz von Beschäftigung“). In einer Studie des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI) wird darauf hingewiesen, dass der Unterwertigkeitsanteil immerhin ein Drittel der deutschen Akademiker umfasst – im Übrigen ohne geschlechtsspezifische Unterschiede.<sup>87</sup> Die Autoren des Bildungsberichts 2014 für Deutschland weisen zudem darauf hin, dass der größte Teil der Hochschulabsolventinnen und -absolventen nach unterschiedlich langen Übergangszeiten eine angemessene berufliche Position gefunden hat – allerdings mit der nicht unerheblichen Einschränkung, dass sich in den Arbeitsmarktindikatoren starke fachspezifische Unterschiede zeigen.<sup>88</sup> Das bedeutet, dass

zwar im nivellierenden Durchschnitt gesehen die Arbeitslosenquote dieser Kohorte mit 2,5 Prozent am niedrigsten und damit deutlich günstiger als für Arbeitnehmer mit mittlerem Berufsabschluss (5,0 Prozent) ist, zugleich aber Hochschulabsolventengruppen vorhanden sind, die im deutlich stärkeren Maße von Arbeitslosigkeit betroffen sind als die Gruppe mit mittlerem Abschluss.<sup>89</sup> Für die künftige Entwicklung geht der Wissenschaftsrat davon aus, dass sich der für akademisch qualifizierte Fachkräfte projizierte Angebotsüberhang nicht in einer deutlichen Zunahme von Akademikerarbeitslosigkeit niederschlagen wird; neben Anpassungsreaktionen, die zu einer Veränderung von Tätigkeitsprofilen und Arbeitsprozessen führen können, wird ein Ausgleichsprozess mit den von Engpässen bedrohten mittleren Qualifikationsstufen zu erwarten sein.<sup>90</sup> Das wiederum bedeutet, dass Menschen mit Hochschulabschluss auch in Zukunft zwar tendenziell weniger von Arbeitslosigkeit bedroht sein werden, dies aber möglicherweise um den Preis, keine qualifikationsadäquate Beschäftigung ausüben zu können.

- Die Verdienstmöglichkeiten für Akademiker sind deutlich besser als für Menschen, die über die berufliche Schiene sich zum Meister oder Techniker qualifiziert haben. Dieses Faktum ist ebenfalls differenziert zu betrachten. Der Wissenschaftsrat weist darauf hin, dass beispielsweise unter universitären Studiengängen ein Zahnmedizinstudium einen doppelt so hohen Bruttolohn erwarten lässt wie ein Studium der Sozialen Arbeit; Letzteres weist dabei für männliche Absolventen zudem eine geringere Verdienstperspektive auf als eine kaufmännische Berufsausbildung.<sup>91</sup> Auch für die unterwertig beschäftigten Akademiker gilt, dass sie zwar mehr verdienen als ihre Kollegen in der beruflichen Vergleichsgruppe, aber weniger als ihre bildungsadäquat beschäftigten Examenskollegen.<sup>92</sup>

85 Wissenschaftsrat, a.a.O., S. 50.

86 Wissenschaftsrat, a.a.O., S. 51.

87 Vgl. Boll/Leppin: „Unterwertige Beschäftigung von Akademikerinnen und Akademikern“, S. 8; HWWI-PolicyPaper 75, März 2013; abrufbar unter der URL: [www.hwwi.org/uploads/tx\\_wilpubdb/HWWI-Policy\\_Paper\\_75.pdf](http://www.hwwi.org/uploads/tx_wilpubdb/HWWI-Policy_Paper_75.pdf).

88 Bildung in Deutschland 2014, a.a.O., S. 138

89 Die Daten sind entnommen aus Bildung in Deutschland 2014, a.a.O., S. 136 mit weiteren Nachweisen.

90 Wissenschaftsrat, a.a.O., S. 41 f.

91 Wissenschaftsrat, a.a.O., S. 55 f.

92 HWWI Policy Paper 75, a.a.O., S. 10.



- Wie bereits im Ausbildungsreport 2010 dargelegt, scheint damit ein beruflich Qualifizierter in der Regel mit Vollendung des 35. Lebensjahres am Ende seiner Karriereleiter, da für höherwertige Stellen im Betrieb nicht selten ein (Ingenieur-) Studium vorausgesetzt wird.
- Ein Durchstieg in ein Hochschulstudium ist zwar für den letztgenannten Personenkreis formal möglich, aber in der Praxis wenig realistisch. So kann jemand, der bereits eine Familie zu versorgen hat, nicht auf ein „BAföG-Einkommen“ zurückfallen. Die Erfahrung zeigt, dass die Hochschulen bei der Anrechnung von beruflichen Kompetenzen auf ein Studium in der Prüfung des jeweiligen Einzelfalls nicht selten restriktiv entscheiden. Hamburg hat daher im Rahmen der Hochschulrechtsreform diese Anrechnungsmöglichkeit gesetzlich verankert (§40 Abs. 3 HmbHG).

Der Wissenschaftsrat hat sich in seinen „Empfehlungen zur Gestaltung des Verhältnisses von beruflicher und akademischer Bildung“ mit den hier beschriebenen Problemfeldern intensiv auseinandergesetzt und eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen eingebracht, von denen an dieser Stelle einige herausgegriffen werden sollen. So hält der Wissenschaftsrat eine Informationsoffensive für erforderlich, die das weit verbreitete Vorurteil ausräumt, dass man nur mit einem Hochschulgrad beruflichen Erfolg erreichen könne, und zugleich althergebrachte Zuschreibungen richtigstellt, die die erheblichen Veränderungen sowohl der akademischen als auch der beruflichen Bildung noch nicht wahrgenommen haben. Dies gelte insbesondere für die – allerdings längst nicht erfolgreich abgeschlossenen – Bemühungen um die Gleichwertigkeit von allgemeiner (akademischer) und beruflicher Bildung.<sup>93</sup>

Allerdings tritt in diesem Kontext – neben den Informationsdefiziten bei den wichtigsten Ratgebern der jungen Menschen – ein weiteres Problem offen zu Tage, worauf auch der Wissenschaftsrat hinweist, nämlich die Fülle unstrukturierter, mengenmäßig kaum erfassbarer und teilweise auch widersprüchlicher Informationsquellen. Eine wesentliche Empfehlung des Wissenschaftsrats geht dahin, was in Hamburg bereits umgesetzt wird,

93 Immerhin sind erste Erfolge sichtbar, wie z. B. bei der Zuordnung von beruflichen Weiterbildungsabschlüssen wie Meister und Techniker auf dasselbe Niveau wie der Bachelor-Abschluss.

nämlich mit der Informationsvermittlung bereits in der Schule zu beginnen.<sup>94</sup> Denn nur hier können die gesamten Altersjahrgänge und vor allem diejenigen Jugendlichen erreicht werden, die nicht eigenständig Beratungs- und Informationsangebote nachfragen. Aus Sicht des Wissenschaftsrats bedarf jedoch auch die Beratungsqualität einer Verbesserung. So erfordere die Studien- und Berufsorientierung durch die Schulen entsprechende Kompetenzen seitens der Lehrkräfte, die auch gute Kenntnisse der Berufswelt jenseits des Lehrerberufs umfassen sollten. Ein richtiger Ansatz ist daher die Einbeziehung von erfahrenen Berufsschullehrkräften in die Berufs- und Studienorientierung (BOSO) der allgemeinbildenden Schulen sowie deren Mitwirkung in den BOSO-Teams der Hamburger Stadtteilschulen, in die als weitere Schulexterne auch Beraterinnen und Berater der Jugendberufsagentur einbezogen sind.<sup>95</sup> Daneben rät der Wissenschaftsrat, „Kooperationsplattformen“ zu installieren, die Schulen und Hochschulen, Kammern und Betriebe sowie Arbeitsagenturen zusammenführen. Von großer Bedeutung ist dabei eine enge Vernetzung der jeweils beratend tätigen Personen.<sup>96</sup> Eine solche Vernetzung ist mit der Jugendberufsagentur in Hamburg bereits implementiert, die sich keineswegs nur auf besonders förderungsbedürftige Jugendliche konzentriert. Richtig ist allerdings, dass die Hochschuleseite in die Beratungstätigkeit der Jugendberufsagentur (noch) nicht einbezogen ist.

Auch auf der Seite der ausbildenden Wirtschaft sieht der Wissenschaftsrat Handlungsbedarf. Gerade die Branchen, die bereits heute weniger nachgefragt sind, seien aufgerufen, sich stärker für die Attraktivität ihrer Berufe zu engagieren, wenn sie in Zukunft ihren Bedarf gerade an beruflich qualifizierten Kräften decken wollen. So seien die Betriebe gefordert, von Engpässen

94 Der Wissenschaftsrat, a.a.O., S. 77, spricht sich daher dafür aus, die Berufs- und Studienorientierung (BOSO) in die schulischen Curricula zu integrieren, wie dies u.a. in Hamburg bereits geschehen ist. Er spricht sich allerdings dafür aus, die Beratungs- und Unterstützungsleistungen auch in den gymnasialen Lehrplänen zu verankern, und verweist auf das Beispiel Baden-Württemberg, das im Rahmen des Bildungsplans 2015 ein Schulfach „Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung“ vorsieht.

95 Außerdem empfiehlt der Wissenschaftsrat, a.a.O., S. 78 die neuartigen Anforderungen in der Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern verstärkt zu berücksichtigen, eventuell bereits vorhandene berufliche Vorerfahrungen der Lehrerinnen und Lehrer gezielt für die Berufs- und Studienorientierung zu nutzen und Quereinstiege aus anderen Berufen in die Lehrertätigkeit gezielt zu fördern.

96 Wissenschaftsrat, a.a.O., S. 82.

bedrohte Ausbildungsberufe über entsprechende Löhne, Arbeitsbedingungen und Aufstiegsmöglichkeiten attraktiver zu gestalten.<sup>97</sup> Auf die Notwendigkeit der nachhaltigen Attraktivitätssteigerung gerade der Berufe mit einem bereits heute sichtbaren Fachkräftemangel weist auch die Bundesregierung hin; sie empfiehlt daher, die beruflichen Rahmenbedingungen zu verbessern, um die Beschäftigten auf diese Weise möglichst langfristig an das konkrete Berufsfeld zu binden.<sup>98</sup>

Da sich ein negatives Image nicht von heute auf morgen ändern lässt, sei – so der Wissenschaftsrat – vorausschauendes Handeln gefragt, da derartige Attraktivitätssteigerungen zunächst das Ausbildungsverhalten der Schulabsolventinnen und -absolventen verändern müssen, bevor sie sich mit zeitlicher Verzögerung in einem erhöhten Fachkräfteangebot niederschlagen können.<sup>99</sup>

Die Verbesserung der Attraktivität darf sich nicht allein auf die Optimierung der Ausbildungsbedingungen beschränken. So lassen sich die Gesichtspunkte, die im Rahmen der „Altenpflegeoffensive“ als wichtige Bausteine zur Fachkräftesicherung in der Altenpflege apostrophiert worden sind, nahtlos auf alle Berufe und Branchen übertragen, die bereits mit dem Fachkräftemangel zu kämpfen haben bzw. unmittelbar von diesem bedroht sind.

Kernziele der Vereinbarung zur Altenpflegeoffensive sind:<sup>100</sup>

- » Verstärkte Ausbildungsanstrengungen und bedarfsorientierte Erhöhung der Ausbildungskapazitäten bei Einrichtungen und Schulen
- » Erschließung des Nachqualifizierungspotenzials in der Altenpflege
- » Weiterbildungsförderung durch die Agenturen für Arbeit und Jobcenter
- » Weiterentwicklung der Pflegeberufe
- » Verbesserte Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen im Pflegebereich
- » Vereinbarkeit von Familie und Beruf/Familie und Ausbildung in der Altenpflege
- » Attraktive Arbeitsbedingungen in der Altenpflege

97 Wissenschaftsrat, a.a.O., S. 43

98 Berufsbildungsbericht 2014, a.a.O., S. 63. Diese Aussagen sind zwar auf die Pflegeberufe bezogen, können aber auf alle Berufe übertragen werden, die v.a. aus den genannten Gründen an einem Fachkräftemangel leiden.

99 Wissenschaftsrat, a.a.O., S. 43

100 Vgl. Vereinbarungstext, a.a.O.

- » Gesellschaftliche Bedeutung des Berufsfeldes durch Öffentlichkeitsarbeit fördern
- » Rahmenbedingungen für die Altenpflege verbessern
- » Chancen der (Arbeitnehmer-) Freizügigkeit (in der EU) nutzen.

Auch wird ein vorausschauendes Personalmarketing an Bedeutung gewinnen müssen. Gutes Personal zu finden, ist kein zufälliger, sondern ein steuerbarer Prozess. So wird die in manchen Branchen übliche Berichterstattung über die Qualität eines Dienstleistungsbetriebs nicht nur von potenziellen Kunden, sondern auch von möglichen Bewerbern gelesen und studiert; festgestellte Qualitätsmängel sind dann nicht gerade Werbung für den Betrieb, der eine Stelle zu besetzen hat.

Neben der Gewinnung von Fachkräften erscheint es erforderlich, Strategien zum Halten von Fachkräften im Betrieb, mindestens jedoch im Beruf, zu entwickeln bzw. weiter auszubauen.

Eine niedrige Verweildauer im erlernten Beruf lässt darauf schließen, dass die dortigen Arbeitsbedingungen eher ungünstig sind. Hier wird ein erfolgreiches Personalmanagement ansetzen müssen, um das qualifizierte Fachpersonal auch halten zu können. Ein wichtiges Thema in diesem Zusammenhang ist die Vergütungsfrage. Aber auch andere Faktoren der Wertschätzung sind in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen. So dürfte die aktive Förderung der (beruflichen) Aufstiegs- und Anpassungsfortbildung durch den Arbeitgeber gerade für engagiertes Personal, das auf berufliches Fortkommen Wert legt, ein wichtiges Entscheidungskriterium sein. Je nach Beruf und Branche können unterschiedliche Faktoren dazu beitragen, die Verweildauer im Beruf zu erhöhen. So wird in einer Studie zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in der Altenpflege dem Arbeitsschutz und der Gesundheitsförderung ein zentraler Stellenwert eingeräumt. Ein weiterer wichtiger Aspekt wird darin gesehen, dass gerade engagierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen großen Wert darauf legen, am Arbeitsplatz günstige Bedingungen und Perspektiven vorzufinden, um sich weiterentwickeln zu können.

Weitere wichtige Punkte können sein: Die möglichst rasche (soziale) Eingliederung in den Betrieb oder für berufstätige Eltern die Vereinbarung von flexiblen Arbeitszeiten oder sogar die Bereitstellung eines Kita-Platzes.<sup>101</sup>

### Fazit

Mit dem Wissenschaftsrat ist festzuhalten, dass Deutschland seine Bildungspotenziale bestmöglich ausschöpfen und weiterentwickeln sollte, um einem zumindest mittelfristig drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Dabei ist der Blick vor allem auf die Sicherung von Fachkräften der mittleren (beruflichen) Qualifikationsebene zu richten, da nach den neueren Prognosen in diesem Segment eher eine Deckungslücke zu erwarten ist als auf der akademischen Ebene. Hiervor warnte kürzlich auch die Bundesbildungsministerin mit dem Hinweis, dass die unzureichende Heranbildung qualifizierter Facharbeiter in den nächsten Jahren eine Innovationsbremse für Deutschland sein könne.<sup>102</sup> Noch scheinen nicht alle Möglichkeiten zur Sicherung des Fachkräftebedarfs ausgeschöpft zu sein; allerdings gibt es eine Reihe guter Ansätze, die es fortzuentwickeln und zu vertiefen gilt. So sieht der Wissenschaftsrat die Notwendigkeit, Jugendliche gezielt zur Wahl eines Ausbildungsweges anzuleiten, der ihren Fähigkeiten und Interessen möglichst optimal entspricht. Der Vorsitzende des Wissenschaftsrats, Wolfgang Marquardt, weist in diesem Zusammenhang warnend auf Folgendes hin: „Vermieden werden muss, dass sich die Berufs- bzw. Studienwahl auf Vorurteile oder vordergründige Image- und Prestige Gesichtspunkte stützt. Vor allem bei der grundlegenden Entscheidung zwischen einer Berufsausbildung und einem Hochschulstudium benötigen die Schülerinnen und Schüler gezielte Unterstützung.“<sup>103</sup>

101 Weiterführende Empfehlungen können entnommen werden dem Beitrag „So schließen Sie die Kluft zwischen vorhandenen und benötigten Fachkräften“ aus „Praxiswissen auf den Punkt gebracht“; Quelle: Altenhilfe innovativ, Ausgabe 1/2010, S. 9, veröffentlicht vom Institut für Wirtschaftspublizistik (IWW)  
URL: [www.iww.de/index.cfm?pid=1314&pk=134562&fk=101&spid=1296&spk=10&sfk=101&opv=12179#](http://www.iww.de/index.cfm?pid=1314&pk=134562&fk=101&spid=1296&spk=10&sfk=101&opv=12179#)

102 Entnommen dem Text für eine Rede der Bundesbildungsministerin anlässlich der Beratung des Berufsbildungsbericht 2014 am 22. Mai 2014 im Deutschen Bundestag; abrufbar unter der URL: [www.bmbf.de/pub/reden/M-Rede\\_BT-Berufsbildungsbericht2014\\_002.pdf](http://www.bmbf.de/pub/reden/M-Rede_BT-Berufsbildungsbericht2014_002.pdf)

103 Pressemitteilung Nr. 12 des Wissenschaftsrats vom 14.4.2014; abrufbar unter der URL: [www.wissenschaftsrat.de/index.php?id=1223&L=](http://www.wissenschaftsrat.de/index.php?id=1223&L=)

Der Wissenschaftsrat fordert daher eine systematische Berufs- und Studienorientierung auch in der Sekundarstufe II. Diese müsse berufliche und akademische Ausbildungswege gleichberechtigt vorstellen und jeweils eingehend über die entsprechenden Anforderungen, Beschäftigungsperspektiven und Weiterentwicklungsmöglichkeiten informieren. Ferner schließt sich der Wissenschaftsrat der Forderung an, angesichts des zurzeit vorhandenen „Förderdschungels“ die vielfältigen öffentlich finanzierten Angebote zu systematisieren, u.a. durch Streichung von Dopplungen (in der Regel verschiedener Finanziers), und zu einem einzigen, umfassenden Portal „Bildungsnavigator“ zusammenzuführen. Zudem bekräftigt der Wissenschaftsrat längst diskutierte Handlungsansätze, die nunmehr zügig umgesetzt werden sollten. Genannt seien an dieser Stelle exemplarisch folgende Hauptforderungen:

- » Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen Berufs- und Hochschulbildung in beide Richtungen,
- » Verstärkte Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen auf Studienleistungen, um Redundanzen in den Ausbildungsinhalten zu vermeiden und Zeitverluste gering zu halten,
- » Umgekehrt sind Übergänge von der akademischen in die berufliche Bildung zu erleichtern und stärker auszugestalten.

Der Vorsitzende des Wissenschaftsrats hat es im April 2014 bei der Vorstellung der verabschiedeten Empfehlungen zum Verhältnis von beruflicher und akademischer Bildung auf den Punkt gebracht: „Die Berufsbildung und die Hochschulbildung sind die beiden Beine, auf denen die Leistungs- und Innovationsfähigkeit unseres Landes steht. Beide Beine müssen kräftig sein und beide Beine müssen gut koordiniert voranschreiten, um die wirtschaftliche Entwicklung auch in Zukunft erfolgreich tragen zu können.“<sup>104</sup>

Diesem Ziel dient auch die vom Bundesbildungsministerium ins Leben gerufene Initiative „Chance Beruf“ unter dem Motto „Zukunft der beruflichen Bildung gestalten“. Drei Schwerpunkte sollen zur Stärkung der beruflichen Ausbildung beitragen: So soll die Verbesserung der Schul- und Ausbildungsabschlüsse in Deutschland angestrebt werden, indem die bereits laufende Initiative „Bildungsketten“ erweitert wird und auf die landesspezifischen Bedürfnisse abgestimmte

104 Pressemitteilung Nr. 12 vom 14.4.2014; abrufbar unter der URL: [www.wissenschaftsrat.de/index.php?id=1223&L=](http://www.wissenschaftsrat.de/index.php?id=1223&L=)

Bund-Länder-Vereinbarungen zur Systematisierung der Berufswahlprozesse für alle Schüler und zur Optimierung des Übergangs von Schule in Ausbildung geschlossen werden. Ein weiterer Baustein ist die Verbesserung der Anschlussfähigkeit beruflicher Bildung, welche u.a. mit einer Ausweitung der beruflichen Aufstiegsfortbildung bewirkt werden soll. Schließlich soll die Weiterbildungsbeteiligung deutlich erhöht werden, indem Förderprogramme wie Aufstiegsstipendien, Bildungsprämie und „Meister-BAföG“ fortgesetzt und im Meister-BAföG zusätzliche Fördermöglichkeiten für Bachelor-Absolventen mit Berufserfahrung geschaffen werden.<sup>105</sup>

### **Das juristische Stichwort: Die Behandlung der mündlich zu erbringenden Prüfungsleistung im Prüfungsverfahren**

Die Frage der Behandlung von mündlich zu erbringenden Prüfungsleistungen im Prüfungsverfahren ist seit Inkrafttreten des reformierten Berufsbildungsgesetzes (BBiG) zum 1. April 2005 immer wieder Gegenstand von Diskussionen geworden. Im Hintergrund geht es darum, wie man die teilweise in der Tat aufwendig gewordenen Abschlussprüfungsverfahren schlanker, d. h. ökonomischer gestalten kann, um die ausschließlich ehrenamtlich tätigen Prüfungsausschüsse zeitlich zu entlasten.

#### *Grundsätze für die Bewertung von Prüfungsleistungen*

Ausgangspunkt der Betrachtung ist § 42 BBiG mit folgendem Wortlaut:

„(1) Beschlüsse über die Noten zur Bewertung einzelner Prüfungsleistungen, der Prüfung insgesamt sowie über das Bestehen und Nichtbestehen der Abschlussprüfung werden durch den Prüfungsausschuss gefasst.

(2) Zur Vorbereitung der Beschlussfassung nach Absatz 1 kann der Vorsitz mindestens zwei Mitglieder mit der Bewertung einzelner, nicht mündlich zu erbringender Prüfungsleistungen beauftragen. Die Beauftragten sollen nicht derselben Mitgliedergruppe angehören.

(3) Die nach Absatz 2 beauftragten Mitglieder dokumentieren die wesentlichen Abläufe und halten die für die Bewertung erheblichen Tatsachen fest.“

Nach Auffassung des Gesetzgebers soll § 42 BBiG der Entwicklung in der Prüfungspraxis Rechnung tragen, dass insbesondere Teile der praktischen Prüfung einen erheblichen Prüfungsaufwand erfordern und daher das Engagement der ehrenamtlich tätigen Prüfer/-innen negativ beeinflussen könnten. Aus diesem Grunde ist für bestimmte Bereiche der Abschlussprüfung das Bericht-erstatteprinzip zugelassen worden. Zur Vorbereitung der Beschlussfassung des gesamten Ausschusses soll die Bewertung einzelner Prüfungsleistungen auf mindestens zwei Mitglieder des Prüfungsausschusses delegiert werden. Die Bewertung einzelner Prüfungsleistungen durch die Beauftragten des Prüfungsausschusses ist als Vorbereitung für die abschließende Gesamtbewertung zu verstehen. Absatz 3 legt fest, dass im Falle der Delegation wesentliche Abläufe und erhebliche Tatsachen im Prüfungsablauf zu dokumentieren sind.

Dem liegen folgende Erwägungen zugrunde: Die Bewertung von Prüfungsleistungen ist eine zentrale Aufgabenstellung im Prüfungswesen. Sie gehört daher zum Kernbereich der Prüfungsabnahme, die das BBiG den Prüfungsausschüssen zugewiesen hat. Dementsprechend bestimmt auch § 25 Abs. 1 der Musterprüfungsordnung, dass jede Prüfungsleistung von den Mitgliedern des Prüfungsausschusses getrennt und selbständig zu beurteilen und zu bewerten ist. Das Erfordernis einer eigenständigen Bewertung verlangt die Anwesenheit aller Prüfungsausschussmitglieder (vgl. § 25 Abs. 1 MPO), d.h. die bloße Beschlussfähigkeit des Ausschusses im Sinne von § 41 Abs. 2 BBiG reicht nicht aus.<sup>106</sup> Dementsprechend ist die Verantwortung für die Beurteilung und Bewertung von Prüfungsleistungen des gesamten Prüfungsausschusses und seiner einzelnen Mitglieder nicht delegationsfähig. Dies folgt schon aus dem im Prüfungsrecht allgemeingültigen Grundsatz, dass das Prüfungsgremium (bzw. seine einzelnen Mitglieder) aufgrund persönlicher Wahrnehmungen zu seinem Urteil kommen muss. Dieser Grundsatz ist aus dem in Art. 12 Abs. 1 Grundgesetz (GG) verankerten „Erfordernis der eigenständigen und unabhängigen Urteilsbildung“ abgeleitet; die Wertung des Prüfers ist eine

<sup>105</sup> Einen umfassenden Überblick über die Initiative „Chance Beruf“ liefern die Ergebnisse der einschlägigen Fachtagung am 1./2. Juli 2014 in Berlin, die abrufbar sind unter der URL: [www.jobstarter.de/chanceberuf](http://www.jobstarter.de/chanceberuf).

<sup>106</sup> Bei den heutzutage üblichen dreiköpfigen Prüfungsausschüssen greift diese Bestimmung ohnehin nicht, d.h., der gesamte Prüfungsausschuss muss anwesend sein.

höchstpersönliche Entscheidung, die er innerhalb des ihm gegebenen Beurteilungsspielraums trifft.<sup>107</sup> Diese Regelung hat auch ihren Sinn. Ob eine Prüfungsleistung den Anforderungen entspricht oder nicht, kann nur der zu einem entsprechenden Fachurteil berufene Prüfer nach pädagogischen und fachlichen Kriterien auf Grund seiner Sach- und Fachkenntnis beurteilen.<sup>108</sup>

Im Lichte dieser Grundsätze sind der Delegationsmöglichkeit des § 42 Abs. 2 BBiG Grenzen gesetzt. Nur für Prüfungsleistungen, bei denen der Prüfer die erbrachte Leistung auch dann persönlich zur Kenntnis nehmen und diese selbstständig beurteilen kann, wenn er bei deren Erbringung nicht anwesend ist, kann deren Bewertung (auf zwei Ausschussmitglieder) delegiert werden. Diese Möglichkeit ist bei Prüfungsleistungen gegeben, wo ausschließlich das Ergebnis bewertungsrelevant ist. Hierzu zählen beispielsweise die Prüfungsstücke, z.B. ein Computerprogramm oder ein Holzspielzeug etc. In diesen Fällen ist die Anwesenheit des Prüfers während der Erbringung der Prüfungsleistung entbehrlich, da er sich auch zu einem späteren Zeitpunkt ein eigenes Bild machen kann, um die höchstpersönliche Leistungsbewertung vornehmen zu können. Ähnliches gilt für schriftlich zu erbringende Prüfungsleistungen. Bei deren Anfertigung braucht der Prüfer ebenfalls nicht anwesend zu sein, da er sich später zu jedem beliebigen Zeitpunkt ein höchstpersönliches Urteil über den Inhalt der Klausur bilden kann. Weil das so ist, kann die Erstbegutachtung von nicht mündlich zu erbringenden Prüfungsleistungen dritten Personen übertragen werden, die nicht dem Prüfungsausschuss angehören (§ 39 Abs. 2 BBiG). Klarstellend ist darauf hinzuweisen, dass sich dennoch jedes Mitglied des zuständigen Prüfungsausschusses ein eigenes Bild von der Güte der Prüfungsleistung machen muss, d.h., es genügt nicht, dem Votum des Erstbegutachters „unbesehen“ zu folgen; vielmehr muss der Prüfer sich durch Studium der Klausur selbst von deren Inhalt und der Angemessenheit des Bewertungsvorschlags überzeugen. Denn: Das Votum des Gutachters ist lediglich ein Vorschlag an die Adresse der zur Prüfungsabnahme berufenen Ausschussmitglieder.

<sup>107</sup> Ständige Rechtsprechung; so bereits Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 10.10.2002, Az: 6 C 7/02; veröffentlicht in der NJW 2003, S. 1063 ff.; zuletzt Bundesverwaltungsgericht, Beschluss vom 09.10.2012, Az.: 6 B 39/12, veröffentlicht in NVwZ-RR 2013, S. 44 ff.

<sup>108</sup> Aus diesem Grunde schreibt das BBiG – anders im Übrigen als bei Mitgliedern des Berufsbildungsausschusses der zuständigen Stelle – in seinem § 40 Abs. 1 vor, dass die Mitglieder des Prüfungsausschusses für die Prüfungsgebiete sachkundig und für die Mitwirkung im Prüfungswesen geeignet sein müssen.

Dabei kann das Prüfungsausschussmitglied selbstverständlich auch zum Ergebnis gelangen, das Votum des Gutachters zu bestätigen.

Daraus folgt, dass bewertungsrelevante Prüfungsleistungen nur dann delegationsfähig sind, wenn die an der Abnahme der Prüfungsleistung nicht beteiligten Prüfungsausschussmitglieder in der Lage sind, diese Prüfungsleistung entsprechend den beschriebenen Bewertungsgrundsätzen persönlich zur Kenntnis zu nehmen und selbstständig zu beurteilen.

Eine mündlich zu erbringende Prüfungsleistung lässt sich nur dann persönlich zur Kenntnis nehmen und selbstständig beurteilen, wenn der Prüfer bei deren Erbringung anwesend ist, da die im Falle von Delegationen anzufertigenden Protokolle (§ 42 Abs. 3 BBiG) weder die wesentlichen Abläufe dokumentieren noch die für die Bewertung erheblichen Tatsachen vollständig festhalten können. Hierzu zählen bewertungsrelevante subjektive Kriterien, die nur durch persönliche Wahrnehmungen bewertet werden können, so die Fragen, ob der Prüfling überzeugend geantwortet hat, aufgrund welcher Hilfen er schließlich zu zutreffenden Ergebnissen gelangt ist, etc.

Bei den folgenden sog. Prüfungsinstrumenten wird die Prüfungsleistung mündlich erbracht:<sup>109</sup>

- Fachgespräch
  - » Fallbezogenes Fachgespräch
  - » Auftragsbezogenes Fachgespräch
  - » Situatives Fachgespräch
- Gesprächssimulation
- Präsentation

Diese mündlichen Prüfungsleistungen können auch Teil einer kombinierten Aufgabenstellung sein, die auch andere – nicht mündlich zu erbringende – Prüfungsleistungen beinhaltet.

Ein Sonderfall ist die mündliche Ergänzungsprüfung, auf die im folgenden Abschnitt noch eingegangen wird.

<sup>109</sup> Weitere Nachweise über das „Prüfungsportal“, abrufbar unter der URL: [www.prueferportal.org/html/index.php](http://www.prueferportal.org/html/index.php)

### Abgrenzungskriterium der selbstständigen Prüfungsleistung

Im Zuge der Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelungen ist die Auslegung des Begriffs der „nicht mündlich zu erbringenden Prüfungsleistungen“ i. S. der §§ 39 Abs. 2 und 42 Abs. 2 BBiG umstritten. Insbesondere wird erörtert, ob Fachgespräche im Rahmen der Abschlussprüfung bzw. ob mündliche Ergänzungsprüfungen als mündliche Prüfungsleistung anzusehen und damit nicht an einzelne Mitglieder des Prüfungsausschusses delegierbar seien.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung vertritt die Auffassung, dass die Frage der Delegationsfähigkeit von mündlich zu erbringenden Prüfungsleistungen davon abhängt, ob es sich bei diesen um eigenständige Prüfungsteile mit eigenständigen Prüfungsanforderungen oder nur um integrale Teile einer anderweitig zu erbringenden Prüfungsleistung (z. B. im Rahmen der praktischen Prüfung) handele. Wenn letztere delegationsfähig sei, dann gelte dies auch für die darin enthaltene mündlich zu erbringende Prüfungsleistung. Der Standardkommentar zum BBiG vertritt eine ähnliche Auffassung: Wenn ein mündlich zu erbringender Prüfungsanteil lediglich eine praktische Prüfungsleistung ergänze und im Verhältnis zu ihr eine untergeordnete Rolle spiele, könne man nicht von einer „mündlich zu erbringenden Prüfungsleistung“ sprechen.<sup>110</sup>

Zwei Beispiele sollen verdeutlichen, was gemeint ist: Gemäß § 9 Abs. 3 der Verordnung über die Berufsausbildung zum Kaufmann für Versicherungen und Finanzen/zur Kauffrau für Versicherungen und Finanzen vom 17. Mai 2006 (BGBl. I, S. 1187) ist das Kundenberatungsgespräch Gegenstand der Abschlussprüfung. Bei diesem handelt es sich unstrittig um einen eigenständigen Prüfungsteil mit eigenständiger Bewertung. Diese mündliche Prüfungsleistung ist auch nach Auffassung des Bundesministeriums nicht delegierbar, weil es hier auf die Kommunikationsfähigkeiten der Auszubildenden ankommt und die subjektive und situative Wahrnehmung der Prüfer bewertungsentscheidend ist. Die Abnahme dieser Prüfungsleistung muss daher durch den Prüfungsausschuss in seiner Gesamtheit erfolgen, um den aus Art. 12 Abs. 1 GG abgeleiteten Bewertungsgrundsätzen zu genügen.

Ein Gegenbeispiel enthält § 8 Abs. 3 der Verordnung über die Berufsausbildung zum Kraftfahrzeugmechatroniker/zur Kraftfahrzeugmechatronikerin vom 14. Juni 2013 (BGBl. I, S. 1578), wonach der Prüfling im Prüfungsbe- reich „Kundenauftrag“ drei gleichwertige Arbeitsaufga- ben, die aus mehreren Teilaufgaben bestehen können und Kundenaufträgen entsprechen, bearbeiten sowie hierüber ein situatives Fachgespräch führen soll, das aus mehreren Gesprächsphasen bestehen kann; die Prüfungszeit beträgt fünf Stunden; innerhalb dieser Zeit soll das situative Fachgespräch in insgesamt höchstens 20 Minuten durchgeführt werden. Das Fachgespräch stellt in diesen Fällen keine eigenständige Prüfungsleistung mit selbständiger Bewertung dar, sondern es handelt sich um einen Teil der praktischen Prüfung, der untrennbar mit den zugrunde liegenden Arbeitsaufgaben verbunden ist. Die Arbeitsaufgabe ist unstrittig delegationsfähig, weil ein bei der Erbringung nicht anwesender Prüfer mit den zur Verfügung stehenden Dokumenten etc. auch nachträglich von der Prüfungsleistung persönlich Kenntnis nehmen und die selbstständige Bewertung vornehmen kann. Vor diesem Hintergrund sei es nicht sinnvoll, bei der Durchführung der Arbeitsaufgabe das Berichterstatteprinzip zuzulassen, die Abnahme des dazugehörigen Fachgesprächs jedoch nur durch den gesamten Prüfungsausschuss zu gestatten. Auf den ersten Blick scheinen die vorstehenden Erwägungen zur Selbstständigkeit bzw. Unselbstständigkeit von Prüfungsleistungen zu überzeugen. Die Ausbildungsordnung schreibt jedoch im genannten Beispiel vor, dass bei der Benotung die Bearbeitung der Arbeitsaufgaben mit 70% und das Fachgespräch mit 30% gewichtet werden. Damit ist das Fachgespräch also bewertungsrelevant, u.U. sogar bestehensrelevant; es kann daher nach den oben dargestellten Bewertungsgrundsätzen nicht ordnungsgemäß bewertet werden, wenn nicht der gesamte Prüfungsausschuss anwesend ist.

Ähnliches gilt für die mündliche Ergänzungsprüfung, die auf Antrag des Prüflings dann durchgeführt werden kann, wenn sie für das Bestehen der Abschluss- oder Gesellenprüfung den Ausschlag geben kann. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung sieht in der mündlichen Ergänzungsprüfung einen integralen Bestandteil und keinen eigenen Prüfungsbereich, sodass eine Delegation der Bewertung möglich sei. Dem ist nicht zuzustimmen, zumal die Auffassung des Ministeriums in den einschlägigen Rechtsgrundlagen keine

<sup>110</sup> Herkert/Törtl: Kommentar zum Berufsbildungsgesetz, Rdnr. 35 zu § 39 BBiG (Stand: Juni 2014).

Stütze findet. Die mündliche Ergänzungsprüfung kann erst durchgeführt werden, wenn das Ergebnis der schriftlichen Prüfungsleistung festgestellt worden ist; dies ist nach wie vor Aufgabe des Gesamtausschusses. Demnach ist die mündliche Ergänzungsprüfung – naturgemäß der schriftlichen Prüfung zeitlich nachgelagert – eine eigenständige Prüfungsanforderung mit eigener Bewertung, die von jedem einzelnen Ausschussmitglied selbstständig vorzunehmen ist. Im Übrigen gehen die der gegenteiligen Auffassung zugrunde liegenden prüfungsökonomischen Erwägungen in diesem Fall ins Leere: Wenn der Gesamtausschuss also ohnehin mit der Bewertung einer (nicht genügenden) schriftlichen Prüfungsleistung und der Frage der Durchführung einer mündlichen Ergänzungsprüfung befasst ist, dann ist es nicht konsequent und unverständlich, warum er dann nicht auch die Abnahme der Ergänzungsprüfung als Kollegium durchführen soll, zumal diese stets zeitlich knapp bemessen ist.

Für die Frage der Delegationsfähigkeit mündlich zu erbringender Prüfungsleistungen ist daher das Merkmal selbstständig bzw. nicht selbstständig zu erbringen nicht von Relevanz. Da auch mündlich zu erbringende Prüfungsleistungen stets bewertungsrelevant sind, kann deren Bewertung nicht delegiert werden.<sup>111</sup> Dies entspricht im Übrigen dem Wortlaut des § 42 Abs. 2 BBiG. Wäre es dem Gesetzgeber auf die feinsinnige Differenzierung der mündlich zu erbringenden Prüfungsleistung angekommen, wie sie u. a. das Bundesministerium für Bildung und Forschung vornimmt, dann hätte das Gesetz entsprechend formuliert werden müssen. Dies ist nicht nur unterblieben, sondern es finden sich

111 Dies bestätigt auch der Standardkommentar zum BBiG, a. a. O. In Rdnr. 35 zu § 39 BBiG wird Folgendes ausgeführt: „Verweigert .... ein Prüfungsteilnehmer die Beantwortung von Fragen im Rahmen von situativen Gesprächsphasen, um die dafür vorgesehene Zeit für die Bearbeitung der ´praktischen` Teile der komplexen Arbeitsaufgabe zu nutzen, muss der Prüfungsausschuss die Prüfungsleistung der situativen Gesprächsphasen mit ´null Punkten` bewerten, weil bei dieser geforderten Prüfungsleistung keine Leistung erbracht worden ist“. Damit räumt HERKERT-TÖLTL selbst ein, dass diese zwar unselbstständige, aber mündliche Leistung bewertungsrelevant ist. Eine Nichtleistung mag der Prüfungsausschuss dem von den Delegierten anzufertigenden Protokoll entnehmen können. Haben aber situative Gesprächsphasen stattgefunden, dann kann sich der bei der Abnahme der Leistung nicht anwesende Teil des Prüfungsausschusses kein persönliches Bild machen und eine eigenständige Beurteilung abgeben.

keinerlei Hinweise in der Gesetzesbegründung, die die Auffassung des Bundesministeriums stützen, das immerhin den Referentenentwurf des Gesetzes selbst formuliert hat.

**Ergebnis:** Mündliche Prüfungsleistungen müssen auch zukünftig vom Prüfungsausschuss selbst abgenommen werden. Damit wird zugleich sichergestellt, dass sich der Prüfungsausschuss auch in seiner Gesamtheit einen Eindruck vom Prüfling verschaffen kann.

#### Exkurs: Nutzen des Berichterstatterprinzips

Der praktische Nutzen des Berichterstatterprinzips, namentlich die gedachte entlastende Wirkung, ist nicht erkennbar, weil das Gesetz die Zulassung des Berichterstatterprinzips an zwei Bedingungen knüpft: Zur Vorbereitung der Beschlussfassung des gesamten Ausschusses darf die Bewertung einzelner Prüfungsleistungen nur auf mindestens zwei Mitglieder des Prüfungsausschusses delegiert werden. Diese müssen gemäß § 42 Abs. 3 BBiG die „wesentlichen Abläufe dokumentieren und die für die Bewertung erheblichen Tatsachen feststellen“. Dieses Protokoll ist Grundlage für die ohnehin erforderliche Beschlussfassung des gesamten Prüfungsausschusses zur abschließenden Gesamtbewertung (vgl. § 42 Abs. 1 BBiG). Zu beachten ist, dass das Protokoll sehr sorgfältig zu erstellen ist, da es Grundlage für Beschlüsse des Gesamtausschusses zur Bewertung einzelner Prüfungsleistungen ist und ihm als Urkunde eine wichtige Beweisfunktion zukommt, falls es zu einer Anfechtung der Prüfungsentscheidung kommen sollte. Damit ist der Zeitaufwand zur Protokollerstellung nicht zu gering einzuschätzen.

Bedenkt man, dass bundesweit nahezu flächendeckend nur Prüfungsausschüsse mit der gesetzlichen Mindestzahl von drei Mitgliedern tätig sind, dürfte die in der Gesetzesbegründung hervorgehobene Zeitersparnis, die das Berichterstatterprinzip (mindesten zweiköpfig!) bringen soll, wegen der Dokumentationspflicht und der Notwendigkeit, anschließend den Gesamtausschuss zur Bewertung der Prüfungsleistung zusammenholen zu müssen, eher geringer ausfallen, wenn nicht sogar auf null reduziert sein.

## Ausblick 2014

### Prognose 2014

Gegenläufige Entwicklungen in der Wirtschaft und das Fehlen aussagekräftiger Daten erschweren verlässliche Prognosen zur Entwicklung des Ausbildungsmarkts im Jahr 2014. Trotz leichter konjunktureller Abkühlung hat sich die deutsche Wirtschaft im europäischen Vergleich auch 2013 zwar gut behauptet, dennoch hat sich das Wachstum des realen deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) erneut abgeschwächt. Deutschland als Exportnation ist im besonderen Maße von der wirtschaftlichen Entwicklung des EU-Raums abhängig. Da bei den maßgeblichen Volkswirtschaften wie Frankreich oder Italien eher mit einer Stagnation zu rechnen ist, ist nicht sicher, ob der wirtschaftliche Aufschwung im erhofften Maße eintreffen wird. Wichtig wird daher auch die Entwicklung weiterer wichtiger Importeure deutscher Waren etc. sein wie die USA oder China. Etwas günstiger als noch vor Jahresfrist beurteilt die Bundesbank die Aussichten für die deutsche Wirtschaft. Für das Jahr 2014 geht sie davon aus, dass die deutsche Wirtschaft um knapp 2% expandieren wird, während in den beiden Folgejahren das Tempo zwar allmählich nachlasse, dennoch mit Wachstumsraten des BIP von 2,0 Prozent im Jahr 2015 und noch 1,8 Prozent im Jahr 2016 zu rechnen sei, führen.<sup>112</sup> Die Weltbank war zur Jahreswende 2013/14 noch von einem globalen Wirtschaftswachstum von 3,2 Prozent ausgegangen, was sie aber in jüngster Zeit um 0,4 Prozentpunkte nach unten korrigierte. Maßgebliche Faktoren für die pessimistischere Einschätzung der Weltkonjunktur sind der ungewöhnlich strenge Winter in den USA und die Ukraine-Krise.<sup>113</sup> Zur Entwicklung des deutschen Ausbildungsmarkts im Ausbildungsjahr 2014/15 hat das BIBB auf der Grundlage seines Prognoseinstruments PROSIMA zwei Prognosen veröffentlicht, die nicht unerheblich voneinander abweichen.<sup>114</sup>

112 Vgl. Monatsbericht Juni 2014, S. 11, herausgegeben von der Deutschen Bundesbank, abrufbar unter der URL: [www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Monatsberichte/2014/2014\\_06\\_monatsbericht.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Monatsberichte/2014/2014_06_monatsbericht.pdf?__blob=publicationFile).

113 Meldung des „Handelsblatts“ vom 13. Juni 2014, abgerufen unter der URL: [www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/konjunkturprognose-weltbank-schmaelert-wegen-ukraine-den-ausblick/10018344.html](http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/konjunkturprognose-weltbank-schmaelert-wegen-ukraine-den-ausblick/10018344.html)

114 Nähere Erläuterungen enthält der Berufsbildungsbericht 2014, a.a.O., S. 31 f.

Eine Alternative legt günstige Rahmendaten zugrunde (insbesondere ein starkes Wirtschaftswachstum), die belastende Kriterien wie die nicht nur demografisch bedingte sinkende Nachfrage ausgleichen, sodass mit einem Ausbildungsplatzangebot der Betriebe zu rechnen sei, das dem des Vorjahrs etwa gleiche (die sog. Punktprognose liegt bei 567.100, was einem leichten Anstieg um rund 2.900 Angebote gegenüber dem Vorjahr entspräche). Hinsichtlich des maßgeblichen Marktindicators, der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, erwartet das BIBB auf dieser Prognosegrundlage einen moderaten Rückgang von gut 4.000 Neuverträgen auf 526.600. Das zweite Szenario geht von einem höheren Gewicht der negativen Effekte einer sinkenden Nachfrage aus, die auf die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe einwirken könnte. Auf dieser Grundlage wäre ein Rückgang des Angebotspotenzials wahrscheinlich: Für die Punktprognose des Ausbildungsangebots veranschlagt PROSIMA in diesem Fall nur noch 555.100 Ausbildungsplätze, dies wären 9.100 Plätze weniger als in 2013. Das Vertrauensintervall liegt dabei zwischen 536.500 und 573.700 Angeboten. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge würde auf einen Wert zwischen 508.800 und 535.000 oder einen Mittelwert von 521.900 sinken, was einem Rückgang von über 8.800 Neuverträgen oder 1,7 Prozent entspräche.<sup>115</sup> PROSIMA trifft seine Vorausschätzungen immer auf Basis der Erfahrungswerte aus der Vergangenheit. Es ist also durchaus möglich, das Ergebnis durch gezielte Aktivitäten zu beeinflussen. Wie schon im Vorjahr ist daher darauf hinzuweisen, dass die Prognose für 2014 nicht als selbsterfüllende Prophezeiung missverstanden werden sollte, sondern eher als Anreiz, die bisherigen Anstrengungen weiter zu intensivieren, um alle Potenziale für die duale Berufsausbildung zu nutzen.

Auf Nachfragerseite ist danach im Jahre 2014 sowohl mit einem Rückgang der nichtstudienberechtigten, als auch der studienberechtigten Schulabgänger und Schulabgängerinnen zu rechnen.

Die Zahl der nichtstudienberechtigten Schulabgänger und Schulabgängerinnen wird bundesweit um 8.400 (-1,5 %) auf 546.600 sinken.

115 Sämtliche Zahlen – mit Ausnahme des Mittelwerts an Neuverträgen gemäß der zweiten Prognosevariante – sind dem Berufsbildungsbericht, a.a.O., S. 31 f. entnommen.



Angemerkt sei, dass der Rückgang dabei allein auf die alten Länder zurückzuführen ist (-10.800 bzw. -2,2 Prozent). In den neuen Ländern nimmt die Zahl der nichtstudienberechtigten Schulabgänger im Vergleich zum Vorjahr leicht zu (+2.400 bzw. +3,4 %).

Eine zusammengefasste Jahres-Ausbildungsumfrage des DIHK war bis Redaktionsschluss für 2014 nicht erhältlich, sodass für das wichtigste Ausbildungssegment Industrie und Handel auf regionale Veröffentlichungen zurückgegriffen werden musste. Die Ergebnisse der IHK-Arbeitsgemeinschaft Niedersachsen dürften bezüglich ihrer Grundaussagen auf andere Regionen in Deutschland übertragbar sein. Die wichtigste Botschaft vorweg: Die Zahl der Betriebe, die im Jahre 2014 weniger ausbilden wollen, ist gegenüber dem Vorjahr mit einem Anteil von 19,2 Prozent praktisch gleich geblieben (plus 0,3 Prozentpunkte); allerdings hat sich der Anteil der Betriebe, die ihr Ausbildungsengagement gegenüber dem Vorjahr erhöhen wollen, deutlich ermäßigt (von 17,2 auf 14,3 Prozent).<sup>116</sup> Dieser insgesamt leichte Angebotsrückgang im Bereich Industrie und Handel korrespondiert tendenziell mit der Prognose des BIBB. Angesichts dieser Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt sollte sich in 2014 der Rückgang der Anfängerzahlen im Übergangsbereich Schule – Berufsausbildung fortsetzen. Dies gilt sowohl für den Bundesdurchschnitt als auch für die meisten der 16 Bundesländer. Bundesweit mündeten im vergangenen Jahr „nur noch“ rund 258.000 junge Menschen in Maßnahmen des Übergangsbereichs ein, wobei der Rückgang mit 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr erstmals nur sehr schwach ausgeprägt war.<sup>117</sup> Hauptgrund für diese Entwicklung ist der demografische Wandel. Zum Teil deutliche Unterschiede zeigen sich jedoch zwischen West- und Ostdeutschland sowie zwischen Stadt- und Flächenstaaten.

Der in den Vorjahren erkennbare Trend auf dem Ausbildungsmarkt zu einem höheren Ausbildungsplatzangebot bei zugleich stagnierender Bewerberzahl hat sich nach den Daten der Arbeitsverwaltung nicht fortgesetzt. Ende September des Berichtsjahrs waren bei den Dienststellen der BA 600 Bewerberinnen und Bewerber mehr als Ende September 2012 registriert, während die Zahl der

gemeldeten Stellen gleichzeitig um 12.600 gesunken ist – mit der Folge, dass der Bewerberüberhang im Jahr 2013 mit 56.700 gegenüber dem Vorjahr (42.791) weiter stark angestiegen ist. Vor diesem Hintergrund erscheint die in jüngerer Zeit häufiger geäußerte Bewertung, der Markt habe sich zu einem Bewerbermarkt gedreht, in dieser Allgemeinheit nicht zutreffend. Für leistungsstärkere Jugendliche haben sich die Rahmenbedingungen erheblich verbessert: Sie können wieder häufiger im Wunschberuf den Wunschbetrieb für eine Berufsausbildung auswählen. Deren Zahl scheint jedoch bei bundesweiter Betrachtung im Sinken begriffen, was von der ausbildenden Wirtschaft mit einiger Besorgnis zur Kenntnis genommen wird. Bereits im BIBB-Qualifizierungspanel 2012 wird darauf hingewiesen, dass jeder zweite Betrieb davon ausgeht, bald Besetzungsprobleme zu haben. Im BIBB-Qualifizierungspanel 2013 gaben sogar 40 Prozent der befragten Betriebe an, ihre Ausbildungsstellen teilweise oder vollständig nicht besetzen zu können. Damit ist die Zahl dieser Betriebsgruppe um drei Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr gewachsen. Neben dem demografischen Faktor sehen die Betriebe vielfach als Problem das Fehlen geeigneter Bewerberinnen und Bewerber, die über die erforderlichen Grundkenntnisse, aber auch über eine fundierte Berufsorientierung verfügen.<sup>118</sup> Schon lange wird, auch im Hinblick auf die Verknappung von nachrückenden Arbeitskräftepotenzialen aufgrund des demografischen Wandels, angemahnt, dass Betriebe ihre Rekrutierungsstrategien ändern müssen. Sie werden in Zukunft auch schwächeren Aspirantinnen und Aspiranten eine Chance geben und Perspektiven eröffnen müssen, um ihre Stellen füllen zu können. Hier scheint jedoch allmählich ein Prozess des Umdenkens in Gang zu kommen. Nach dem bereits zitierten BIBB-Qualifizierungspanel können sich etwa zwei Drittel der Betriebe vorstellen, Qualifizierungsmaßnahmen, wie etwa die Nachqualifizierung von jungen Menschen, durchzuführen, um auch schwächere Jugendliche zum Ausbildungserfolg zu führen.<sup>119</sup>

Neben dem immer wieder ins Feld geführten demografischen und gut belegten Faktor wird neuerdings die Auffassung vertreten, dass sich Abiturientinnen und Abiturienten vermehrt für die Aufnahme eines Studiums und damit gegen eine duale Berufsausbildung entscheiden. Untersetzt wird diese These mit dem Hinweis darauf,

116 IHK-Ausbildungsumfrage 2014 Ergebnisse für die niedersächsischen IHKn und die IHK Hannover, Frage 11.1, abrufbar unter der URL: [www.hannover.ihk.de/fileadmin/data/Dokumente/Themen/Aus-\\_und\\_Weiterbildung/Ausbildung/140414\\_Ausbildungsumfrage2014\\_Ergebnisse\\_Niedersachsen\\_Hannover.pdf](http://www.hannover.ihk.de/fileadmin/data/Dokumente/Themen/Aus-_und_Weiterbildung/Ausbildung/140414_Ausbildungsumfrage2014_Ergebnisse_Niedersachsen_Hannover.pdf)

117 Weitere Nachweise: Berufsbildungsbericht 2014, S. 38 f., a.a.O.

118 Siehe hierzu „IHK-Online Unternehmensumfrage – Vergleich Hamburger Ergebnisse 2012/2013“, Handelskammer Hamburg.

119 Auch dies bestätigt die „IHK-Online Unternehmensumfrage“.

dass sich heute jeder zweite Schulabgänger mit Studienberechtigung für ein Hochschulstudium entscheidet, während dies im Jahr 2000 nur jeder Dritte getan habe.<sup>120</sup>

Zur Überprüfung dieser Aussage kann der Bildungsbericht 2012 herangezogen werden.<sup>121</sup> Er bestätigt tatsächlich, dass die Studienanfängerquote von 33,5 Prozent entsprechend 314.539 Personen im Jahre 2000 auf 45,2 (44,9 Prozent – bereinigt um den „G8-Faktor“)<sup>122</sup> entsprechend 444.608 gestiegen ist.<sup>123</sup> Hinzu tritt, dass im selben Zehnjahreszeitraum die Quote der Schulabgängerinnen und -abgänger, die eine Studienberechtigung erworben haben, ebenfalls deutlich gestiegen ist, nämlich von 347.539 oder 37,2 Prozent auf 458.362 entsprechend 49,0 Prozent (bereinigt um den „G8-Faktor“: 48,5 Prozent).<sup>124</sup> Diese Entwicklungstendenzen können zu einer sich verschärfenden Konkurrenzsituation zwischen beruflicher Ausbildung und Hochschulstudium führen – zu Lasten der Ersteren. Diese für die Berufsausbildung kaum wünschenswerte Entwicklung muss nicht eintreten, wenn nämlich die bereits seit Jahrzehnten vergeblich geforderte Verständigung auf eine Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung endlich stattfindet, wie sie nunmehr auch der Wissenschaftsrat einfordert. Die Bedingungen für eine Annäherung haben sich in den letzten Jahren deutlich verbessert, da die Berufsbilder neuerer Ausbildungsberufe vielfach anspruchsvolle Theorieanteile enthalten und immer mehr Studiengänge mit einer stärker ausgeprägten beruflichen Ausrichtung entwickelt worden sind. Der Arbeitsmarkt jedenfalls braucht Fachleute beider Qualifizierungswege.

120 Vgl. iw-dienst (iwd) Nr. 18 vom 2. Mai 2013, herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft, Köln, abrufbar unter der URL: [www.iwkoeln.de/de/infodienste/iwd/archiv/beitrag/ausbildungsmarkt-bewerber-gesucht-110276](http://www.iwkoeln.de/de/infodienste/iwd/archiv/beitrag/ausbildungsmarkt-bewerber-gesucht-110276).

121 „Bildung in Deutschland 2012“, Konsortium Bildungsberichterstattung, im Auftrag der KMK und des BMBWF, S. 124 ff. Abrufbar unter der URL: [www.bildungsbericht.de/daten2012/bb\\_2012.pdf](http://www.bildungsbericht.de/daten2012/bb_2012.pdf).

122 Mit dem „G8-Faktor“ werden die doppelten Abiturjahrgänge umschrieben, die die Abiturientenzahl des Betrachtungs- bzw. Statistikjahrs einmalig in etwa verdoppeln, was bei einer Langfristbetrachtung berücksichtigt werden muss, um plausible Datenreihen zu erhalten.

123 Bildung in Deutschland 2012“, a.a.O., Tabelle F1-2A, S. 295.

124 Bildung in Deutschland 2012“, a.a.O., Tabelle F1-4A, S. 297.

## Situation in Hamburg

### Prognose 2014

Gemessen am wichtigsten Marktindikator zur Beurteilung der Ausbildungssituation, der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, könnte sich die Lage in Hamburg nach den von den beiden großen Kammern gemeldeten Eintragungsständen per Ende Juli 2014 günstiger gestalten als in Deutschland insgesamt, d.h., gegen die Bundesprognose ist eine leichte Erhöhung der Neueintragungen, zumindest aber ein Gleichstand zum Vorjahresergebnis möglich. Die Handelskammer Hamburg meldete zum genannten Stichtag 7.684 neue Ausbildungsverträge- und damit geringfügiges Plus um 12 Neuabschlüsse (plus 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr) und die Handwerkskammer Hamburg registrierte 1.551 Neueintragungen; dies sind 75 Neuverträge oder 5,1 Prozent mehr als zum Vorjahresstichtag ermittelt worden war (1.476).<sup>125</sup>

Der in den Vorjahren erkennbare Trend auf dem Ausbildungsmarkt zu einem steigenden Ausbildungsplatzangebot bei zugleich stagnierender Bewerberzahl hat sich nach den Daten der Arbeitsverwaltung nicht fortgesetzt. Ausweislich der Monatsstatistik (Juli 2014) für den Ausbildungsstellenmarkt Hamburg ist im Vorjahresvergleich der Bestand an unbesetzten Berufsausbildungsstellen recht deutlich zurückgegangen (von 3.481 auf 3.181 oder um 8,6 Prozent), während die Zahl der „unversorgten“ Bewerberinnen und Bewerber von 3.388 auf 3.724 (entsprechend 9,9 Prozent) signifikant gestiegen ist.<sup>126</sup> Damit ist die Zahl der „unversorgten“ Bewerber erstmals wieder größer als die Zahl unbesetzter Ausbildungsstellen. Vor diesem Hintergrund erscheint

125 Vgl. Pressemeldung der Handelskammer Hamburg „Engagement der Unternehmen beim Ausbildungsbeginn weiter auf hohem Niveau“ vom 31.07.2014, abrufbar unter der URL: [www.hk24.de/servicemarken/presse/pressemeldungen/2992554/Engagement\\_der\\_Unternehmen\\_beim\\_Ausbildungsbeginn\\_weiter\\_auf\\_ho.html](http://www.hk24.de/servicemarken/presse/pressemeldungen/2992554/Engagement_der_Unternehmen_beim_Ausbildungsbeginn_weiter_auf_ho.html).

Ferner: Pressemitteilung der Handwerkskammer Hamburg „Hamburger Handwerksbetriebe bilden weiter auf hohem Niveau aus“ vom 31.07.2014, abrufbar unter der URL: [www.hwk-hamburg.de/aktuelles/ansicht/datum/2014/07/31/hamburger-handwerksbetriebe-bilden-weiter-auf-hohem-niveau-aus.html](http://www.hwk-hamburg.de/aktuelles/ansicht/datum/2014/07/31/hamburger-handwerksbetriebe-bilden-weiter-auf-hohem-niveau-aus.html)

126 Quelle: Der Ausbildungsstellenmarkt im Juli 2014 (Agentur für Arbeit Hamburg); Download unter: [www.arbeitsagentur.de/web/wcm/idc/groups/public/documents/webdatei/mdaw/mjm3/~edisp/16019022dstbai677137.pdf?\\_ba.sid=L6019022DSTBAI677157](http://www.arbeitsagentur.de/web/wcm/idc/groups/public/documents/webdatei/mdaw/mjm3/~edisp/16019022dstbai677137.pdf?_ba.sid=L6019022DSTBAI677157).

die in jüngerer Zeit häufiger geäußerte Bewertung, der Markt habe sich zu einem Bewerbermarkt gedreht, jedenfalls für Hamburg nicht zutreffend. Der Löwenanteil am Gesamtbestand der unbesetzten Berufsausbildungsstellen entfällt mit 1.453 unbesetzten Stellen allein auf die „Top-Ten-Berufe“, wie die nachstehende Tabelle ausweist.

**TABELLE 26:**  
*Top 10 der offenen Ausbildungsstellen in Hamburg*

Rang	Ausbildungsberuf	Anzahl
1	Einzelhandelskaufleute	274
2	Friseur/in	161
3	Verkäufer/in	152
4	Bankkaufmann/-frau	139
5	Kaufmann/-frau – Büromanagement	128
6	Koch/Köchin	88
7	Fachkraft Lagerlogistik	78
8	Elektroniker/in Energie/Gebäudetechnik.	72
9	Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r	72
10	Fachverkauf Lebensmittelhandwerk – Bäckerei	71

Quelle: „Der Ausbildungsstellenmarkt im Juli 2014 (Agentur für Arbeit Hamburg)“, a.a.O.

Gegenüber dem Vorjahr hat es demnach keine signifikanten Änderungen gegeben: Nahezu unverändert entfielen auch im Juli 2014 über 35 Prozent der offenen Stellen auf zehn Ausbildungsberufe. Wie im letzten Jahr liegen die Stellenangebote im Beruf Einzelhandelskaufleute an der Spitze. Sieben weitere Berufe – teilweise lediglich an anderer Rangstelle – waren im Vorjahr ebenfalls schon vertreten. Neu hinzugekommen sind die Kaufleute für Büromanagement, ein Ausbildungsberuf, dessen Ausbildungsordnung erst zum 1. August 2014 in Kraft getreten ist, sowie die Zahnmedizinischen Fachangestellten; sie ersetzen die Anlagenmechaniker/-innen Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik sowie die Fachleute für Systemgastronomie.

Bemerkenswert erscheint, dass fünf der in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Ausbildungsberufe auch zu den zehn am stärksten von den unversorgten Bewerberinnen und Bewerbern nachgefragten Ausbildungsberufen zählen:

**TABELLE 27:**  
*Top 10 der von „Unversorgten“ nachgefragten Ausbildungsstellen in Hamburg*

Rang	Ausbildungsberuf	Anzahl
1	Einzelhandelskaufleute	324
2	Verkäufer/in	299
3	Medizinische/r Fachangestellte/r	189
4	Kfz-Mechatroniker/in	151
5	Kaufmann/-frau – Büromanagement	146
6	Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r	91
7	Tischler/in	88
8	Industriemechaniker/in	81
9	Bürokaufleute	80
10	Fachlagerist/in	76

Quelle: „Der Ausbildungsstellenmarkt im Juli 2014 (Agentur für Arbeit Hamburg)“, a.a.O.

Damit konzentrieren sich über 40 Prozent der Berufswünsche der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber auf lediglich zehn Ausbildungsberufe, was – wie bereits im Abschnitt „Aspekte der Berufswahlentscheidung“ erläutert – darauf hindeutet, dass die breite Palette der weit über 200 in Hamburg angebotenen anerkannten Ausbildungsberufe weithin nicht bekannt sein dürfte. Angesichts des vorläufigen Neueintragsstands könnte sich zum Stichtag des 30. September eine Konsolidierung des Ausbildungsmarkts einstellen, d.h., ein weiterer Rückgang an neu besetzten Ausbildungsstellen ist nicht zu erwarten. Auch hat der demografische Faktor, der die Ausbildungsstellenmärkte der meisten übrigen Bundesländer bereits erheblich belastet, in Hamburg bislang kaum negative Wirkungen ausgelöst: Zum einen wird die Zahl der Abgängerinnen und -abgänger der Sekundarstufe I aus den allgemeinbildenden Schulen in den kommenden Jahren wieder zunehmen; zum anderen ist die Sogwirkung des attraktiven Hamburger Ausbildungsmarkts mit einem Anteil von 42,1 Prozent auswärtiger Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger (Vorjahr: 42,0 Prozent) im Ausbildungsjahr 2012/13 nahezu unverändert hoch.

Mit den steigenden materiellen Anforderungen einer dualen Ausbildung ist die Wirtschaft zunehmend darauf angewiesen, leistungsstarke Jugendliche, also solche mit Hochschulreife, für eine Berufsausbildung zu gewinnen. Hier scheint es zurzeit noch keine Probleme zu geben. Eine Auswertung der Schulstatistik hat ergeben,

dass nicht nur der Anteil der Absolventen der Hamburger allgemeinbildenden Schulen mit Hochschulreife am gesamten Entlassjahrgang auf über 50 Prozent gewachsen ist, sondern auch die Zahl der Hamburger Ausbildungsanfänger mit Hochschulreife – und zwar nicht nur relativ, sondern – gegen den allgemeinen Bundestrend – auch absolut, nämlich von 2.365 bzw. 29,6 Prozent im Vorjahr auf 2.408 bzw. 31,5 Prozent zum Ausbildungsjahr 2013/14. Diese günstige Entwicklung wird zudem durch einen sehr hohen Anteil von Ausbildungsanfängern mit Hochschulreife aus anderen Bundesländern gestützt, der bei 47,2 Prozent an allen Anfängern mit einem Schulabschluss, der außerhalb Hamburgs erworben worden ist, liegt. Damit verfügten von den 13.196 Berufsschulanfängerinnen und -anfängern des Ausbildungsjahrs 2013/14 insgesamt 5.028 oder 38,1 Prozent über die Hochschulreife. Dies zeigt, dass der Hamburger Ausbildungsmarkt nach wie vor auch für Jugendliche mit einem höherwertigen allgemeinbildenden Schulabschluss attraktiv ist. Angemerkt sei jedoch, dass einer Auswertung der Ausbildungsreports der BSB zufolge zwar der Anteil der Absolventen der Hamburger allgemeinbildenden Schulen mit Hochschulreife am gesamten Entlassjahrgang auf nahezu 60 Prozent deutlich gewachsen ist, die Zahl der Ausbildungsanfänger mit Hochschulreife jedoch nicht im selben Tempo zugenommen hat. Dennoch konnte die erhoffte Steigerung des Abiturientenanteils in der beruflichen Ausbildung erreicht werden.

Die gestiegene Zahl unvermittelter Bewerberinnen und Bewerber führt die Agentur für Arbeit u.a. darauf zurück, dass viele Jugendliche sehr spät die Dienste der Berufsberatung in Anspruch nahmen, wenn nämlich sich eine anderweitige Berufswegeplanung nicht habe realisieren lassen; und den deutlichen Rückgang der von den Betrieben gemeldeten Lehrstellen führt das Vorsitzende Mitglied der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Hamburg auf enttäuschte Erwartungen der Betriebe zurück, die ihre (gemeldeten) Ausbildungsstellen in den Vorjahren nicht hätten besetzen können.<sup>127</sup>

Für die auch in Hamburg bestehenden Besetzungsschwierigkeiten freier Ausbildungsstellen können viele Faktoren verantwortlich sein: Denkbar ist, worauf bereits wiederholt hingewiesen worden ist, dass bei der Besetzung freier Ausbildungsstellen mit schwächeren Bewerberinnen und Bewerbern nach wie vor trotz

<sup>127</sup> Zitiert nach dem Beitrag „3700 Schulabgänger noch ohne Lehrstelle“ im „Hamburger Abendblatt vom 01.08.2014.

teilweise anderslautender Aussagen eher Zurückhaltung geübt wird. Branchen, die traditionell aus vielfältigen Gründen an Nachwuchsmangel leiden, haben in ihren Bemühungen, sich am Markt attraktiv zu zeigen, noch keine nachhaltigen Erfolge erzielt. Offensichtlich gibt es jedoch noch weitere Hindernisse, die „passenden Partner“ für eine Berufsausbildung zusammenzuführen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der bei der Agentur für Arbeit Hamburg nach wie vor hohe Anteil der „unversorgten“ Bewerberinnen und Bewerber mit mittlerem Schulabschluss: Gegenüber dem Vorjahr ist ihr Anteil mit 462 (entsprechend 35,8 Prozent) im Berichtsjahr 2013/14 nur unwesentlich zurückgegangen. Auch ist der Anteil der „Unversorgten“, die über die Fachhochschulreife oder das Abitur verfügen, auch im Berichtsjahr mit 26,9 Prozent (138 Personen mit Fachhochschulreife und weitere 212 mit Abitur) immer noch erstaunlich hoch.<sup>128</sup>

Ein weiteres wichtiges Instrument zur Integration schwächerer Bewerber in Ausbildung bleibt die von der Agentur für Arbeit grundfinanzierte, von der Behörde für Schule und Berufsbildung mitfinanzierte, überwiegend vom Verein Ausbildungsförderung der Hamburger Wirtschaft e.V. vermittelte Einstiegsqualifikation (EQ). Von den jährlich rund 1.000 freien EQ-Plätzen wird allerdings bislang leider nur knapp die Hälfte besetzt. Die Übergangsquote von nahezu 90 Prozent in eine spätere ungeforderte Ausbildung zeigt den Erfolg dieser betrieblich orientierten Maßnahme.<sup>129</sup> Da der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die eine EQ durchlaufen, bei 50 Prozent liegt, ist diese Maßnahme auch ein geeignetes Instrument, den Anteil von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte in der dualen Ausbildung insgesamt zu erhöhen.

Auch in diesem Jahr ist damit zu rechnen, dass der Zustrom junger Menschen, die ihren Schulabschluss nicht in Hamburg erworben haben, anhalten wird, da der Hamburger Ausbildungsmarkt nach wie vor über Ausbildungsstellenangebote in einer Reihe interessanter Ausbildungsberufe zur Verfügung stellt, die andere Märkte nicht bieten können.

<sup>128</sup> Zahlen entnommen aus: „Der Ausbildungsstellenmarkt im Juli 20143 (Agentur für Arbeit Hamburg)“, Tabelle 4., a.a.O.

<sup>129</sup> Die genannte Quote bezieht sich auf die erfolgreich durchlaufenen EQ-Verhältnisse. Werden auch alle vorherigen Abbrüche eingerechnet, so liegt die Übergangsquote bei 60 Prozent. Weitere Informationen zur Einstiegsqualifizierung finden sich in früheren Ausbildungsreports.

Zudem sind zurzeit jedenfalls keine Hinweise ersichtlich, die darauf schließen lassen könnten, dass Hamburg als Ausbildungsort für Ausbildungsinteressierte aus anderen Bundesländern nicht mehr erste Wahl sein könnte.

Die Anmeldezahlen für die beruflichen Vollzeitbildungsgänge ab Schuljahr 2013/14 deuten darauf hin, dass sich die Schülerzahl in den Bildungsgängen der Berufsvorbereitungsschule insgesamt auf dem jetzigen Niveau stabilisieren wird; dies gilt voraussichtlich auch für die klassische Ausbildungsvorbereitung (AV-dual). Hintergrund für diese Entwicklung ist im Wesentlichen, dass die teilqualifizierende Berufsfachschule (BFS tq) ab diesem Schuljahr grundsätzlich nicht mehr zur Verfügung steht. Infolge des anhaltenden Zustroms jugendlicher Flüchtlinge werden dagegen die Zahlen in den Bildungsgängen für Migranten (VJ-M/BVJ-M) erneut deutlich zunehmen. Die Bildungsgänge der Berufsfachschule werden voraussichtlich weniger Schülerinnen und Schüler aufnehmen. Der Rückgang wird gegenüber dem Vorjahr in einer Größenordnung von rund 1.000 erwartet. Hauptursache für diese Entwicklung ist die bereits erwähnte Schließung der BFS tq; im vollqualifizierenden Bereich wird daher mit einer gleich hohen Anzahl von Anfängerinnen und Anfängern wie im Vorjahr gerechnet. Im Rahmen des Hamburger Modells sind für das neu beginnende Berufsqualifizierungsjahr (BQ) 500 Plätze bereitgestellt worden. Angesichts der für Bewerberinnen und Bewerber recht günstigen Lage auf dem Hamburger Ausbildungsmarkt erscheint es allerdings unwahrscheinlich, dass alle BQ-Plätze besetzt werden (müssen). Für die auf einen höherwertigen Schulabschluss abzielenden weiterführenden Angebote (Berufliches Gymnasium, Fachoberschule, Berufsoberschule, Höhere Handelsschule neuer Prägung) wird auf Grundlage der Anmeldezahlen ein geringfügiger Rückgang von ca. 100 Schülerinnen und Schülern angenommen. Für die Fachschulen wird dagegen ein Anstieg von rund 250 Schülerinnen und Schülern prognostiziert. Über alle Angebotsformen der berufsbildenden Schulen hinweg betrachtet, wird die Gesamtzahl der neu beginnenden Schülerinnen und Schüler gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich konstant bleiben. Konkreten Aufschluss über die tatsächliche Entwicklung liefern jedoch erst die Daten der Herbststatistik, die gegen Ende des Jahres 2014 vorliegen werden.

### Fazit

Auch wenn – wie bereits ausgeführt – die oben wiedergegebenen Daten für das Ausbildungsjahr 2013/14 zum jetzigen Zeitpunkt nur begrenzt belastbar sind, scheinen sie darauf hinzudeuten, dass nach wie vor nicht alle Möglichkeiten zur Besetzung freier Ausbildungsstellen ausgeschöpft werden. Neben den bislang beschrittenen Wegen sind auch neue Rekrutierungsstrategien in den Blick zu nehmen. Ein bewährtes Instrument, um sich gegenseitig kennenzulernen, ist das Betriebspraktikum, das, wenn es gut strukturiert und von angemessener Dauer ist sowie professionell durchgeführt wird, sehr geeignet erscheint, jungen Menschen Einblicke in konkrete Berufsbilder zu gewähren, die ihnen sonst verborgen geblieben wären. Die Behörde für Schule und Berufsbildung hat eine Reihe von Handreichungen für die Durchführung von Betriebspraktika im Rahmen der Berufs- und Studienorientierung erarbeitet. Drei aufeinander abgestimmte Leitfäden unterstützen die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des Praktikums der Stadtteilschulen. Die Leitfäden enthalten Vorschläge und Hinweise für die Organisation der Praktika, Checklisten und Kopiervorlagen für Feedback-Gespräche, die besondere betriebliche Lernaufgabe und Vorlagen für eine Praktikumsbescheinigung. Sie erscheinen in abgestimmter Form für Schülerinnen und Schüler, Schulen sowie für Unternehmen und wurden vom Aktionsbündnis für Bildung und Beschäftigung Hamburg (ABBH) unter Mitwirkung des „Zentrums Schule & Wirtschaft“ erstellt. Damit ist es allen am Praktikum Beteiligten möglich, die Qualität der Praktika durch vergleichbare Standards und den Einsatz von sich ergänzenden Materialien zu sichern.<sup>130</sup>

<sup>130</sup> Die zitierten Materialien rund um die BOSO finden sich unter [www.li.hamburg.de/zsw/material/](http://www.li.hamburg.de/zsw/material/). Der Leitfaden für Unternehmen: [www.li.hamburg.de/contentblob/4145792/data/pdf-zsw-leitfaden-sts-unternehmen.pdf](http://www.li.hamburg.de/contentblob/4145792/data/pdf-zsw-leitfaden-sts-unternehmen.pdf), für Schulen: [www.li.hamburg.de/contentblob/4145790/data/pdf-zsw-leitfaden-sts-lehrer.pdf](http://www.li.hamburg.de/contentblob/4145790/data/pdf-zsw-leitfaden-sts-lehrer.pdf) und für Schülerinnen und Schüler: [www.li.hamburg.de/contentblob/4145794/data/pdf-zsw-leitfaden-sts-schueler.pdf](http://www.li.hamburg.de/contentblob/4145794/data/pdf-zsw-leitfaden-sts-schueler.pdf). Ebenfalls als Download zur Verfügung steht die Handreichung für das Betriebspraktikum an allgemein bildenden Schulen (organisatorische Grundlagen) unter: [www.li.hamburg.de/contentblob/3094266/data/pdf-informationen-zum-betriebspraktikum.pdf](http://www.li.hamburg.de/contentblob/3094266/data/pdf-informationen-zum-betriebspraktikum.pdf).

Eine recht umfassende Anleitung für die optimale Gestaltung und Durchführung von Praktika liefert auch die erneut zu empfehlende Broschüre „Checklisten Schülerbetriebspraktikum“, die gezielte Informationen für die Beteiligten Betrieb, Schule, Schüler und Eltern bereithält.<sup>131</sup>

Die betroffenen Betriebe brauchen daher Unterstützung dabei, mit verschiedenen praktischen Maßnahmen ihre Ausgangssituation nachhaltig zu verbessern, z. B. durch eine breitere Palette an Rekrutierungsstrategien. Je persönlicher und konkreter die Kontaktaufnahme zu Jugendlichen erfolgt, desto besser werden sich die Chancen der Betriebe entwickeln, dass es zu einem Vertragsabschluss mit einem interessierten Jugendlichen kommt. Dabei hilft sicher, den Jugendlichen vertiefte Einblicke in die angebotenen Ausbildungsberufe zu gewähren, z. B. durch Bereitstellung von Praktika, wie sie nach den Vorgaben der „Berufs- und Studienorientierung“ in Hamburg ohnehin vorgesehen sind.

Die Heranführung möglichst aller Schulabgängerinnen und -abgänger an die Berufsausbildung bleibt eine wichtige Aufgabe, der sich die Partner aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gewerkschaften in Hamburg bereits stellen. Die Weichen sind mit der weiteren Umsetzung der Reform der beruflichen Bildung in Hamburg gestellt. Wesentlich für den Erfolg wird es sein, die praktische Umsetzung der Reformschritte vor Ort eng zu begleiten und den Akteuren „am Mann“ bzw. „an der Frau“ die notwendige Unterstützung bei der Bewältigung ihrer anspruchsvollen Aufgabe zu gewähren.

---

131 „Checklisten Schülerbetriebspraktikum“, herausgegeben von der Bundesarbeitsgemeinschaft *SCHULEWIRTSCHAFT* 2013, abrufbar unter [www.schulewirtschaft.de](http://www.schulewirtschaft.de).



# Anlagen

## PLATZANGEBOT IM HAMBURGER AUSBILDUNGSPROGRAMM 2013

(Stand 01.04.2014)

Träger	Ausbildung/Beruf	Ausbildungs- dauer in Jahren	Platzangebot insgesamt	Neuangebot 2013
Alraune gGmbH	Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice	3	4	0
Alraune gGmbH	Garten- und Landschaftsbau	3	6	6
Alraune gGmbH	Koch/Köchin	3	3	0
Alraune gGmbH	Maler/-in, Lackierer/-in	3	5	0
Alraune gGmbH	Restaurantfachleute	3	1	0
Beschäftigung + Bildung e. V.	Fachlagerist/-in	2	32	14
Beschäftigung + Bildung e. V.	Mechatroniker/-in	3,5	1	0
Beschäftigung + Bildung e. V.	Metall, versch. Berufe	3,5	3	3
Beschäftigung + Bildung e. V.	Pool, versch. Berufe	2	10	0
Beschäftigung + Bildung e. V.	Pool, versch. Berufe	3	36	10
Beschäftigung + Bildung e. V.	Verkäufer/-in	2	4	4
Berufsbildungszentrum für den Hamburger Einzelhandel e. V. (BBZ)	Kaufleute im Einzelhandel	3	48	16
Berufsbildungszentrum für den Hamburger Einzelhandel e. V. (BBZ)	Verkäufer/-in	2	16	0
Grone Netzwerk Hamburg GmbH – gemeinnützig –	Fachkraft für Lagerlogistik	3	7	7
Grone Netzwerk Hamburg GmbH – gemeinnützig –	Fachlagerist/-in	3	8	8
Grone Netzwerk Hamburg GmbH – gemeinnützig –	Gesundheits- und Pflegeassistenten	2	25	15
Grone Netzwerk Hamburg GmbH – gemeinnützig –	Kaufleute im Einzelhandel	3	1	1
Grone Netzwerk Hamburg GmbH – gemeinnützig –	Servicekraft Schutz und Sicherheit	3	6	0
Grone Netzwerk Hamburg GmbH – gemeinnützig –	Verkäufer/-in	2	7	7
Hamburger Ausbildungszentrum (HAZ) e.V.	Fachkraft im Fahrbetrieb	3	13	6
Hamburger Ausbildungszentrum (HAZ) e.V.	Konstruktionsmechaniker/-in	3,5	6	0
Hamburger Ausbildungszentrum (HAZ) e.V.	Mechaniker/-in für Land- und Baumaschinentechnik	3,5	12	0
Hamburger Ausbildungszentrum (HAZ) e.V.	Zerspanungsmechaniker/-in	3,5	6	6
Internationaler Bund gGmbH	Friseur/-in (Teilzeit für junge Mütter)	3,5	12	0
inab – Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft des bfw mbH	Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	3,5	6	0
Jugend in Arbeit gGmbH	Elektroniker/-in, Fachrichtung Energie- und Gebäudetechnik	3,5	5	0
Jugend in Arbeit gGmbH	Metallbauer/-in, Konstruktionstechnik	3,5	8	0
Jugend in Arbeit gGmbH	Tischler/-in, Schiffsinneausbau	3	8	0



Träger	Ausbildung/Beruf	Ausbildungs- dauer in Jahren	Platzangebot insgesamt	Neuangebot 2013
Jugendbildung Hamburg gGmbH	Anlagenmechaniker/-in	3	6	0
Jugendbildung Hamburg gGmbH	Elektroniker/-in	3,5	6	6
Jugendbildung Hamburg gGmbH	Fachkraft für Lagerlogistik	3	3	3
Jugendbildung Hamburg gGmbH	Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugs-service	3	12	6
Jugendbildung Hamburg gGmbH	Fachkraft im Gastgewerbe	2	24	12
Jugendbildung Hamburg gGmbH	Fahrradmonteur/-in	2	6	6
Jugendbildung Hamburg gGmbH	Gesundheits- und Pflegeassistenz	2	12	12
Jugendbildung Hamburg gGmbH	Kaufleute für Bürokommunikation	3	9	9
Jugendbildung Hamburg gGmbH	Maßschneider/-in	3	12	6
Jugendbildung Hamburg gGmbH	Pool (Büro und Lager)	3	12	0
KOM – Gesellschaft für berufliche Kompetenzentwicklung mbH	Maler/-in, Lackierer/-in	3	20	10
Passage – Gesellschaft für Arbeit und Integration gGmbH	Anlagenmechaniker/-in	3,5	6	0
Passage – Gesellschaft für Arbeit und Integration gGmbH	Pool, versch. Berufe	2	14	2
Passage – Gesellschaft für Arbeit und Integration gGmbH	Pool, versch. Berufe	3	57	16
Passage – Gesellschaft für Arbeit und Integration gGmbH	Pool, versch. Berufe	3,5	2	2
WHDI – Bildungs-GmbH	Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	3,5	29	10
WHDI – Bildungs-GmbH	Bäcker/-in	3	6	0
WHDI – Bildungs-GmbH	Bau, versch. Berufe	3	30	10
WHDI – Bildungs-GmbH	Elektroniker/-in, Fachrichtung Energie- und Gebäudetechnik	3,5	18	0
WHDI – Bildungs-GmbH	Fachverkäufer/-in im Lebensmittelbereich	3	7	0
WHDI – Bildungs-GmbH	Kfz, versch. Berufe	3,5	5	5
WHDI – Bildungs-GmbH	Kfz-Mechatroniker/-in	3,5	19	0
WHDI – Bildungs-GmbH	Pool (Bäcker/-in und Fachverkäufer/-in Lebensmittelbereich)	3	6	0
WHDI – Bildungs-GmbH	Tischler/-in	3	22	0
<b>Gesamtzahl der Plätze:</b>			<b>744</b>	<b>218*</b>

\* Nicht alle Plätze wurden auch tatsächlich besetzt. Das Platzkontingent wurde deshalb zu einem späteren Zeitpunkt nach unten korrigiert.

Quelle: Sekretariat für Kooperation

## PLATZANGEBOT IN DER JUGENDBERUFSHILFE 2013

(Stand 01.04.2014)

Träger	Ausbildung/Beruf	Ausbildungs- dauer in Jahren	Platzangebot insgesamt	Neuangebot 2012
Alraune gGmbH	Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugs-service	3	2	0
Alraune gGmbH	Fachkraft im Gastgewerbe	2	24	8
Alraune gGmbH	Koch/Köchin	3	14	9
Alraune gGmbH	Pool Gastro	3	10	0
Alraune gGmbH	Restaurantfachkraft	3	1	0
Alraune gGmbH	Tischler/-in	3	7	0
autonome jugendwerkstätten Hamburg e.V. (ajw)	Elektroniker/-in, Fachrichtung Energie- und Gebäudetechnik	3,5	29	9
autonome jugendwerkstätten Hamburg e.V. (ajw)	Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugs-service	3	4	0
autonome jugendwerkstätten Hamburg e.V. (ajw)	Gärtner/-in, Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau	3	27	16
autonome jugendwerkstätten Hamburg e.V. (ajw)	Kfz-Mechatroniker/-in	3,5	18	9
autonome jugendwerkstätten Hamburg e.V. (ajw)	Maler/-in, Lackierer/-in	3	39	13
autonome jugendwerkstätten Hamburg e.V. (ajw)	Pool Holz	3	12	12
autonome jugendwerkstätten Hamburg e.V. (ajw)	Tischler/-in	3	6	0
autonome jugendwerkstätten Hamburg e.V. (ajw)	Trockenbaumonteur/-in	3	4	0
AWO – Jugend- und Bildungswerk der Arbeiterwohlfahrt Hamburg	Pool Metall	3,5	40	10
BI Beruf und Integration Elbinseln gGmbH	Friseur/-in	3	55	20
BI Beruf und Integration Elbinseln gGmbH	Gesundheits- und Pflegeassistenz	2	45	25
BI Beruf und Integration Elbinseln gGmbH	Pool Metall	2	15	15
BI Beruf und Integration Elbinseln gGmbH	Teilezurichter/-in, Konstruktionsmechaniker/-in	2 bzw. 3,5	14	0
BI Beruf und Integration Elbinseln gGmbH	Verkäufer/-in	2	34	20
Passage - Gesellschaft für Arbeit und Integration gGmbH	Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugs-service	3	10	0
Soziale Arbeit und Fortbildung e. V.	Fachkraft im Gastgewerbe	2	3	3
Soziale Arbeit und Fortbildung e. V.	Pool Handwerk	3	8	0
<b>Gesamtzahl der Plätze</b>			<b>421</b>	<b>169</b>

Quelle: Sekretariat für Kooperation

**PLÄTZE UND BEWILLIGUNGEN DER IM JAHR 2013 ZU FINANZIERENDEN UND DER IM JAHR 2013 BEGONNENEN  
 ÜBERJÄHRIGEN MASSNAHMEN/VORHABEN DER BSB<sup>1)</sup>**  
 (Stand: Juli 2014)

bevoll. Plätze	Programm	Maßnahme	2013	2014	2015	2016	2017	Bewilligung
BERUFVORBEREITUNG								
62	Jugendberufshilfe	ArbeitsBerufsOrient. <sup>2)</sup>	213.392 €	426.784 €				640.176 €
60	Jugendberufshilfe	Praktikerqualifizierung <sup>2)</sup>	152.968 €	305.936 €				458.904 €
30 <sup>3)</sup>	Einzelmaßnahme	Freie Schule	240.200 €	246.800 €				487.000 €
400 <sup>3)</sup>	Produktionsschulen	8 Standorte	1.642.542 €	2.203.400 €				3.845.942 €
100	Einzelmaßnahme	Projekt EQ <sup>4)</sup>	40.911 €	107.459 €				148.370 €
	Einzelmaßnahme	Agentur „Jobtransfer“ <sup>5)</sup>	299.374 €	293.353 €				592.727 €
74	QuAS	QuAS (BSB)	114.820 €	57.600 €				172.420 €
<b>726</b>	<b>Teilergebnis Berufsvorbereitung:</b>		<b>2.704.207 €</b>	<b>3.641.332 €</b>	-	-	-	<b>6.345.539 €</b>
BETRIEBLICHE AUSBILDUNG								
224	Neu geförderte Einzelfälle 2013	Benachteiligte	173.550 €	349.050 €	281.100 €	172.200 €	10.950 €	986.850 €
5	Neu geförderte Einzelfälle 2013	Verbundausbildung	3.600 €	9.000 €	9.000 €	4.500 €		26.100 €
<b>229</b>	<b>Teilergebnis betriebliche Ausbildung:</b>		<b>177.150 €</b>	<b>358.050 €</b>	<b>290.100 €</b>	<b>176.700 €</b>	<b>10.950 €</b>	<b>1.012.950 €</b>

Quelle: Behörde für Schule und Berufsbildung

**Anmerkungen:**

- 1) Das Endergebnis ist nicht vergleichbar mit dem Vorjahreswert, da erstmalig alle Bewilligungen für das lfd. Jahr (2014) aufgeführt sind.
- 2) teilweise alternativ zu AVdual/optional
- 3) Platzzahlobergrenze
- 4) schuljahresbezogen
- 5) maßnahmeübergreifend

bewill. Plätze	Programm	Maßnahme	2013	2014	2015	2016	2017	Bewilligung
TRÄGERGESTÜTZTE AUSBILDUNG								
247	Hamburger Ausb.Progr.	2013 beginnend	684.045 €	1.893.340 €	1.248.376 €	694.823 €	35.105 €	4.555.689 €
26	Hamburger Ausb.Progr.	Mobilitätsprojekt <sup>6)</sup>	118.000 €	132.606 €				250.606 €
145	Jugendberufshilfe	2013 beginnend	658.459 €	1.900.651 €	1.423.294 €	576.871 €	24.421 €	4.583.696 €
<b>418</b>	<b>Teilergebnis trägergestützte Ausbildung:</b>		<b>1.460.504 €</b>	<b>3.926.597 €</b>	<b>2.671.670 €</b>	<b>1.271.694 €</b>	<b>59.526 €</b>	<b>9.389.991 €</b>
ÜBERGREIFENDE VORHABEN								
	Teilnehmerlenkung	Sekretar. f. Koop. (SfK) <sup>6)</sup>	233.794 €	326.941 €	336.288 €	346.869 €		1.243.892 €
	Teilnehmerlenkung	SfK (Anteile BASFI, AA HH) <sup>7)</sup>	55.000 €	65.000 €	65.000 €	65.000 €		250.000 €
	ESF-Kofinanzierung Sondermaßnahmen	Agentur Teilzeitausbildung	88.697 €	100.000 €				188.697 €
	<b>Teilergebnis übergreifende Vorhaben:</b>		<b>377.491 €</b>	<b>491.941 €</b>	<b>401.288 €</b>	<b>411.869 €</b>		<b>1.682.589 €</b>
<b>1.373</b>	<b>Gesamtergebnis</b>		<b>4.719.352 €</b>	<b>8.417.920 €</b>	<b>3.363.058 €</b>	<b>1.860.263 €</b>	<b>70.476 €</b>	<b>18.431.069 €</b>

Quelle: Behörde für Schule und Berufsbildung

**Anmerkungen:**

6) Mehraufwand aufgrund zusätzlicher Aufgaben und datenschutzrechtl. Auflagen

7) BASFI-Anteil erhöht wg. zusätzl. Aufwand

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

<b>A</b>	
AA	Agentur für Arbeit
ABB	Ausbildungsbausteine
ABO	Arbeits- und Berufsorientierung
AFBG	Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
(A) HR	Allgemeine Hochschulreife
ALG II	Arbeitslosengeld II
AV bzw. AV dual	Ausbildungsvorbereitung dualisiert
AVJ	Ausbildungsvorbereitungsjahr
AZWV	Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung
<b>B</b>	
BaE	Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen
BA-Studie	Studie der Bundesanstalt für Arbeit
BASFI	Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
BAV	Berufsausbildungsvorbereitung
BBiG	Berufsbildungsgesetz
BDA	Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände
BFS tq	Berufsfachschule teilqualifizierend
BFS vq	Berufsfachschule vollqualifizierend
BGBI	Bundesgesetzblatt
BG-Gym.	Berufliches Gymnasium
BGJ	Berufsgrundbildungsjahr
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
BO-Beauftragte	Berufsorientierungsbeauftragte
BOSO	(Vertiefte) Berufs- und Studienorientierung
BQ	Berufsqualifizierungsjahr
BSB	Behörde für Schule und Berufsbildung
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BvB	Berufsvorbereitungsmaßnahme (berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme)
BVJ	Berufsvorbereitungsjahr
BVJ-M	Berufsvorbereitung für Migranten
BVS	Berufsvorbereitungsschule
BV-Schüler	Berufsvorbereitungsschüler
bwp	Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, Periodikum des BIBB
<b>D</b>	
DeStatis	Statistisches Bundesamt
DGP	Deutsche Gesellschaft für Pflegewissenschaft e.V.
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
DQR	Deutscher Qualifikationsrahmen

<b>E</b>	
EA	Erster allgemeinbildender Abschluss (früher: Hauptschulabschluss)
ECVET	European Credit System for Vocation Education and Training
EQ	Einstiegsqualifizierung
EQR	Europäischer Qualifikationsrahmen
ESF	Europäischer Sozialfonds
<b>F</b>	
FHH	Freie und Hansestadt Hamburg
FHR	Fachhochschulreife
FuE	forschungs-und entwicklungsintensive Branchen des Verarbeitenden Gewerbes
<b>G</b>	
GG	Grundgesetz
<b>H</b>	
HA	Hauptausschuss (am Bundesinstitut für Berufliche Bildung; dies Gremium ist viertelparitätisch besetzt mit je acht Vertretungen der Arbeitgeber, der Gewerkschaften, des Bundes und der Länder)
HAM	Hamburger Ausbildungsmodell
HAP	Hamburger Ausbildungsprogramm
HIBB	Hamburger Institut für Berufliche Bildung
HmbGPAG	Hamburgisches Gesetz über die Ausbildung in der Gesundheits- und Pflegeassistenz
HmbGVBl	Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt
HmbHG	Hamburgisches Hochschulgesetz
HmbSG	Hamburgisches Schulgesetz
HwK	Handwerkskammer
HwO	Handwerksordnung
HWWI	Hamburgisches Weltwirtschafts-Institut
HxE	Hilfen zur Erziehung
<b>I</b>	
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
IAQ	Institut Arbeit und Qualifikation
IHK	Industrie- und Handelskammer
IW	Institut der deutschen Wirtschaft (Köln)
<b>J</b>	
JBA	Jugendberufsagentur
JBH	Jugendberufshilfe
JC	Programm "Jobstarter Connect"
JC-t.a.h.	Jobcenter team.arbeit.hamburg
<b>K</b>	
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KMK	Kultusministerkonferenz
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
<b>L</b>	
LRH	Landesrechnungshof
<b>M</b>	
MA	Mittlerer allgemeinbildender Abschluss (früher: Realschulabschluss)
MINT	Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik
<b>N</b>	
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Rechtsprechungs-Report

<b>Q</b>	
QuAS	Qualifizierung und Arbeit für Schulabgänger
<b>R</b>	
Rdnr.	Randnummer
REBUS	Regionale Beratungs- und Unterstützungsstellen
<b>S</b>	
SGB II, III, VIII, IX	Sozialgesetzbuch II, III, VIII, IX
SoPro	Sofortprogramm Ausbildung des Senats
StS	Stadtteilschule
<b>T</b>	
TVA-L	Tarifvertrag für Auszubildende des öffentlichen Dienstes in den Ländern
<b>U</b>	
U25	Unter 25-jährige
<b>V</b>	
VJ-M	Vorbereitungskurse für Zuwandererinnen und Zuwanderer
<b>W</b>	
WHDI	WHDI-Bildungs-GmbH – Wenn Handwerk dann Innung
<b>Z</b>	
ZDH	Zentralverband des Deutschen Handwerks
ZEW	Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung GmbH
ZAF	Zentrum für Aus- und Fortbildung der Freien und Hansestadt Hamburg

## Abbildungsverzeichnis

- 11 **Abbildung 1:** Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in anerkannten Ausbildungsberufen in Deutschland, 1980 bis 2013 (jeweils Stand Ende September des Berufsberatungsjahres)
- 14 **Abbildung 2:** Gemeldete Bewerberinnen und Bewerber und gemeldete Berufsausbildungsstellen in Deutschland bei der Bundesagentur für Arbeit, Ende September 2012 und 2013
- 17 **Abbildung 3:** Gemeldete Bewerberinnen und Bewerber und gemeldete Berufsausbildungsstellen bei der Arbeitsagentur Hamburg, Ende September 2012 und 2013
- 18 **Abbildung 4:** Verbleib der Bewerberinnen und Bewerber und besetzte Berufsausbildungsstellen bei der Arbeitsagentur Hamburg, September 2013
- 20 **Abbildung 5:** Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in anerkannten Ausbildungsberufen nach zuständigen Stellen in Hamburg 1983 bis 2013 (jeweils Stand Ende September des Berufsberatungsjahres)
- 23 **Abbildung 6:** Auszubildende (Berufsschulanfängerinnen und -anfänger) in Hamburg nach Schulabschluss und Bundesland des Schulabschlusses, Herbsthebung 2012 und 2013
- 25 **Abbildung 7:** Absolventinnen und Absolventen allgemeinbildender Schulen in Hamburg 1981 bis 2015 (ab 2010 Prognose der KMK von 2007) Behörde für Schule und Berufsbildung, April 2012) nach Art des Schulabschlusses
- 28 **Abbildung 8:** Gesamtschülerzahlen der Fachschulen von 2005-2013
- 28 **Abbildung 9:** Zeitreihe Entwicklung der Schülerzahlen in der Fachschule unter besonderer Berücksichtigung der Erzieher
- 28 **Abbildung 10:** Anfänger in der Erzieherausbildung (Vollzeit/Teilzeit)
- 36 **Abbildung 11:** Verteilung der Berufsfelder im Interessenbekundungsverfahren für das HAP 2013
- 37 **Abbildung 12:** Verteilung der Berufsfelder im Interessenbekundungsverfahren für die Ausbildung in der JBH 2013
- 39 **Abbildung 13:** Herkunft der Auszubildenden im HAP 2005-2009 in Prozent
- 40 **Abbildung 14:** Verbleib der Auszubildenden sowie der Vertragslöserinnen und Vertragslöser im HAP 2005-2009 in Prozent
- 41 **Abbildung 15:** Herkunft der Auszubildenden in der JBH 2009 in Prozent
- 42 **Abbildung 16:** Verbleib der Auszubildenden, Vertragslöserinnen und Vertragslöser in der JBH 2005-2009 in Prozent



## Tabellenverzeichnis

12	<b>Tabelle 1:</b>	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Deutschland nach Ausbildungsbereichen im Vergleich
12	<b>Tabelle 2:</b>	Größte Zuwächse bzw. Rückgänge an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen von 2012 auf 2013 im Zuständigkeitsbereich der Industrie- und Handelskammern
13/14	<b>Tabelle 3:</b>	Größte Zuwächse bzw. Rückgänge an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen von 2012 auf 2013 in der Zuständigkeit der Handwerkskammern
14	<b>Tabelle 4:</b>	Größte Zuwächse bzw. Rückgänge an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen von 2012 auf 2013 in den übrigen Zuständigkeitsbereich der zuständigen Stellen (Auswahl)
15	<b>Tabelle 5:</b>	Neu abgeschlossene Verträge in Deutschland und Hamburg nach Finanzierungsform 2011, 2012 und 2013
21	<b>Tabelle 6:</b>	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Hamburg 2011 bis 2013 nach Ausbildungsbereichen
21/22	<b>Tabelle 7:</b>	Top 20 der Ausbildungsberufe nach Neuabschlüssen in Hamburg in 2013
22	<b>Tabelle 8:</b>	Herkunft der Berufsanfänger/-innen in Hamburg (2013)
24	<b>Tabelle 9:</b>	Schulabschlüsse der Anfänger in dualer Ausbildung im Vergleich 2012/2013
26	<b>Tabelle 10:</b>	Schülerabgangszahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen, 2009 bis 2013
27	<b>Tabelle 11:</b>	Anfängerinnen und Anfänger im 1. Ausbildungsjahr an den staatlichen berufsbildenden Schulen und den Schulen des Gesundheitswesens, Vergleich der Schuljahre 2011/12, 2012/13 und 2013/14
29	<b>Tabelle 12:</b>	Verbleib der Schulabgänger/-innen 2013 und 2012
32	<b>Tabelle 13:</b>	Anfängerzahlen in den Pflegeberufen im Vergleich (Hamburg)
33	<b>Tabelle 14:</b>	Anfängerzahlen Ausbildung im Gesundheitswesen im Vergleich
34	<b>Tabelle 15:</b>	Ausbildungsleistungen des Hamburger öffentlichen Dienstes 2009 bis 2013 und Plan 2014
43	<b>Tabelle 16:</b>	Übersicht Beratungen und Vermittlungen in Teilzeitausbildung
47/48	<b>Tabelle 17:</b>	Austritte und Übergänge von Produktionsschülern (01.09.2012-15.10.2013)
49	<b>Tabelle 18:</b>	Herkunftsdaten der Jugendlichen an Produktionsschulen (2009-2013)
50	<b>Tabelle 19:</b>	Unterschiede zwischen LAB-Beschluss und Verordnung (BQ-Berufe)
53	<b>Tabelle 20:</b>	Entwicklung der Neuvertragszahlen Hamburg – Bund von 2008-2012
55	<b>Tabelle 21:</b>	Anträge und Förderfälle in der betrieblichen Einzelfallförderung
56	<b>Tabelle 22:</b>	Angebote/geförderte Plätze in den von der BSB finanzierten Programmen (2013)
57	<b>Tabelle 23:</b>	Studierende im 1. Hochschulsesemester in ausgewählten MINT-Bereichen
59	<b>Tabelle 24:</b>	Arbeitslosenquote (U25) in den EU-Mitgliedsstaaten
61	<b>Tabelle 25:</b>	Relation der Studien- und Ausbildungsanfänger in den Jahren 1992-2013
75	<b>Tabelle 26:</b>	Top 10 der offenen Ausbildungsstellen in Hamburg
75	<b>Tabelle 27:</b>	Top 10 der von „Unversorgten“ nachgefragten Ausbildungsstellen in Hamburg



[www.hamburg.de/bsb/publikationen](http://www.hamburg.de/bsb/publikationen)

schul  
informationszentrum  
SIZ

➔ Behörde für Schule und Berufsbildung  
Schulinformationszentrum (SIZ)  
Hamburger Straße 125a  
22083 Hamburg  
Tel 040. 428 99 22 11  
Fax 040. 428 63 27 28  
[schulinformationszentrum@bsb.hamburg.de](mailto:schulinformationszentrum@bsb.hamburg.de)  
[www.hamburg.de/siz](http://www.hamburg.de/siz)